

C

Von 1945 bis zur Gegenwart

Neuanfang im Herbst 1945

1945

Als im September 1945 die Massener Schulen den Unterricht wieder aufnahmen, die Kinder wieder zur Schule gehen durften, ging in den ^{meisten} Häusern die Not um. Die Gemeinde, die von den Zerstörungen des Bombenkrieges und der letzten Kriegshandlungen verschont geblieben war, litt unter den Folgen der Niederlage nach einem unheilvollen Krieg. Zu den Einheimischen und den Obdachlosen aus den zerbombten Städten des Reviers kamen nun die Flüchtlinge und Vertriebenen aus dem Osten des Reiches, die aufgenommen werden mußten, die wieder ein Dach über dem Kopf und nach unsäglichen Leiden und Strapazen endlich einen sicheren Platz zum Ausruhen brauchten. Die Wohnungsnot wurde unvorstellbar.

In vielen Familien fehlten die Männer, die im Felde gestanden hatten und während der letzten Kriegsmonate in Gefangenschaft geraten waren. So warteten die Frauen auf ein Lebenszeichen, manche von ihnen auch vergeblich. - In den Flüchtlings- und Vertriebenenfamilien, die nur notdürftig untergebracht werden konnten, die nach dem Verlassen ihrer Heimat auseinandergerissen worden waren, bangte man um die vermißten Angehörigen, wartete auf Nachricht über ihren Verbleib.

In vielen Wohnungen ging der Hunger um. Was man an Lebensmitteln auf Karten kaufen konnte, war zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel. Die Versorgungslage war katastrophal: ausreichende Bekleidung und Heizmaterial fehlten. Tauschhandel, Schwarzer Markt und Hamsterfahrten bestimmten das wirtschaftliche Geschehen. Man fürchtete sich vor dem kommenden Winter und richtete sich darauf ein, ihn irgendwie zu durchstehen.

„Vae victis“-wehe den Besiegten! Die Deutschen erlebten den tiefsten Punkt ihrer Geschichte seit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges. Sie ^{waren} sind ein rechtloses Volk geworden und wurden von den Siegermächten, die das Reich in Besatzungszonen aufgeteilt hatten, nach Kolonialmethoden regiert. Dabei wurden die von Hitler mißbrauchten Menschen von ihnen aus das Tiefste gedemütigt. "Entnazifizierung" und "Re-Education" waren nach dem Potsdamer Treffen der "Großen Drei"¹⁾ ihr gemeinsames Anliegen.

¹⁾ Potsdamer Konferuenz vom 17. 7. bis zum 2. 8. 1945. Teilnehmende Regierungschefs der USA, der Sowjetunion und Großbritannien (Truman, Stalin und Churchill/Attlee)

Damit wurde das deutsche Volk mit einer drückenden Kollektivschuld an den Ereignissen der jüngsten Vergangenheit belastet. Folgerichtig wurde den alliierten Besatzungssoldaten jeglicher Kontakt mit der deutschen Bevölkerung verboten. Die sogenannte "Non-Fraternization" wurde selbst von jenen als eine völlig unnötige Diffamierung der Deutschen empfunden.

Die Deutschen sollten umerzogen, aus Nazi wieder Demokraten werden. Voraussetzung dafür war die sogenannte "Entnazifizierung" die mit einer großen Gehirnwäsche begann. Das angepriesene Waschmittel war der "Fragebogen" mit seinen 128 Fragen. Er verlangte Auskunft zur Person, Angaben über (Volks-)Grundschul- und höhere Bildung, Berufs- oder Handwerksprüfungen; Nennung, in zeitlicher Reihenfolge, aller Beschäftigungen und Anstellungen, ebenso aller Militärdienstleistungen seit dem 1. Januar 1931, ferner Angaben über Mitgliedschaften in der NSDAP und ihren Organisationen, Mitgliedschaften oder Nebendienst(Mitarbeit) in anderen Organisationen, Veröffentlichungen aller Art und Reden, Einkommen, Vermögen und Besitz und letztlich Angaben über Reisen und Wohnsitz im Ausland.

Entnazifizierungsausschüsse, sogenannte 'Spruchkammern', die mit politischen Gegnern des Nationalsozialismus, oft auch mit Kommunisten besetzt waren, werteten die Fragebogen aus. Die von dieser Aktion Betroffenen wurden in 5 "Kategorien" eingestuft:

- Kategorie 1 : Hauptschuldige (Reichs- und Gauleiter, höhere SS- und SA-Führer)
- Kategorie 2 Belastete (Aktive Mitglieder der Partei)
- Kategorie 3 Minderbelastete
- Kategorie 4 Mitläufer (formelle Mitglieder der Partei)
- Kategorie 5 Entlastete

Dabei wurden alle über einen Kamm geschoren: die Idealisten und die Nutznießer, die "Alten Kämpfer" und die Opportunisten, die nach 1933 zur Partei stießen, die Selbstlosen, die ihrem Volk dienen wollten, und die Machthungrigen. Diesem Netz der politischen Überprüfung konnte sich niemand entziehen, nur über den Fragebogen wurde der Weg zu einer beruflichen Tätigkeit frei. Nur wer nach 1913 geboren war, blieb von dieser Überprüfung ausgeschlossen. Die Durchführung der Entnazifizierung übertrugen die Alliierten den Deutschen.

Es entsprach den Erwartungen, daß die NSDAP nach dem Zusammenbruch ihrer Gewaltherrschaft verboten wurde, man hielt es auch für selbstverständlich, daß NS-Verbrechen geahndet wurden,

aber konnte man auch politische Gesinnung bestrafen, selbst wenn diese in die Irre geführt hatte? - Es blieb ein Problem, ob die von den Siegermächten befohlene Liquidation des nationalsozialistischen Gedankengutes durch die Entnazifizierung zur individuellen Schuldkenntnis und damit zur Selbstbesinnung der besiegten Deutschen führen würde. - Wie sollte die "Re-Education" der Deutschen zur Demokratie verlaufen? Da die "Großen Drei" unterschiedliche Vorstellungen über die Demokratie hatten, konnte sich niemand vorstellen, wie die Umerziehung zu demokratischen Verhaltensweisen vor sich gehen sollte.

Entnazifizierung und Umerziehung(Re-Edukation), von den Siegermächten angeordnet, mußten auch den Schulalltag bestimmen. Wie sollte dieser nun aussehen, da nach einem Zusammenbruch ~~ohnegleichen~~ aller Wertvorstellungen, die bisher das ganz persönliche, das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben bestimmt hatten, im Prinzip fraglich geworden waren? Da die Verantwortung bei den Militärregierungen bzw. den Militärgouverneuren lag, die keinen Einblick in die pädagogischen Reformbewegungen Deutschlands hatten, wurde die Chance für einen Neuanfang z. B. durch einen Rückgriff auf die Forderung der Reformpädagogik der zwanziger Jahre nach der "einen Schule" für die ganze Nation vertan. Man hatte kein Konzept. Besonders bemüht waren die Kirchen, den verlorenen Einfluß auf das Schulgeschehen zurückzugewinnen. So schrieb der Regierungspräsident in Arnsberg am 28. August 1945:

- 1945
- " Es ist wiederholt angefragt worden, ob die Volksschulen bei ihrer Wiedereröffnung als Gemeinschafts- oder konfessionelle Schulen eingerichtet werden sollen. Im Augenblick kann über die endgültige Gestalt der Schule noch keine Entscheidung getroffen werden. Die Militärregierung hat jedoch angeordnet, daß die Schulen zunächst als Gemeinschaftsschulen eingerichtet werden sollen. Es ist außerdem organisatorisch ganz und gar unmöglich, unter den augenblicklichen Verhältnissen die Schulen konfessionell einzuteilen. Einmal fehlt es durch die vielen Zerstörungen an Schulgebäuden, zum Anderen ist auch die erforderliche Anzahl der Lehrkräfte nicht vorhanden, um die Schulen konfessionell zu trennen. Außerdem werden die fehlenden Transportmöglichkeiten und die unzulängliche Versorgung mit Schuhen und Kleidung es erforderlich machen, daß die Kinder die nächstgelegene Schule besuchen. Ich ersuche, alle interessierten Kreise der Bevöl -

kerung darüber eindeutig aufzuklären.

Infogedessen sind die Kinder - der Not gehorchend - gemeinsam einzuschulen. Der Religionsunterricht ist mit wöchentlich 4-6 Stunden in den Lehrplan aufzunehmen. Dieser Unterricht wird den Kindern nach Möglichkeit in Übereinstimmung mit den Wünschen ihrer Eltern erteilt werden. Hierzu sind nur die Lehrer zuzulassen, die von den verschiedenen Religionsgemeinschaften als Religionslehrer anerkannt werden, Lehrer, die jedoch in der Nazizeit den Kirchen den Rücken gekehrt haben und jetzt wieder eingetreten sind, dürfen auf keinen Fall den Unterricht erteilen.

Keinem Schüler darf die Zulassung an irgendeiner Schule aus Gründen der Rasse oder des Glaubens versagt werden; auch darf keinem Lehrer die Anstellung in irgendeiner Schule aus den vorbenannten Gründen abgelehnt werden. Die Schulräte haben uns von Fall zu Fall sofort zu berichten, damit wir prüfen können, ob auch gemäß unseren Anweisungen verfahren wird. - "2)

So war es also 1945. Sofern die Gebäude noch standen, fing man da an, wo man kurz vor dem Einmarsch der Befreier aufgehört hatte. Die Lehrer, die wieder unterrichten durften, wußten nach ihren Erfahrungen in der Nazizeit, was aus moralischen und politischen Gründen in ihrem Unterricht keinen Platz mehr haben durfte:

- Erziehung und Unterricht nach ideologischen Vorgaben,
- Erziehung gegen Gewissen und Recht, gegen sittliche und religiöse Normen,
- Erziehung zum Heroismus, zur Menschenverachtung und Völkerdiffamierung, zum Rassenhaß.

Eine Reihe von Fragen blieben zunächst offen:

- Wie sollte oder konnte man in dieser Zeit des Umbruchs und der Selbstbesinnung demokratische Erziehung wieder glaubhaft machen?
- Wie war der Vorrang der sittlichen Bildung durchzusetzen?
- Sollte man Allgemein- bzw. Menschenbildung als Voraussetzung der Berufsbildung für eine neue Arbeitswelt auch in der Volksschule praktizieren?

Mußte man dabei auf die Ideen Wilhelm von Humboldts über vollendetes Menschentum, über Persönlichkeitsbildung gegen staatliche Bevormundung zurückgreifen? Genügte es, wenn man sich auf die Ergebnisse der Reformpädagogik der zwanziger Jahre besann?

2) Der Regierungspräsident in Arnsberg, II U 2 Nr. 932 vom 28. August 1945 - Alter Aktenbestand der Blücherschule (Sonnenschule) in Obermassen.

Die alte Lehrergeneration, die noch auf den Seminaren und den Pädagogischen Akademien in Preußen ausgebildet worden war, wußte, was auf dem Spiel stand, wenn jetzt die Weichen für die Fahrt in eine recht ungewisse Zukunft nicht richtig gestellt wurden. Wenn Deutschland noch eine Zukunft haben sollte, durfte seine Jugend nicht in Disziplinlosigkeit und in Eigensucht versinken. Für den neuen Auftrag, den ^{sie} zu erfüllen hatte, besaß sie noch das Rüstzeug und die notwendige Erfahrung. Zwölf Jahre der nationalsozialistischen Schule waren für sie doch nur eine Übergangszeit. *Ohne Aufpasser und Schnüffler setzen sie wieder ihrem pädagogischen Eros und ihrem Gewissen verantwortlich.*

Schwieriger war es wohl für die jungen Lehrkräfte, die nach 1933 ausgebildet worden waren, zunächst noch auf den Hochschulen und dann in den seminarähnlichen Lehrerbildungsanstalten. Sie waren der NS-Schulung schonungs- und schutzlos ausgeliefert gewesen und mußten nun radikal umdenken.

Bevor die Lehrkräfte nach ihrer Entnazifizierung nun ihren Dienst wiederaufnehmen durften, mußten sie auf Verlangen der Militärregierung die nachfolgende Erklärung unterschreiben:

- " Ich nehme zur Kenntnis, daß der Oberbefehlshaber nicht beabsichtigt in Angelegenheiten einzugreifen, die die Lehrpläne deutscher Schulen betreffen, ausgenommen, daß

(a)

es mir nicht erlaubt ist, in meinem Unterricht, gleichviel welches Fach es ist, irgendetwas hineinzubringen, als ob ich

- 1) den Militarismus verherrliche,
- 2) versuche für die Lehren des Nationalsozialismus Propaganda zu machen, sie wiederzubeleben, sie zu rechtfertigen, oder die Taten des Nationalsozialismus zu erheben,
- 3) eine Politik begünstige, die Unterschiede macht auf Grund von Rasse und Religion,
- 4) den Vereinten Nationen feindlich sei oder ihre Beziehungen zu stören versuche und
- 5) die Führung des Krieges, seine Mobilisierung oder die Vorbereitung auf ihn, ob auf wissenschaftlichem, wirtschaftlichem oder industriellem Gebiet darlegen oder das Studium der Militärgeographie fördern wolle.

(b)

Körperliche Ertüchtigung darf nicht so weit ausgedehnt werden, daß sie einer militärischen Ertüchtigung gleichkommt. Ich versichere hiermit, daß mein Unterricht in Übereinstimmung mit der obigen Forderungerteilt wird. - " 3)

- 3) Abschrift im Privatbesitz des Verfassers. Ich habe sie noch am 27. 09. 1949 in Gegenwart des Schulrates unterschreiben müssen.

1945 Am 20. bzw. am 21. 09. 1945 erhielten die Massener Schul-
leiter auf dem Dienstwege über den Amts- und den Gemeindebürger-
meister das folgende Schreiben des Landrates.

- " Betrifft: Wiedereröffnung der Grundschulen.

1945 Auf Anordnung der hiesigen Militärregierung sind sämtliche
von mir der Militärregierung vorgeschlagenen Grundschulen
am Mittwoch den 26. September 1945 zu eröffnen. Ich ersuche,
dies ortsüblich bekannt zu machen, damit der Unterricht am
genannten Tage pünktlich um 8 Uhr beginnen kann. Die einzelnen
Schulen sind sofort zu benachrichtigen, damit die von Herrn
Schulrat in der letzten Dienstversammlung bestimmten Schul-
leiter Gelegenheit haben, eine Feier an dem der Eröffnung
vorgegebenen Tage vorzubereiten. Ich ersuche, die einzelnen
Ortsbürgermeister anzuweisen, die Schulleiter bei der Aus-
gestaltung dieser Feier zu unterstützen.

Ich mache es Ihnen nunmehr zur besonderen Pflicht dafür Sor-
ge zutragen, daß die Schulen bis zum Tage der Eröffnung in
Ordnung zu bringen sind, daß der Unterricht reibungslos
durchgeführt werden kann. Eröffnet werden diejenigen Schulen,
die von Ihnen seinerzeit und auch nachträglich als startbereit
gemeldet worden sind. - "4)

1945 So wurde am ^{30.} September 1945 in den Grundschulklassen der
Blücherschule in Obermassen und der Hellwegschule in ^{der Unterricht} Niedermassen
wieder aufgenommen. Leider berichten die Schulchroniken nicht,
in welcher Form dies geschah. Mit der Leitung der Schule in
Obermassen hatte Schulrat Humme den Lehrer Emil Höving beauf-
tragt, da der bisherige Leiter, Hauptlehrer Weinberg, am 17. 9.
aus dem Schuldienst ausgeschieden war. Höving war seit August
1904 in Obermassen tätig. Zu dem Kollegium gehörten noch drei
Lehrerinnen Elfriede Lonk, seit 1935 in Massen, Ursula Pudwell,
seit 1944 an der Hellwegschule und Ruth Sewing, geb Höving seit
August 1943 an der Blücherschule. In den vier Klassen wurden
179 Kinder unterrichtet, 57 in der Klasse 1 (1. Jhrg.), 38 in
der Klasse 2 (2. Jhrg.), ebenfalls 38 in der Klasse 3 (3. Jhrg.)
und 46 in der Klasse 4 (4. Jhrg.) - Über die Verhältnisse an
der Hellwegschule liegen keine Angaben vor. Sie wurde von Frau
Hedwig Thüner geleitet, die seit 1919 an der Hellwegschule in
Niedermassen tätig war.

4) Der Landrat, L III Kult 203/1 vom 19. 9. 1945, alter Akten
bestand der Blücherschule,

Die Blücherschule in Obermassen wurde vom 23. Oktober bis zum 26. November neuerneut mit Evakuierten belegt. Der Unterricht wurde in dieser Zeit in leeren Klassenräumen der Hellwegschule gehalten. Nach der Rückkehr nach Obermassen, wurde dann am 4. Dezember auch der Unterricht ~~auch in der Obörstufe~~ ~~wieder~~ aufgenommen, und zwar mit dem 5. und 6. Jahrgang, zu dem 36 Kinder gehörten. Die Kinder vom 7. Jahrgang ab verblieben weiter in der Hellwegschule. Sie kehrten erst am 1. April 1946 in ihre Obermassener Schule zurück. Dabei entschloß sich noch ein großer Teil der Schüler des 8. Jahrganges für ein freiwilliges 9 Schuljahr. - Inzwischen wurde am 8. November die Schule in der Obermassener Heide wieder eröffnet. Damit verließen die Kinder aus der Heide die Blücherschule, die sie während der Kriegsjahre besucht hatten.

Die alten Schulverhältnisse, wie sie bis zum 1. 10. 1938 in Massen bestanden hatten, wurden 1946 wieder hergestellt. Auf Anordnung der Militärregierung lag die Entscheidung darüber bei den Eltern. Sie konnten wählen, ob sie ihre Kinder in eine evangelische bzw. in eine katholische Bekenntnisschule oder in eine christliche Gemeinschaftsschule schicken wollten. Die Kirchen hatten ihre Ansprüche durchgesetzt. Den Eltern gingen entsprechende Vordrucke zu, die sie auszufüllen hatten. Stichtag war der 8. April 1946.

Für die Blücherschule liegt das Ergebnis dieser Befragung vor.:

Stimmberechtigte Eltern	175
eine ev. Bekenntnisschule forderten	50
eine kath. Bekenntnisschule forderten	20
ungültige Vordrucke	2
unausgefüllte Vordrucke	95
Zahl der Kinder	
für eine ev. Bekenntnisschule	73
für eine kath. Bekenntnisschule	45
für eine christliche Gemeinschaftsschule	158

Auf Grund dieser Entscheidung wurde die Blücherschule in Obermassen am 17. Juni 1946 eine "christliche ^{Gemeinschafts} Bekenntnisschule". Von den kath. Kindern wechselten 34 zur kath. Hellwegschule nach Niedermassen, während immerhin 22 in der Blücherschule blieben.

Auch die Niedermassener Eltern hatten über die Schulart zu entscheiden. Ein genaues Ergebnis der Befragung liegt leider nicht vor. Auf Grund dieser Entscheidung mußte eine kath. Be-

kenntnisschule errichtet werden, die am 17. Juni den Unterricht aufnahm. Die Leitung der dreiklassigen Schule wurde dem Lehrer August Holle übertragen. Als weitere Lehrkräfte wurden dieser Schule die Lehrerin Gertrud Metzger und der Lehrer Joseph Schwingenheuer zugewiesen. Mit der Eröffnung dieser Schule wurde auch der Pfarrunterricht mit einer Wochenstunde wieder aufgenommen. Die Schule wurde mit ihren Klassen im Westflügel der Hellwegschule untergebracht, diese wurde vom gleichen Tag an "christliche Gemeinschaftsschule"

In der handgeschriebenen Chronik der kath. Gemeinde "St. Marien" finden wir die folgende Eintragung:

- " In der Woche nach Pfingsten wurde in Massen die Katholische Schule wieder eröffnet. Schulleiter wurde Lehrer August Holle. Ebenfalls wurden an der Kathol. Schule angestellt Lehrer Josef Schwingenheuer und Lehrerin Gertrud Metzger. Es wurden 3 Klassen eingerichtet in der früherin Katholischen Schule in der "Hellweg-Schule" in Nieder-Massen. Die Kinder von Nieder- und Obermassen besuchen die Kathol. Schule. Nur wenige kathol. Kinder besuchen die "sogenannte Christliche Gemeinschaftsschule" Es soll mich wundern, wie lange diese "christlich" bleibt. Bei einer von der Militärregierung veranstalteten Abstimmung hatten ungefähr 80% der katholischen Bevölkerung für die katholische Bekenntnisschule gestimmt. Für die evangelische Bekenntnisschule hatten wenige evangelische Eltern gestimmt, daß eine "Evangelische Bekenntnisschule" nicht eingerichtet wurde. - "5)

Der Religionsunterricht war ohne jegliche Beschränkung - ebenfalls auf Anordnung der Militärregierung - wieder ordentliches Lehrfach geworden, - Mit der Neuordnung des Schulwesens in Massen waren nun die Grundlagen für seine weitere Entwicklung in den kommenden Jahren gelegt worden.

In einem wegweisenden Aufruf forderte der Oberpräsident der Provinz Westfalen die Lehrkräfte und Erzieher dazu auf, sich auf die "politisch-pädagogische Aufgabe in allen Schulen" zu besinnen und damit die Durchführung einer demokratischen Erziehung zu sichern:

- " An Euch, Ihr Erzieher und Lehrer der deutschen Jugend Westfalens wende ich mich mit meinem Wort. Ihr kennt die tiefsten Ursachen des geistigen und sittlichen Zusammen-

5) Chronik der kath. Kirchengemeinde ST. Marien Massen, unveröffentlicht.

bruches unseres Volkes,

Ich weiß wohl um die guten Ansätze einer demokratischen Entwicklung in der Schulreform der ersten deutschen Republik, aber die politischen Gegenkräfte und die Wirtschaftsnöte erstickten das begonnene Werk. Inmitten der Nöte, die jeden einzelnen bedrängen, wende ich mich an Euer Verantwortungsbewußtsein, an Euern Idealismus, an Euern Glauben.

Es ist nicht damit getan, die Geistesbildung und die Berufsschulung auf die alte Höhe zurückzuführen, es genügt auch nicht, die alten sittlichen und religiösen Werte als verbindliche Maßstäbe wieder aufzurichten, sondern es gilt, den Menschen zu erziehen, der sie nicht nur in seinem privaten Leben, sondern in jeder Gemeinschaft vor allem in der Politik und in der Wirtschaft verwirklicht.

Demokratie hat eine gewaltige volkspädagogische Aufgabe. Euch ist sie anvertraut. Mit Befehlen kann man keine Demokratie und keine Volksgemeinschaft schaffen. Alles Gesunde wächst von unten. Demokratie will von der Jugend in ihren Gemeinschaften erlebt werden. Zu dieser doppelten Aufgabe rufe ich Euch auf.

Ich weiß, wir selbst stehen erst am Anfang des Weges demokratischen Bewußtseins, deshalb laßt uns Demokraten sein, damit wir demokratisch erziehen können. Denn nur das Vorbild wirkt, und nicht die Lehre. Ich weiß auch um die Schwere der Aufgabe angesichts der seelischen Lage unserer Jugend. Trotzdem ist die Aufgabe lösbar, wenn Ihr nach den Lehren und Vorbildern der großen Sozialpädagogen in der Freiheit zur Freiheit erzieht.

Demokratische Lebensformen in der Schule zu entwickeln, ist Eure erste Aufgabe. Diese Erziehung von den einzelnen Fächern aus im Lehr- und Lesestoff zu vertiefen, ist die zweite. Die Dritte ist, den jungen Menschen behutsam immer wieder die Ursachen der sie jetzt bedrückenden Nöte aufzuzeigen und sie zu einem positiven Verstehen der politischen und wirtschaftlichen Gegenwart ~~zu verstehen~~ anzuleiten.

- Ich rufe Euch auf, die Wege der Lösung dieser Aufgaben durchzudenken, in Konferenzen zu beraten und in der Praxis zu erproben.

- Eure Vorschläge und Erfahrungen sollen dem Großen Werk einer neuen demokratischen Jugend dienen. - " 6)

Auf Anordnung des Regierungspräsidenten in Arnsberg sollte dieser Aufruf sofort allen Schulleitern bekanntgegeben werden. Die Lehrkräfte der Volks- und Mittelschulen sollten die Themen des Aufrufes in ihren Kreislehrerkonferenzen behandeln. -

Aber lagen die Ursachen für die entsetzlichen Nöte des totalen Zusammenbruches allein in der deutschen Geschichte? Konnten sie durch eine befohlene "Vergangenheitsbewältigung" eindeutig geklärt werden? Barg die angeordnete "Selbstbesinnung" nicht auch die Gefahr einer ^{und lähmenden} permanenten Selbstbezeichnung?

6) Der Regierungspräsident in Arnsberg G. E. II U 2 Nr.1843, II U N Nr.743, II U L Nr.170 vom 15. Juni 1946

XIX

Durch die schweren Jahre

Alle anspornenden Aufrufe, alle großen Worte und alle in die Zukunft weisenden Zielvorgaben rüttelten die Menschen wohl auf, aber die entsetzliche materielle Notlage, unter der die Bevölkerung zu leiden hatte, konnten sie weder mildern noch beseitigen. Sie blieb nicht ohne Auswirkung auf den Schulalltag, da die Kinder unter der schlechten Versorgungslage besonders zu leiden hatten. Nach den schlimmen Hungerwintern von 1945/46 und 1946/47 war so etwas wie normales Leben auch in Massen nur mühsam in Gang gekommen. In den Tagen des ständigen Hungerns und des bitteren Verzichtens suchten die Lehrer zwischen "Vergangenheitsbewältigung" und den harten Forderungen der Gegenwart nach einer Motivation für ihren Unterricht.

Organisatorische Maßnahmen waren zwangsläufig zu erledigen. Altmaterialien wurden nicht mehr gesammelt, aber zur Kartoffelkäferbekämpfung wurden wie in den Kriegsjahren die Schulkinder herangezogen. Im Juni 1947 ging die Weisung dazu vom Bürgermeister an die Schulleiter.

- " In mehreren Gemeinden des Amtes ist der Kartoffelkäfer bereits wieder in Erscheinung getreten. Auf Anordnung des Oberkreisdirektors soll die Aufnahme des Kartoffelkäfersuchdienstes sofort erfolgen. Zum Suchen sind in erster Linie Schulkinder vom 10. Lebensjahre an heranzuziehen. Die Schulkinder haben unter Leitung ihres jeweiligen Klassenlehrers zu suchen. Um die Suchleistung der Kinder in diesem Jahre zu erhöhen, ist eine Sonderzuteilung an Lebensmitteln angestrebt worden. Das Ergebnis steht noch aus. Ferner wird erwogen, für die 5 besten Suchleistungen in jeder Gemeinde Geldprämien in Höhe von 10,00 RM auszusetzen. Der Mittwoch in jeder Woche gilt im gesamten Kreisgebiet Unna als einheitlicher Suchtag. Der Unterricht fällt an diesem Tag für die Kinder aus, die an der Suchaktion teilnehmen. Als erstmaliger Suchtag wird hiermit der 11. 6. 1947 bestimmt. Gefundene Schädlinge sind sofort durch Verbrennen zu vernichten. Bis zum Donnerstag vormittags jeder Woche bitte ich mir das Ergebnis des Suchdienstes zu melden, "1)

1) Schreiben des Bürgermeisters der Gemeinde Massen vom 3. 6. 1947 - alte Aktenbestände der Blücherschule

So zog man also wieder durch die Kartoffelfelder der Massener Gemarkung. Aber was konnte man mit 10 RM schon anfangen, da man für Geld und gute Worte nichts kaufen konnte, auf dem "Schwarzen Markt" für eine einzige Zigarette allein 2 bis 8 RM bezahlen mußte.

1947

An den Massener Schulen traten organisatorische Veränderungen ein. Am 19. Mai 1947 ging Lehrer Emil Höving, "federführender Lehrer" an der Blücherschule in den Ruhestand.

1948

Als sein Nachfolger wurde der Lehrer Fritz Wulff von der Hellwegschule zur Blücherschule versetzt und mit deren Leitung beauftragt. Seine Ernennung zum Hauptlehrer erfolgte dann am 1. 4. 1948. Ebenfalls am 1. 4. 1948 wurde der Lehrer August Holle zum Hauptlehrer ernannt, der am 9. Dezember 1947 mit der kommissarischen Leitung der Kath. Hellwegschule beauftragt worden war.

Mit organisatorischen Fragen beschäftigte sich auch die Schulkommission, die 1947 unter dem Vorsitz von Bürgermeister Holzapfel im Beisein von Schulrat Humme zweimal tagte. Ihr gehörten Pastor Meier, Vikar Seidel, die Herrn Vogt, Flessenkämper, Eppmann, Palikowski und die Lrer Holle, Friedrichs und Wente an. Am 20. Februar wurde über die Besetzung von Lehrerstellen, die Einrichtung einer Planstelle für eine ev. Lehrerin und die Wiedereinrichtung bzw. die Wiedereröffnung einer Schule am ehemaligen Schacht III beraten. Zu dem letzten Vorhaben sollte der Bürgermeister versuchen, von der britischen Militärbehörde die ehemalige Schulbaracke freizubekommen.

Die Schaffung weiterer Planstellen stand auch am 28. August auf der Tagesordnung. Der ständige Zustrom von Flüchtlings- und Vertriebenenfamilien hatte die Schülerzahlen der Massener Schulen stark ansteigen lassen. Für 948 Schulkinder gab es nur 17 Planstellen. So wurde die Errichtung einer weiteren Stelle für einen ev. Lehrer mit Wirkung vom 1. Oktober an beschlossen. Aus der Schulleiterstelle der Hellwegschule wurde eine Rektorenstelle, die der Lehrerin Hedwig Thüner übertragen wurde. Sie war am 27. April 1928 von der Schule am Schacht III zur Hellwegschule versetzt worden. Mit der Überwachung der Schulspeisung sollten die Elternbeiräte ^{würden} beauftragt. Mit Bedauern mußte man zur Kenntnis nehmen, daß die Engländer die ehemaligen Schulbaracken für die Wiederöffnung einer Schule am Schacht III nicht freigeben wollten.

Ständig steigende Schülerzahlen auf 214 Kinder führten Ostern 1947 an der kath. Schule in Niedermassen zur Bildung des vierten Klassenverbandes. So wurde das vierte Klassenzimmer, bisher als Volksbücherei benutzt, wieder als Unterrichtsraum eingerichtet. Eine fünfte Klasse mußte Ostern 1949 eingerichtet werden, da sich die Schülerzahl weiter auf 250 Kinder erhöht hatte.

Die Kinder der Heimatvertriebenen und der SBZ-Flüchtlinge, die in Massen ein Obdach gefunden hatten, führten nicht nur zu einem Ansteigen der Schülerzahlen, sondern sie veränderten auch die soziologische Struktur der Massener Schuljugend erheblich. Neben den mehr oder weniger alteingesessenen Familien der Bauern- und Bergarbeiternkinder drückten sie die alten unbequemen Schulbänke. In ihren Augen schimmerte immer noch die Sehnsucht nach der verlassenen Heimat im Osten. Auch Lehrkräfte, die im Osten des Reiches aufgewachsen waren oder dort unterrichtet hatten, wurden den Massener Schülern zugeteilt. An der kath. Hellwegschule waren es die Oberschlesier Leo Rude (1. 10. 48 - 1. 6. 57) und Alfred Franetzki (10. 5. 49), dazu die aus Danzig kommende Melitta Ebel (1. 9. 51 - 1. 5. 56). In die Lehrerinnenstelle der Blücherschule wurde am 1. 9. 1946 die Lehrerin Dora Petzold eingewiesen, die zuletzt in Peterswaldau im Eulengebirge tätig gewesen war. Der aus der Neumark (Ost-Brandenburg) stammende Lehrer Heinz Sdow wurde am 17. 9. 1949 ebenfalls an dieser Schule angestellt. An der Hellwegschule war der aus Schlesien stammende Lehrer Karl Klippel tätig.

Das besondere Anliegen der Schulaufsichtsbehörden in den Jahren des Neubeginns nach 1945 war die "moralische Ausrüstung" der Lehrerschaft, die die deutsche Jugend zum Frieden und zur Demokratie zu erziehen hatte. Man übernahm diesen Auftrag nicht nur auf Befehl der Militärregierung, sondern auch deshalb, weil man nach den bitteren Erfahrungen, die man in den Jahren nach 1933 ^{gemacht} hatte, der Tradition der deutschen Reformpädagogik folgend, innerlich dazu bereit war.

Diesem Zwecke dienten neben den Systemkonferenzen der größeren Schulen die Kreislehrerkonferenzen. - Auf der Arbeitstagung des des Schulaufsichtskreises Unna am 24. Mai 1946 hielt Schulrat Humme einen Vortrag über das Thema "Erziehung zur Friedensgesinnung". - Die Rektorin Thüner (Hellwegschule Massen) sprach am 14. 2. 1947 auf der Kreislehrerkonferenz über "Erziehung zum geschichtlichen Denken". - Auf der Dienst-

1946

1947

1948

besprechung der Lehrerschaft von Unna und Umgebung am 1. Dezember 1948 referierten Schulrat Humme und Lehrer Kohlmann aus Westick-Kaiserau über "die Auseinandersetzungen zwischen den demokratischen Ideen in der Zeit von 1805 bis zur Schwelle des Revolutionsjahres 1848"., Um den Geschichtsunterricht ging es auch in der Konferenz am 2. September 1949. Referenten waren Schulrat Humme und Hauptlehrer Kirchhoff. Sie sprachen über "die Umgestaltung des Geschichtsunterrichtes" und über "unsere Geschichtslegenden und ihre Widerlegung, Berichte zum Geschichtslehrplan". Auf der Schulleiterbesprechung am 3. Oktober des gleichen Jahres sprach Humme über "geschichtsbildende Kräfte".

1949

Wenn man die Direktive der britischen Bestatzungsmacht bzw. der Britischen Militärregierung nach einer Demokratisierung des schulischen Unterrichtes befolgen wollte, mußte man sich zwangsläufig dem Geschichtsunterricht ~~mit~~ ^{und} seinen Inhalten und seiner Zielsetzung zuwenden. Mit der Diskussion darüber ~~nahm~~ man das heißeste Eisen der Vergangenheitsbewältigung auf, denn der Geschichtsunterricht hatte in der nationalsozialistischen Schule nicht nur eine zentrale Stellung eingenommen, sondern der ~~Österreicher~~ ^{aus} Adolf Hitler begründete die Ziele seiner Machtpolitik stets ^{aus} der deutschen besonders aber der preußischen Geschichte, die dabei bedenkenlos glorifiziert wurde.

Bei den Bemühungen, den Geschichtsunterricht vom nationalsozialistischen Ballast zu befreien, von Glorifizierungen und Legendenbildungen, blieben auch Fehlinterpretationen nicht aus, da man nun versuchte, mit einer Linie von "Friedrich, dem Einzigen" über den "Eisernen Kanzler" bis hin zum "Führer" die Zwangsläufigkeit der deutschen Geschichte hin zum Nationalsozialismus zu beweisen. Man mißachtete dabei völlig ~~der~~ die Forderung Rankes²⁾ Geschichte so darzustellen, "wie es eigentlich gewesen ist" und übersah dabei auch seine Erkenntnis, daß "jede Epoche unmittelbar zu Gott ist", also nur aus dem Geschehen und den Ereignissen der jeweiligen Zeit zu verstehen ist. In den Konferenzen der fünfziger Jahre wurden dann ~~in den Konferenzen~~ andere Schwerpunkte gesetzt und andere, akute Probleme behandelt.

2) Leopold von Ranke (1795-1886) begründete die moderne Geschichtsschreibung. Zu seinen bedeutendsten Werken gehören u. a. die "Zwölf Bücher der preußischen Geschichte" und die unvollendet gebliebene "Weltgeschichte"

Neben ihrem wichtigen pädagogisch-politischen Auftrag hatten die Schulen in jenen schlimmen Jahren unmittelbar nach Kriegsende eine zweite fast noch wichtigere Aufgabe zu erfüllen. Bei ihrer Wiederöffnung im September wurde es vor aller Welt deutlich, wie unsagbar miserabel es um die Gesundheit der deutschen Kinder bestellt war. Der mangelhafte Gesundheitszustand war nicht nur eine Folge entbehrungsreicher Kriegsjahre, sondern war auch das direkte Ergebnis der unzureichenden ^{gegenwärtigen} Versorgung der Bevölkerung, unter der besonders die Kinder zu leiden hatten. Man mußte handeln, um drohendes Unheil zu verhindern. Im übrigen war ein hungernder Schüler auch ein schlechter Schüler. So kam es auf Anordnung der Britischen Militärregierung zu einer zusätzlichen Lebensmittelversorgung der Kinder in den Schulen, zunächst mit dem "Schultrunk."

1945

Die Vorbereitungen dafür liefen kurz vor dem Ende des Jahres 1945 an. Den Ernährungsämtern ging die nachfolgende Verfügung des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen vom 29. November 1945 zu:

- " Betr.: Schulspeisung.

1. Mit Zustimmung der Britischen Militär-Regierung sollen in Kürze Schulspeisungen für die Kinder von 6 - 10 Jahren in den Volksschulen eingerichtet werden. Die Kinder sollen täglich einen Becher ($\frac{1}{8}$ l) eines hochwertigen Schultunkes erhalten. Zu diesem Zweck sind den Schulen je Teilnahmeberechtigten und je Tag $\frac{1}{8}$ l entrahmte Frischmilch zur Verfügung zu stellen. An zwei Tagen der Woche wird Trinkschokolade zugesetzt, an den übrigen vier Tagen eine Nahrungsmittel. Beide Erzeugnisse sind ohne weitere Zusätze verwendbar. An Trinkschokolade sind 2,5 g (1 Teelöffel) und an Nahrungsmittel 12,5 g zuzusetzen.

2. Die Organisation der Schulspeisung ist den örtlichen Verwaltungen überlassen, die nach Bedarf die Träger der freien Wohlfahrtspflege hinzuziehen werden. Auch die Finanzierung muß von den gleichen Stellen geregelt werden. Ich habe vorgeschlagen, möglichst einen Gesamtpreis von 5 Rpf. für den Becher nicht zu überschreiten, weil die Beschaffungskosten für die entrahmte Milch 2 Rpf. und für die Zusatzerzeugnisse 1,5 - 2 Rpf. ausmachen.

3. Die Schulen stellen bei den Ernährungsämtern

Anträge auf Zuteilung von 3 l entrahmte Frischmilch, 20 g Trinkschokolade und 200 g Nahrungsmittel je Teilnehmereberechtigten für eine Zuteilungsperiode. Die Schulen haben die Ausgabe des Schultrankes nachzuweisen.

Da sowohl entrahmte Frischmilch als auch Trinkschokolade und Nahrungsmittel sparsam eingesetzt werden müssen, ist bei Schulen auf dem Lande zu prüfen, ob nicht überhaupt von der Schulspeisung abzusehen ist; andernfalls ist die Schulspeisung in diesen ländlichen Gemeinden auf die Bedürftigen (also nicht die Kinder der Selbstversorger) zu beschränken. - " 3)

Aufgrund der vorstehenden Anordnung, die den Massener Schulleitern Anfang Dezember zuging, mußten diese im Einvernehmen mit ihrem Bürgermeister über folgende Punkte berichten:

- " 1) Wie und wo der Schultrank bzw. die Nahrungsmittel zubereitet werden kann.
- 2) Welche geeignete Person die Zubereitung übernehmen kann und will. Vergütung wird von hier geregelt.
- 3) Die Zahl der bedürftigen Kinder, d. h. Schülerzahl ohne Kinder der Selbstversorger.
- 4) Über die erforderlichen Mengen an
entrahmter Frischmilch,
Trinkschokolade und
Nahrungsmittel

auf Grund der nach Ziffer 3 ermittelten Kopfzahl.

An Hand der gemeldeten Mengen werden die Bezugsscheine von hier aus beantragt

Als Preis sollen pro Becher 5 Rpf. erhoben werden. - " 4)

Ob die Schulspeisung in Massen noch vor Weihnachten 1945 in Gang kam, ist nicht festzustellen, da ⁱⁿ keiner Schulchronik darüber berichtet wird. Im Januar 1946 wurden die Bestimmungen für die Durchführung der Schulspeisung geändert:

- " Die Schulspeisungen in dem britisch besetzten Gebiet werden auf eine neue Grundlage gestellt. Alle Schulkinder von 6 - 14 Jahren erhalten täglich eine markenfreie Mahlzeit, die einen Wert von ungefähr 300 Kalorien hat.
- 3) Der Oberpräsident der Provinz Westfalen, Ernährungsamt Abt. B vom 29. Nov. 1945
- 4) Amtsbürgermeister des Amtes Unna-Kamen, Schulamt, Aktenzeichen: 200/03 vom 6. Dezember 1945, alte Akten ^{bestand} der Blücherschule Obermassen

1946

rien besitzt. Die zur Herstellung der Speisen verwendeten Lebensmittel werden von der Militärregierung aus Einfuhren zur Verfügung gestellt.

An vier Wochentagen wird die Mahlzeit A verabreicht.

Sie besteht aus; 30 g zerkleinerten Biskuits,
40 g Hülsenfrüchte,
10 g Fett,
10 g Fleischextrakt oder Fleischwürze
5 g Salz.

An zwei Wochentagen wird die Mahlzeit B verabreicht; sie besteht aus: 50 g zerkleinerten Biskuits oder Haferflocken (Semolina),

15 g Zucker,

20 g Trockenmilch (E-Milch) .

Die Schulkinder von 12 bis 14 Jahren erhalten außerdem täglich einen markenfreien Zusatz von 80 g Brot oder Biskuits; dadurch wird der Kalorienwert jeder Mahlzeit für diese Altersstufe auf rund 490 Kalorien gesteigert. Die Verantwortung für die alsbaldige Durchführung und Überwachung dieser Schulspeisungen liegt in erster Linie bei den Schulbehörden; sie haben die technischen Voraussetzungen für die schmackhafte Zubereitung und für die Ausgaben der Speisen zu schaffen und dafür zu sorgen, daß die zugeteilten Lebensmittel restlos nach den vorstehenden Bestimmungen an die Schulkinder ausgegeben werden. Die Mahlzeiten der Schulspeisungen dürfen nur in der Schule an die Kinder verabreicht und nicht mit nach Hause genommen werden. Die Preise für die Schulspeisungen werden bei der Mahlzeit A 0,10 RM und B 0,07 RM betragen. Die Schulbehörde meldet dem Ernährungsamt Abt. B wöchentlich die Verpflegungsstärke der in den einzelnen Schulen an der Schulspeisung teilnehmenden Kinder, unter besonderer Angabe der 12 bis 14jährigen. Jede Schule darf jeweils nur die ihr für eine Woche zustehende Menge an Lebensmitteln beziehen.

Jede mißbrä^{ch}liche Verwendung und jedes Vorenthalten müssen ausgeschlossen werden - " 5)

Die Schulleiter hatten nun wiederum im Einvernehmen mit dem Bürgermeister über die Zubereitung und Ausgabe der Mahlzeiten zu berichten und die Zahl der Schulkinder von 6 bis 14 Jahren zu melden.

5) Der Oberpräsident der Provinz Westfalen, Landesernährungsamt vom 23. 1. 1946

In den schlimmen Jahren nach 1945 wurde die Schulspeisung zu einem wichtigen Augenblick an jedem Schultag, sie half mit, den Hunger zu besiegen. Da sie der Not der Zeit entsprach, ~~unbedingt~~ lebensnotwendig war, wurde sie als so alltäglich empfunden, daß sie in den Chroniken der Massener Schulen - mit Ausnahme der der Blücherschule - keine Erwähnung fand. Sie gehörte ^{einfach} zum Schulalltag, ersparte den Eltern die Sorge um das Pausenbrot, und es gehörte dazu, daß die ~~Kinder~~ einen Emaillebecher oder einen Kochgeschirrdeckel mit in die Schule nahmen und sich wohl besonders auf die Schokolade oder auf das Brötchen mit Kakao freuten. - Wie bereits erwähnt, nur in der Chronik der Blücherschule finden wir für das ^{einen Hinweis} Schuljahr 1947/48 auf die Durchführung der Schulspeisung.

1947/48

Vom Jugendamt des Amtes Unna-Kamen erhielten die einzelnen Schulen für jede sogenannte "Zuteilungsperiode" einen Lieferschein über die ihr zustenden Mengen - "Fertigwaren und Rohstoffe" - die von der Firma Wilhelm Hagen in Unna angeliefert wurden. Der Lieferschein war auch gleichzeitig der Speiseplan für die Zuteilungsperiode. So gab es z. B. im November 1949: an 4 Tagen Brötchen mit Brühe, an 2 Tagen ~~Kakao~~ mit Brötchen, an 3 Tagen Brühnudeln, an 2 Tagen Grießbrei mit Vanillenzucker, an 2 Tagen Haferflockenbrei mit Marmelade, an 1 Tag Schokoladensuppe, an 2 Tagen Vanillensuppe, an 2 Tagen Schokolade, an 1 Tag Süßstange.⁶⁾ - Bis zum 2. jeden Monats mußte der Schulleiter die Stundenzahl der bei der Zubereitung der Schulspeisung beschäftigten Kochfrauen melden, bis zum 20. die Teilnehmerzahl

1949

1950

Die Schulspeisung wurde bis zum Juni 1950 durchgeführt und dann in der bisher üblichen Form eingestellt, da sich die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln weitgehend gebessert hatte. Die Lebensmittelrationierung wurde am 1. März 1950 aufgehoben. Nur für bedürftige Kinder wurde die Schulspeisung fortgesetzt. Dazu der Erlaß des Sozialministers des Landes Nordrhein-Westfalen:

- " Mit der Einstellung der Hoover-Speisung am 30. 6. 1950 sind die Kosten für eine Schulkinderspeisung völlig aus deutschen Mitteln zu bestreiten. Um diese wertvolle Maßnahme der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge weiter zu ermöglichen, hat sich die Bundesregierung bereit erklärt, dafür Mittel aus der Kriegsfolgenhilfe zur Verfügung zu stellen. Bis

6) Amt Unna-Kamen, Jugendamt, Schulspeisung 132. Z. P. vom 1. 11. bis. 30. 11. 1949 - Alte Aktenbestände der Blücherschule.

zur endgültigen Regelung erhalten als Übergangsmaßnahme eine Schulspeisung 20% der Kinder, die bisher an ihr teilgenommen haben. Diese Maßnahme ist ausschließlich für Kinder bestimmt, die hilfsbedürftig im Sinne des Fürsorge-rechts sind, zum Personenkreis der Kriegsfolgehilfe gehören und bei denen die Notwendigkeit aus gesundheitlichen Gründen ärztlich anerkannt wird.

Inzwischen bitte ich, durch Untersuchung bzw. Musterung der Kinder und Überprüfung der sozialen Verhältnisse im Rahmen der Schulgesundheitsfürsorge den tatsächlichen Prozentsatz der Kinder feststellen zu lassen, die danach für die kostenlose Gewährung der Schulspeisung infrage kommen. Für die ärztliche Auswahl sind die Kinder in folgende drei Gruppen einzuteilen:

I. Kinder in gutem Ernährungs- und Kräftezustand Für diese Gruppe kommt die Kostenübernahme nicht in Betracht.

II. Berücksichtigt werden sollten in erster Linie Schüler und Schülerinnen mit nicht ausreichendem Ernährungs- und Kräftezustand. ferner Kinder und Jugendliche, deren Gesundheitszustand durch ungünstige häusliche Verhältnisse, insbesondere Infektionsgefährdung bedroht sind.

III. Zur dritten Gruppe gehören die offensichtlich unterernährten Kinder, durch Krankheit geschwächte und besonders anfällige, sowie solche von Spätrachitis und Tbc befallene Kinder mit Merkmalen der Aktivierung. Der Gesundheitszustand dieser Kinder ist zunächst durch geeignete Kuren zu bessern. Erst im Anschluß daran ist die Förderung des Gesundheitszustandes für diese Gruppe durch die Schulspeisung erfolgversprechend.

Bis zum 1. 11. des Js. bitte ich, mir die Anzahl von Kindern der Gruppen II und III aus schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen mitzuteilen, Es wird Wert darauf gelegt, daß die Aktion im engen Einvernehmen mit den Kreis-schulräten durchgeführt wird. Die Federführung liegt beim Kultusministerium. -"7)

1950

Am 17. Oktober 1950 ging der Erlaß z. B. bei der Blücher-schule in Obermassen ein. Da das Kreisgesundheitsamt in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit bis zum 1. 11. die notwendigen Untersuchungen der infrage kommenden Kinder nicht durchführen konnte, hatte deren Auswahl zunächst durch die Klassenlehrer

7) Der Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen, II S/4 34/6 vom 21. Sept. 1950 - Alte Aktenbestände der Blücher-schule.

erfolgen, Dazu erhielten die Schulleiter folgende Anweisung vom Schulamt beim Amt Unna-Kamen:

- " Ich bitte, die in Betracht kommenden Kinder bis zum 25. ds. Monats nach hier mitzuteilen, und zwar unter Angabe der Personalien, damit von hier überprüft werden kann, ob sie zum Kreis der Begünstigten gehören.

Ich mache besonders darauf aufmerksam, daß nach dem Erlaß die Schulspeisung ausschließlich für Kinder bestimmt ist, die hilfsbedürftig im Sinne des Fürsorgerechts sind ~~und~~ zum Personenkreis der Kriegsfolgehilfe gehören.

Da Ihnen im allgemeinen die wirtschaftlichen Verhältnisse bekannt sind, empfehle ich, die gesundheitlich gefährdeten Kinder, die nicht zu dem begünstigten Personenkreis gehören, soweit möglich, bei der Aufstellung sofort von dort auszuscheiden.

Wie im einzelnen die Durchführung gedacht ist, ist auch hier nicht bekannt. Leider ist entgegen der von hier gemachten Vorschläge daran festgehalten worden, daß die Speisen an den Schulen besonders zubereitet werden müssen, so daß die Durchführung auf erhebliche Schwierigkeiten stößt. - "8)

Ob es nun dabei an den Massener Schulen zu den befürchteten Schwierigkeiten bei der Schulspeisung kam, ist unbekannt. Es ist auch nicht festzustellen, wann sie endgültig eingestellt wurde.

1951

Jedenfalls erhielt nach noch vorliegenden Lieferscheinen die Blücherschule im Frühjahr 1951 ~~noch~~ Lebensmittel zur kostenlosen Ausgabe an die von ihr gemeldeten bedürftigen Kinder.

Im Februar waren es: Trockenobst, Zucker, Kakaomischpulver. Teigwaren, Reis, Zwieback und Trockenmilch; im April waren es: Tomatenmark, Kakaomischpulver, Suppenwürze, Fleischkonserven, Reis und Zwieback bzw. Kekse. Die Lieferscheine enthalten folgenden Zusatz:

- " Ich bitte, diese Lebensmittel in rohem Zustande nur an die Kinder, die in Ihrer Nachweisung aufgeführt sind, auszugeben. - "9)

Demnach wurden die Mahlzeiten nicht mehr an den Schulen zubereitet.

8) Amt Unna-Kamen, Schulamt, Aktz.: 200/03 vom 23. Oktober 1950, Alte Aktenbestände der Blücherschule.

9) Amt Unna-Kamen, Jugendamt, Kktz.: 464/03, Lieferscheine vom 17. 1. und 19. 3. 1951, Alte Aktenbestände der Blücherschule

XX

Nach 1948

Der Wille zum Leben war stärker als alle Not der Zeit. Die Bevölkerung konnte den erbitterten Kampf um das Überleben zu ihrem Gunsten wenden, und das Land versank nicht in Chaos und Elend. Unter den positiven Auswirkungen der Währungsreform normalisierte sich das Leben wieder. Nach Überwindung der Ernährungs-
krise, die im Winter 1948 ihren Höhepunkt erreicht hatte, besserte sich auch die Versorgungslage. Das alles wirkte sich auch positiv auf die schulische Entwicklung aus.

Abgesehen von ihrem spleenig-überheblichen Vorhaben, die Deutschen zum demokratischen Denken und Handeln erziehen zu wollen und von ihrer überspannten Forderung nach Demokratisierung des Unterrichtes, ließ die Britische Militärregierung den Ländern in ihrer Besatzungszone freie Hand bei der Neugestaltung des Unterrichtswesens. Auch nach Bildung der Bundesrepublik wurde die Kulturhoheit weiterhin von den Ländern ausgeübt, die im Bundesgesetz vom 13. 5. 1949 den Ländern zugewiesen wurde. Im Grundgesetz und in der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen wurden die gesetzlichen Grundlagen für die Entwicklung des Schulwesens festgeschrieben.

Im Grundgesetz wird im Artikel 7 das Schulwesen geregelt, das Elternrecht, die Schulaufsicht des Staates, der Religionsunterricht und die Errichtung von Privatschulen.

Die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen enthält im 3. Abschnitt - Schule, Kunst und Wissenschaft, Religion und Religionsgemeinschaften - alle notwendigen Bestimmungen für Erziehung und Unterricht.

- " Artikel 7 des G.G. (Schulwesen)

(1) Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor der Würde des Menschen und Bereitschaft zum sozialen Handeln zu wecken, ist vornehmstes Ziel der Erziehung.

(2) Die Jugend soll erzogen werden im Geiste der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zur Duldsamkeit und der Achtung vor der Überzeugung des anderen, in Liebe zu Volk und Heimat, zur Völkergemeinschaft und Friedensgesinnung.

Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen, Artikel 8

(1) Jedes Kind hat Anspruch auf Erziehung und Bildung.

Das natürliche Recht der Eltern die Erziehung und Bildung

ihrer Kinder zu ~~Bestimmen~~ bildet die Grundlage des Erziehungs- und Schulwesens.

(2) Es besteht allgemeine Schulpflicht, ihrer Erfüllung dienen grundsätzlich die Volksschule und die Berufsschule.

(3) Land und Gemeinden haben die Pflicht, Schulen zu errichten und zu fördern. Das gesamte Schulwesen steht unter Aufsicht des Landes. Die Schulaufsicht wird durch hauptamtlich tätige, fachlich vorgebildete Beamte ~~Beamte~~ *angestellt*...

Artikel 9

(1) Der Unterricht in den Volks- und Berufsschulen ist unentgeltlich.

Artikel 10

(1) Das Schulwesen des Landes baut sich auf einer für alle Kinder verbindlichen Grundschule auf, die Teil der Volksschule ist.

(2) Die Erziehungsberechtigten wirken durch Elternvertretungen an der Gestaltung des Schulwesens mit.

Artikel 12.

(1) Die Volksschule umfaßt die Grundschule als Unterstufe des Schulwesens und die Hauptschule als weiterführende Schule.

(3) Grundschulen sind Gemeinschaftsschulen, Bekenntnisschulen oder Weltanschauungsschulen

(4) Hauptschulen sind von Amts wegen als Gemeinschaftsschulen zu errichten. Auf Antrag der Erziehungsberechtigten sind Bekenntnisschulen oder Weltanschauungsschulen zu errichten, soweit ein geordneter Schulbetrieb bei der beantragten Hauptschule und der Besuch einer Gemeinschaftsschule in zumutbarer Weise gewährleistet sind.

(6) In der Gemeinschaftsschule werden Kinder auf der Grundlage christlicher Bildungs- und Kulturwerte in Offenheit für die christlichen Bekenntnisse und für andere religiöse und weltanschauliche Überzeugungen gemeinsam unterrichtet und erzogen.

In Bekenntnisschulen werden Kinder des katholischen ~~oder~~ des evangelischen Glaubens oder einer anderen Religionsgemeinschaft nach den Grundsätzen des betreffenden Bekenntnisses unterrichtet und erzogen.

In Weltanschauungsschulen, zu denen auch die bekenntnisfreien Schulen gehören, werden die Kinder nach den Grundsätzen der betreffenden Weltanschauung unterrichtet und erzogen

Artikel 13

Wegen des religiösen Bekenntnisses darf im Einzelfalle keinem Kinde die Aufnahme in eine öffentliche Schule verweigert werden, falls keine entsprechende Schule vorhanden ist.

Artikel 14

(1) Der Religionsunterricht ist ordenliches Lehrfach an allen Schulen, mit Ausnahme der Weltanschauungsschulen (bekenntnisfreien Schulen). Für die religiöse Unterweisung bedarf der Lehrer der Bevollmächtigung durch die Kirche oder durch die Religionsgemeinschaft. Kein Lehrer darf gezwungen werden, Religionsunterricht zu erteilen.

(3) Unbeschadet des staatlichen Ausichtsrechtes haben die Kirchen oder die Religionsgemeinschaften das Recht, nach einem mit der Unterrichtsverwaltung vereinbarten Verfahren sich durch Einsichtnahme zu vergewissern, daß der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit ihren Lehren und Anforderungen erteilt wird.

(4) Die Befreiung vom Religionsunterricht ist abhängig von einer schriftlichen Willenserklärung des Erziehungsberechtigten oder des religionsmündigen¹⁾ Schülers. - "2)

1950

So weit, soweit. Die Landesverfassung wurde am 6. Juni 1950 vom Landtag beschlossen und am 18. Juni durch Volksentscheid mehrheitslich bestätigt. Wegen seiner religiösen Prägung bzw. Grundhaltung war es besonders in der Lehrerschaft nicht unumstritten. - Das Massener Schulwesen war in seiner Organisation durchaus verfassungsgerecht.

Man wußte nun, auf welches Ziel zu ^{sich} das Schulwesen im Lande entwickeln sollte und auch voraussichtlich würde. Das Ende der alten Volksschule kündete sich bereits^{an}. Für ihre Ablösung durch organisatorisch selbständige Grund- und Hauptschulen waren in der Verfassung ^{die Grundlagen} schon gelegt. - In den Lehrerkonferenzen wurden andere Themen behandelt. Vorträge, die der Vergangenheitsbewältigung dienten, verschwanden von den Tagesordnungen. Man wandte sich pädagogischen und psychologischen Problemen zu. Auf der Kreislehrerkonferenz am 8. September ¹⁹⁵⁰ referierte OR Asshauer von der Bezirksregierung Arnsberg über "die Arbeit in Stadt- und Landschulen im Regierungsbezirk Arnsberg, pädagogische Erfahrungen" und Lehrer Kapp über "der lehrer und

1950

1) Religionsmündig werden Kinder mit Vollendung ihres 14. Lebensjahres.

2) ^{Grundgesetz} Nordrhein-Westfalen, Kleine Verfassungs- und Landeskunde, Düsseldorf 1971

1951

Jugendschriften". Am 3. Februar 1951 sprach Prof. Dr. Wilhelm Hansen über "die Bedeutung der neueren psychologischen Forschungsergebnisse für den Unterricht in der Volksschule" und am 31. Mai auf einer Dienstbesprechung Rektor Dr. Harde aus Holzwickede über "aktuelle Fragen der Psychologie". Die Ganztagskonferenz der Gesamtlrerschaft im Schulaufsichtskreis Unna am 23. Oktober beschäftigte sich mit der Musik- und Verkehrserziehung. Auch 1952 ging es auf den Konferenzen um pädagogische Probleme; am 3. März sprach Schulrat Dohrmann über "ganzheitlichen Leseunterricht" und auf einer Ganztagsstagung der GEW Kamen-Unna am 5. November Herr Bünger über "Ganzheit, Arbeitsmittel, Gruppenunterricht, ^EErziehung", Rektor Lehnmacher über "die psychologische Grundlegung und pädagogische Gestaltung".³⁾ In den Mittelpunkt der Diskussionen rückten die Probleme des kindgemäßen Unterrichtes in den Formen der Gruppenarbeit und des Gesamtunterrichtes. Für den schulischen Alltag bekamen die Lehrkräfte wieder eine pädagogische Grundlage und Ausrichtung.

1952

Gegenüber dem Erziehungsauftrag des Staates bekam das Elternrecht seinen unbestrittenen Vorrang zurück:

- "Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen. - "⁴⁾

Auch die Verfassung von Nordrhein-Westfalen garantierte den Eltern den Rechtsanspruch auf die Erziehung ihrer Kind. Dieses sogenannte "Elternrecht" legt den Eltern aber auch die Pflicht auf, bei den staatlichen Maßnahmen der Jugenderziehung mitzuwirken.

1952

Die von den Nationalsozialisten aufgelösten Elternbeiräte, die in der Weimarer Zeit entstanden waren, wurden neu gebildet. Aus ihnen entstanden dann in Nordrhein-Westfalen 1952 die Klassen- und Schulpflegschaften. Diese sollten das Interesse der Eltern am schulischen Geschehen stärken und die Zusammenarbeit und das Vertrauen zwischen Eltern und Lehrern stärken. Auf Klassenelternabenden werden die Sprecher der Klassenelternschaft gewählt, die aus ihren Reihen dann die Vertreter bzw.

3) Chronik der Blücherschule Obermassen

4) Grundgesetz, Artikel 6,2 und 6,3

Sprecher ihrer Schule - der Schulpflegschaft - wählen.

1952

Dazu berichtet die Chronik der Blücherschule, daß nach einem Erlaß des Kultusministers des Landes Nordrhein-Westfalen die Schulpflegschaften bis zum Ende des Jahres 1952 gebildet werden mußten. So wurde zu Klassenelternabende zum 4. Dezember eingeladen, die alle nicht beschlußfähig waren, da die Zahl der teilnehmenden Eltern unter 50% lag. Daher mußten für den nächsten Tag, also den 5. 12. - neue Versammlungen anberaumt werden, die ohne Berücksichtigung der Zahl der teilnehmenden Eltern als beschlußfähig galten. An diesem Abend konnten dann die Vorsitzenden der Klassenelternschaften ~~und~~ ihrer Stellvertreter gewählt werden. Diese kamen dann am 17. Dezember zusammen, um aus ihren Reihen den Vorstand bzw. die Sprecher der Schulpflegschaft zu wählen:

1. Vorsitzender wurde der Verwaltungsangestellte Walter Schäfer genannt Franke, Karlstraße 63, 2. Vorsitzender Frau Emmi Stoltefuß, Kirchstraße 5 und Schriftführer der Verwaltungsangestellte Karl Krause, Kirchstraße 23. Als Vertreter des Lehrers Lehrerkollegiums der Schule gehörte Frau Dora Petzold diesem Gremium an.

Unter dem Datum vom 4. Dezember 1952 berichtet die Kath. Hellwegschule in Niedermassen von der Bildung der Klassenpflegschaften. Zum Vorsitzenden der Schulpflegschaft wurde Herr Jos. Witassek gewählt, eine Frau Schmidt wurde Schriftführerin. - Von nun an erfolgten zu Beginn eines jeden Schuljahres an den Massener Schulen die Wahlen der verantwortlichen Eltern für die Klassen- und Schulpflegschaften. - Über Jahre hinweg werden in den Schulchroniken immer wieder die Namen der gleichen Eltern genannt, die sich als Mitglieder der Schulpflegschaften für ihre Schulen tatkräftig einsetzen.

Nur eine Schule für die Flüchtlingskinder

1952

Als am 21. November 1952 der neugewählte Gemeinderat zu seiner konstituierenden Sitzung zu sammentrat, nannte der wieder- gewählte Bürgermeister Otto Holzapfel den Gemeindevertetern die dringendsten Aufgaben, die sie zu lösen hatten. Dazu gehörte auch die anstehende Neuordnung des Schulwesens. Aus der alten Bergarbeitergemeinde war längst eine Schlaf- und Wohngemeinde geworden, eine durch Zuzug bzw. Zuweisung von Evakuierten, Flüchtlingen und Heimatvertriebenen aus dem Osten eine völlig übervölkerte Notstandsgemeinde. Das spürte man besonders an den Massener Schulen. Hier mußten in überfüllten Klassenräumen die Lehrkräfte in der Regel 40 bis 50 Jungen und Mädchen unterrichten.

1951

Die äußerst schwierigen Verhältnisse in der sich die Ge- meinde ohnehin befand, waren noch dadurch verschärft worden, daß das Hauptdurchgangslager des Landes Nordrhein-Westfalen vom 1. bis. 3. Dezember ¹⁹⁵¹ aus den Kasernen auf dem Wellersberg in Siegen nach Massen verlegt worden war. Von der Landesregie- rung war aus zweierlei Gründen die Gemeinde als neuer Stand- ort ausersehen worden. Ausschlaaggebend war seine Lage in der Mitte des Landes in unmittelbarer Nähe zum Revier mit seinen vielen Arbeitsplätzen. Zum anderen stand gegenüber ^{der Buderuskolonie} zur Errich- tung des Lagers Gelände zur Verfügung, das dem Fiskus ge- hörte.

1950

Als Ende 1950 dieser Plan der Landesregierung in Massen bekannt wurde, wehrte sich die Gemeinde erbittert, aber schließlich doch vergeblich gegen seine Durchführung und

1951

nahm am 30. Mai 1951 ihren Einspruch gegen die Errichtung des Lagers zurück. In langen und zähen Verhandlungen hatte sie erreicht, daß kein "Elendslager" mit Unterkünften aus Leicht- bauplatten und ohne Kellerräume erstellt, sondern feste Häu- ser gebaut wurden, die auch zu Wohnzwecken genutzt werden konnten.

1951

Mit der Belegung des Lagers in Dezember 1951 wurde die Frage nach der schulischen Betreuung der "Lagerkinder" akut. da diese von den Massener Schulen nicht aufgenommen werden konnten. Als die Massener Gemeindevertreter von der Absicht erfuhren, gegenüber der Buderuskolonie ein Flüchtlingslager

mit 1500 Plätzen zu errichten, forderten sie den Bau einer acht-
klassigen Volksschule an der Buderusstraße für die Kinder aus der
Kolonie und dem Durchgangslager. Sie wollten die Gelegenheit nut-
zen, um für die ehemaligen "Kolonieschulen", die in der Nazi-
zeit aufgelöst worden waren, ein zeitgemäßes Schulgebäude zu
erhalten. Eine achtklassige Volksschule, wie sie von den Gemein-
devertretern im November 1950 gefordert wurde, treibende Kräfte
waren Andreas Eberlein und August Beiermann, die die Inter-
essen der Buderuskolonie im Rat vertraten, hätte alle anstehen-
den schulischen Probleme in idealer Weise gelöst:

- Einheimische Kinder aus der Buderuskolonie - im Volksmund Kor-
sika genannt - und Flüchtlingskinder aus dem "Lager" hätten
in reinen Jahrgangsklassen gemeinsam unterrichtet werden kön-
nen. Die einen hätten die Not der deutschen Teilung "hautnah -
life" erfahren können, die anderen hätten demokratische Schule
unmittelbar nach ihrer Ankunft erleben können. Mit der gefor-
derten Integration der "Kinder von drüben" hätte man schon in
Massen beginnen können.
- Die Raumprobleme in der Hellwegschule hätten gelöst werden
können und in der Lagerschule wären zunächst keine aufgetreten.

Die Forderung der Gemeinde - die einzigartige pädagogische
Lösung - blieb unerfüllt, weil sie nicht in die Pläne der Behör-
den paßte, die die Zeichen der Zeit nicht zu deuten vermochten:

- Man hoffte noch auf eine baldige Beendigung der deutschen
Teilung und damit auf eine baldige Beendigung der unseligen
Fluchtbewegung.
- Man verkannte die wahren Ursachen dieser Fluchtbewegung und
übersah, daß die sogenannte "Abstimmung mit den Füßen" nicht
nur eine Absage an die sowjetisch-stalinistische Herrschaft
über Mitteldeutschland war.
- Man erkannte zwar die ideologischen Ursachen der Spannungen
zwischen Ost und West, schätzte aber die weltweiten Ausmaße des
sich daraus entwickelnden "Kalten Krieges" und seine zeitliche
Dauer falsch ein.

In der noch herrschen Not jener Tage konnte man in Jahren
1950/52 1950 - 52 nur von heute auf morgen denken und alles, was in
Massen gegenüber der Buderuskolonie geschah, war damals auf
eine trügerische Hoffnung gegründet und trug die Merkmale eines
Provisoriums:

- das Lager, aus 52 Häusern bestehend, die nach den Richtlinien

des sozialen Wohnungsbaues errichtet worden waren, war für eine spätere Verwendung als Wohnsiedlung geplant worden, hatte keine spezifischen, für den augenblicklichen Zweck geeignete Verwaltungs- und ~~B~~streuungsräume.

- Die Schule war ein zweiklassiger Bau, nur mit dem notwendigen Mobiliar ausgestattet und besaß keine Lehr- und Lernmittel.

Dennoch machte alles in jenen Tagen des Neuanfangs einen ungewohnten, imposanten Eindruck.

1961 Von der Gemeinde wurde hart um den Bau des von ihr geforderten achtklassigen Schulgebäudes verhandelt. Im April 1961 erhielt sie bei einer Besprechung in Unna von Vertretern des Oberfinanzpräsidiums die Zusage für den Bau einer vierklassigen Schule mit Erweiterungsmöglichkeiten auf einem gemeindeeigenen Grundstück. Da wegen Verteuerung der Baukosten bereits im September 1951 die Mittel für die Errichtung des Lagers überzogen waren, kam es nicht zur Durchführung dieses Vorschlages. Auf dem Gelände des Lagers wurde nur eine zweiklassige Schule errichtet, die ausschließlich für die Kinder der Flüchtlinge bestimmt war.

1952 Als am 12. Mai 1952 auf Drängen der Lagerleitung hier der Unterricht aufgenommen wurde, gab es noch keinen Träger für die Schule. Von Vertretern der Gemeinde und der zuständigen Schulbehörden war ^{diese Frage} am 7.4. 1952 erörtert worden. Die Vertreter der Gemeinde zeigten wenig Bereitschaft, die Schule in ihren Schulverband aufzunehmen, da man alle ihre Forderungen nach dem Bau eines angemessenen Schulgebäudes abgelehnt hatte, zum anderen konnte die Trägerschaft auch nicht vom Land übernommen werden, da nach den geltenden Gesetzen die Gemeinden dafür zuständig waren. In dieser schwierigen Situation schlug Regierungsdirektor G. aus Arnsberg vor, die Schule auf privater Grundlage zu errichten und als Schulträger einen der caritativen Verbände zu gewinnen. Aus seinen langjährigen Erfahrungen heraus, erkannte der zuständige Schulrat Humme sofort, daß sich aus einer privaten, eventuell einer kirchlichen Trägerschaft, für die Schule erhebliche Schwierigkeiten ergeben würden. Er konnte den Bürgermeister Holzappel dazu bewegen seinen Widerstand gegen die Übernahme der Schultägerschaft aufzugeben. Holzappel erklärte, daß vorbehaltlich der Zustimmung der Gemeindevertretung die Gemeinde bereit sei, die Lagerschule in den Schulverband

Massen aufzunehmen, wenn

- die Kosten, die der Gemeinde durch die Lehrerbeseoldung entstehen, durch Ergänzungszuschüsse seitens der Regierung erstattet werden,
- die Kosten für Lehr- und Lernmittel der Lagerschule ebenfalls der Gemeinde zurückerstattet werden,
- für die Gemeinde an der jetzigen Lagerschule ^{Klassenträume} angebaut und der Gemeinde zur Benutzung übergeben würden, damit die Kinder aus der Buderuskolonie dort eingeschult werden könnten.
- Für den Fall, daß der gewünschte Anbau genehmigt würde, habe die Gemeinde ein Viertel der Bausumme (ca. 30 000 DM) zu übernehmen.

1952

Über diesen Vorschlag ihres Bürgermeisters hatte die Gemeindevertretung in ihrer Sitzung am 28. 5. 1952 zu beraten. Schulrat Humme, der an der Sitzung ebenfalls teilnahm, eröffnete den Teilnehmern, daß die Schule bereits eröffnet sei. Nach eingehender und wohl auch erregter Debatte wurde beschlossen, die Flüchtlingslagerschule in den Schulverband Massen aufzunehmen, wenn das Kultuministerium die Vorschläge des Bürgermeisters angenommen habe. Da dies nicht geschah, blieb die Frage der Schulträgerschaft weiterhin offen.

Erst ein Jahr später fiel die Entscheidung. In der Gemeinderatssitzung, an der auch Amtsbürgermeister Reckermann teilnahm, der sich engagiert für die Aufnahme der Schule in den Schulverband Massen einsetzte, wurde nach lebhafter Debatte bei zwei Stimmenthaltungen der folgende Beschluß gefaßt:

- " Nach nochmaliger eingehender Beratung ~~wird~~ unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Regierung mit Verfügungen zugesichert hat, die gesamten persönlichen und sächlichen Kosten durch Ergänzungszuschüsse abzudecken, beschlossen, die Lagerschule des Flüchtlingslagers Massen ab 1. April 1953 in den Schulverband Massen aufzunehmen und die erforderlichen Planstellen, soweit noch nicht geschehen einzurichten. Die Gemeinde Massen fühlt sich nur so lange an diesen Beschluß gebunden, als die Regierung Personal- und Sachkosten für die Lagerschule übernimmt und in absehbarer Zeit der Gemeinde die Genehmigung zum Anbau von mindestens zwei Klassen für die Kinder der Buderuskolonie erteilt wird." - 1)

1953

1) Protokoll der Gemeinderatssitzung
Sydow: "Im pädagogischen Sonderauftrag" in "Helfen und dienen",
Unna 1981, S.56

Unter äußerst schweren Bedingungen mußten die beiden zur Lagerschule versetzten bzw. abgeordneten Lehrkräfte ihren aufreibenden Dienst an der "Flüchtlingslagerschule" beginnen. Mit der Leitung wurde der Lehrer Heinz Sydow als "federführender Lehrer" beauftragt worden, aus Kamen war die Lehrerin Marfording gekommen. Der Aufnahme des Unterrichtes gingen intensive Gespräche mit dem zuständige Schulrat Humme voraus, um die Aufgaben einer ungewöhnlichen Schule festzustellen. Nach folgenden Richtlinien sollte verfahren werden:

- die erziehlichen Aufgaben sollten absoluten Vorrang haben,
- die Kinder, die aus einer völlig anderen politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und schulischen Umwelt kommen, müssen nach der Unruhe der Flucht zu sich selbst finden und für den Übergang in demokratischen Unterrichtsformen vorbereitet werden.
- Der ständige Schülerwechsel wird den üblichen an einen festen Lehrplan gebundenen Unterricht nicht zulassen.

Der Unterricht wurde in zwei Klassenverbänden, Kl. I = 1. bis 4. Schuljahr (Lehrerin Marfording) und Kl. II = 5. bis 8. Schuljahr (Lehrer Sydow) aufgenommen. Zum Unterricht waren insgesamt 106 Mädchen und Jungen angemeldet worden, davon waren 36 Kinder mit ihren Eltern von der Lagerleitung beurlaubt worden. - Unter katastrophalen Verhältnissen mußten die beiden Lehrkräfte ihre pädagogische Arbeit beginnen. Zwar waren die beiden Klassenräumen mit modernen Schulmöbeln, Zweiertische und Drehstühle (!), ausgestattet worden, aber sonst fehlte vom Tafellappen, dem Schwamm und der Kreide alles, was für einen Unterricht nötig war. In den Klassen standen leere Schränke und die Regale in dem kleinen Lehrmittelzimmer waren leer! Die Schüler selbst besaßen keine eigenen Lernmittel. Von der Verwaltung des Lagers wurde eine geringe Anzahl von Lese-, Späch-, Rechen- und Religionsbüchern, ⁴⁴²⁴ einige Atlanten zur Verfügung gestellt. Ohne die Hilfe des Lagers wäre nichts gelaufen. Mit dem Schulträger fehlte zunächst auch der Etat für die Schule.

Nach einem halben Jahr waren die Lehrkräfte in ihre Aufgabe hineingewachsen, sie wußten um die Funktionen des Lagers - erkannten seine Bedeutung für die Flüchtlinge als eine notwendige Zwischenstation für ihren Weg von Ost nach West.

Die gewonnenen Erkenntnisse wurden richtunggebend für ihre pädagogische Aufgabe:

- Wie das Lager lag auch seine Schule - ihre Schule - im Niemandsland zwischen zwei gegensätzlichen Welten. Sie mußte den unter Flucht leidenden Kindern den Übergang von der einen zur anderen erleichtern.
- Demnach mußte ihre Schule mehr sein als ein schulisch freisierter Kinderhort, der die Kinder während des Lageraufenthaltes ihrer Familie fernzuhalten und dabei sinnvoll zu beschäftigen hatte.
- Sie hatte einen pädagogisch-therapeutischen Sonderauftrag zu erfüllen: bei den Kindern das Schockerlebnis der Flucht abzubauen, ihnen das verloren gegangene Gefühl der persönlichen Sicherheit erneut zu vermitteln und ihr Selbstwertbewußtsein zu stärken.
- Die Kinder mußten aus ihren negativen Erfahrungen in der autoritär ausgerichteten und geführten Schulen gelöst und auf den Alltag in demokratischen Schulen mit demokratischen Unterrichtsformen vorbereitet werden. Sie hatten dabei zu lernen persönliche Freiheit und notwendige Disziplin im Interesse der Klassengemeinschaft miteinander in Einklang zu bringen.
- Die Lehrer mußten durch ein vorbildliches Auftreten den Flüchtlingskindern verständlich machen, daß sie ihre Helfer sein wollten und sich nicht als Träger einer absoluten Staatsautorität bzw. einer Parteidoktrin fühlten.

Es war eine schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe, die man ihnen aufgebürdet hatte. Der übliche Unterricht war nur ein Mittel zu ihrer Bewältigung. Die Gespräche in den Pausen zwischen den Unterrichtsstunden kreisten um die Probleme ihres Auftrages, um die allgemeinen und speziellen Nöte der ihnen anvertrauten Kinder, sie waren in Grunde eine permanente Systemkonferenz. Nur im ständigen gegenseitigen Erfahrungsaustausch lag der Erfolg der gemeinsamen Arbeit. Unterstützt wurden sie in ihrer Arbeit vom zuständigen Schulrat Humme, der ihnen mit Rat und Tat zur Seite stand und sich bei der Regierung in Arnsberg und im Kultusministerium für die Schule einsetzte, ebenso vom Amtsbürgermeister Reckermann, der auf kommunaler Ebene das gleiche tat. Erleichtert wurden den Lehrkräften die ihre Tätigkeit durch die ungewöhnliche Disziplin und die dankbare Aufgeschlossenheit der ihnen anvertrauten Mädchen und Jungen.

1952/53

Nach einem Jahr Tätigkeit in der Lagerschule, nach Ablauf des Schuljahres 1952/53 legte der federführende Lehrer Sydow dem Regierungspräsidenten in Arnshagen einen Erfahrungsbericht über die Arbeit in der Lagerschule vor. Darin bat er auch um die Durchführung der folgenden Maßnahmen:

- Herabsetzung der Schülermeßzahl für die Lagerschule bzw. Begrenzung der Klassenstärke auf 35 Schüler, um die Nachteile der großen Fluktuation auszugleichen. Im abgelaufenen Schuljahr waren 1254 Kinder von der Schule betreut worden.
- Anbau von zwei weiteren Klassenräumen.
- Bereitstellung größerer Geldmittel zur Beschaffung der immer noch fehlenden Lehr- und Lernmittel
- Endgültige Klärung der Schulträgerschaft.

1953

Der Regierungspräsident antwortet zunächst mit einem Dankeschön. Dann wurde im Juli 1953 wie bereits berichtet²⁾ die Schule in den Schulverband Massen eingegliedert, sie erhielt außerdem zum Jahrende einen Ergänzungszuschuß von 10 000 DM zur Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln. Zwei wesentliche Forderungen, die Erweiterung der Schule um zwei Klassenräume und die Senkung der Klassenmeßzahl blieben unerfüllt.

Schon im ersten Jahr ihrer Tätigkeit mußten die Lehrkräfte der Lagerschule die aufschreckende Erfahrung machen, daß mit dem Lager auch ihre Schule im politischen Spannungsfeld zwischen Ost und West lag, daß der weltweit entbrannte "Kalte Krieg", der die Menschen heimatlos machte, in seinen Auswirkungen bis in das Hauptdurchgangslager nach Massen reichte. Wie ein Seismograph zeigte der Flüchtlingsstrom, der die Menschen auch nach Massen brachte, die Unerbittlichkeit dieser Auseinandersetzung an, von der niemand sagen konnte, wie und wann sie enden sollte.

1952

Der Zustrom der Sowjetzonenflüchtlinge, damals kurz SBZ-Flüchtlinge genannt, die im Lager eine vorübergehende Bleibe fanden, ließ die Schule mit ihren zwei Klassen recht schnell zu klein werden. Bereits im Juni 1952 - vier Wochen nach Eröffnung der Schule, reichten die 96 Stühle und 48 Tische für die 168 Kindern, die die Schule besuchten, nicht mehr aus. Zum Nachteil der Kinder mußte zunächst eine Durchziehklasse eingerichtet werden, eine Maßnahme die zur unvermeidlichen Kürzung der Wochenstundenzahl führte. Als im Oktober der Schule die dritte Lehrkraft zugewiesen wurde, mußte mit dem unpädagogischen Schichtunterricht begonnen werden und vom April 1953 unterrichteten dann vier Lehrkräfte an der Schule

1953

mißspiel

Was allen vier Lehrkräften, die hier eine schwere Pflicht zu erfüllen hatten, war der Name "Lagerschule" bzw. "Flüchtlings-lagerschule". Er entsprach zwar der äußeren Situation der Schule, ließ aber keine ~~oder auch nur~~ *unzutreffende* Rückschlüsse auf ihren Zweck und ihre Aufgaben zu. Er war nicht nur ein Zeichen für die Hoffnungslosigkeit und Not jener Jahre, sondern er ließ auch böswillige Mißdeutungen zu. Das wollten sie ändern! Auf Vorschlag ihres Schulleiters sollte sie "Gerhart-Hauptmann-Schule" heißen.

Als seine schlesischen Landsleute vor dem Ansturm der "Roten Armee" aus ihrer Heimat flüchteten, kehrte ~~er~~ *Gerhart Hauptmann* aus Dresden in das bedrängte Land, in sein Haus auf dem Wiesenstein bei Agnetendorf zurück. ~~Er~~ wollte damit ein Zeichen setzen! Er blieb dort und hatte es erst 1946 als Toter verlassen, "die Füße voran", wie er es einmal einem russischen Offizier gegenüber erklärt hatte. Sein ~~Bekenntnis~~ *beispielhaftes* zur Heimat, der er bis zu seinem letzten Atemzuge die Treue gehalten hatt, war Grund genug der Schule ~~seinen Namen zugeben.~~ *für die heimatlos gewordenen Kinder*

1946 Der Antrag auf die Umbenennung der Schule wurde am 30. April 1954 gestellt. In ihrer Sitzung am 23. Oktober erklärte sich die Vertretung der Gemeinde Massen damit einverstanden. Am 11. Dezember teilte der Regierungspräsident in Arnswalde der Verwaltung des Amtes Unna-Kamen mit, daß er "gegen die Benennung der "Flüchtlingslagerschule" in "Gerhart-Hauptmann-Schule" keine Bedenken habe". Auch die Familie des Dichters hatte ihr Einverständnis mit der Namensgebung erklärt. Am 23 März 1955 erfolgte dann in einer Feierstunde, die in der Festhalle des Lagers stattfand, die Umbenennung. Mit dieser Gedenkveranstaltung für Gerhart-Hauptmann war eine Ausstellung verbunden, die dem Leben und Wirken des Dichters galt. Sie war von den Schülern und ihren Eltern gestaltet und in den Räumen der Schule aufgestellt worden.

1955 Die Umbenennung ihrer Schule stärkte zwar das Wertgefühl und das Selbstbewußtsein der Lehrkräfte, die sich in der "Lagerschule" auf verlorenem Posten fühlten, änderte am alltäglichen Geschehen doch nichts. Im September 1954 wurden wegen der weiter steigenden Schülerzahlen die fünfte Lehrkraft zugewiesen und vom CVJM wurde im "Haus für alle" für die Vormittage ein behelfsmäßiger Klassenraum zur Verfügung gestellt. Fünf Lehrkräfte - Frau Marfording, Frau Held, Herr Sydow, Herr Solbrig, Herr Dörr - mußten 250 Kinder in drei Klassenräumen unterrichten.

1952/53
1953/54

Die Jungen und Mädchen kamen und gingen, im Schuljahr 1952/53 waren es 1254 und im Schuljahr 1953/54 sogar 1554.

Die Zusammensetzung der Klassen änderte sich von Tag zu Tag und die Lehrkräfte hatten sich ständige an neue Gesichter zu gewöhnen. Sie blieben unterschiedlich lange in Massen, manche nur kurze vier Wochen, die meisten aber wohl 4 bis 6 Monate. Einigen Kindern trauerte man beim Weggang nach, bei anderen hingegen war froh, sie loszuwerden.

Konnte man bei dieser starken Fluktuation überhaupt unterrichten? - Man konnte, weil man es mußte. Moderne Unterrichtsformen gaben den Lehrern die Möglichkeit, den nachteiligen Wirkungen des ständigen Schülerwechsels zu begegnen und zu neutralisieren:

- In der Oberstufe wurde die übliche Fächerung des Unterrichts aufgegeben. Für einen Zeitraum von etwa zwei Wochen standen im ständigen Wechsel Themen aus der Erdkunde, Geschichte und der Naturkunde im Mittelpunkt der Unterweisung.
 - In der Unterstufe bestimmten Themen aus dem Bereich der Heimatkunde den Unterricht.
 - Neben diesem Ganzheits- bzw. Gesamtunterricht, der in allen Klassen erteilt wurde, stand das notwendige Üben: das Rechnen, die Rechtschreibung und das Lesen.
 - Der musische Unterricht diente nicht nur der Auflockerung des Unterrichtes, sondern auch der Entkrampfung der Kinder.
- Auf diese Weise konnten den Schülerinnen und Schülern bei dem relativ kurzen Lageraufenthalt abgeschlossene Bildungseinheiten vermittelt werden. Die Lehrkräfte bekamen dadurch die Möglichkeit, ihren Unterricht für einen längeren Zeitraum planend vorzubereiten.

Im Hauptdurchgangslager Massen - Seismograph der politischen Ereignisse - weilten vorübergehend ~~Kinder von "Spätheimkehrern"~~ aus der Sowjetunion ~~mit ihren Kindern~~. Ihre Eltern, qualifizierte Wissenschaftler und technische Spezialisten, waren unmittelbar nach Kriegsende ~~in die UdSSR~~ ^{2. Wangs Waise} gebracht worden, um mit ihrem Wissen und Können zu helfen, den Rückstand der russischen Wissenschaft, Forschung und Technik aufzuholen. Ein Jahrzehnt lang hatten sie dort, abgeschirmt von der Bevölkerung, in einem Reservat leben müssen, in der es für die Kinder eine eigene deutsche Schule gab. Sie hatten ihre Schuldigkeit getan und wurden in Transporten in die DDR zurückgebracht. Sie hatten aber aufgrund ihrer Erfahrungen mit dem Kommunismus den "Staat

der Arbeiter und Bauern" nach ihrem Eintreffen sofort wieder verlassen und waren nach Westen aufgebrochen, Sie blieben nur wenige Tage bei uns. Ihre Lehrer erhielten in dieser Zeit aus ihren anschaulichen Berichten einen ausführlichen und erschütternden Einblick in die Erlebnisse deutscher Menschen, die für den Fortschritt russischer Wissenschaft - vor allen Dingen aber der Kriegstechnik - fronen mußten.

Die Kinder von drüben

Die Kinder der "SBZ-Flüchtlinge"¹⁾, die damals von drüben nach Massen kamen, hatten unter der Flucht am meisten zu leiden. Sie waren die eigentlichen, unschuldigen Opfer der Flüchtlingsströme und der großen Vertreibungen, die durch den erbarmungslosen Kampf um die Weltherrschaft ausgelöst wurden. Ein gnadenloses Schicksal, das sie aus Deutschland nach Deutschland trieb, hatte sie heimatlos gemacht. Die älteren von ihnen, deren Geburtsort im alten Reichsgebiet jenseits von Oder und Neiße liegt, waren schon lange unterwegs. Sie flohen im kalten Winter 1944/45 vor den Panzern der Roten Armee oder sie wurden nach dem Zusammenbruch des Reiches mit ihren Angehörigen aus ihrer Heimat vertrieben. Als sie aus Mitteldeutschland, wo sie ein Obdach gefunden hatten, aus ihrem neuen Zuhause aus Furcht vor dem Kommunismus erneut nach Westen aufbrachen, wußten sie aus eigenem bitteren Erleben, was Fliehen bedeutet. Für die anderen, die in Mitteldeutschland beheimatet waren, bedeutete es eine neue schmerzliche Erfahrung, Fliehen heißt:

- heimatlos werden, Verlassen einer vertrauten Umwelt,
- aufgeben von Hab und Gut, Haus und Hof,
- Trennung von den Angehörigen, von den Freunden, die man zurücklassen mußte,
- aufbrechen in eine ungewisse Zukunft,
- sich bewußt in Gefahr begeben.

Als sie zu uns kamen, standen sie noch unter dem Schockerlebnis ihrer Flucht, hatten die ausgestandenen Ängste längst noch nicht überwunden z. B. :

- den überstürzten Abschied des Vaters durch die Hintertür oder das Hoffenster, als die Vopo vor dem Haus vorfuhr, um ihn abzuholen,
- den nächtlichen Aufbruch, den Marsch über die Zonengrenze, deren Sperranlagen immer gefährlicher und unmenschlicher wurden,
- die abenteuerliche Fahrt nach Berlin, die Furcht bei den Kontrollen aus dem Zug geholt und von den Eltern getrennt zu werden

Alles war wie ein schlimmer Traum in Ihrem Unterbewußtsein lebendig geblieben. Sie kamen aus Berlin-Marienfelde oder von Friedland direkt nach Massen, später auch über Gastlager des

¹⁾ SBZ = Sowjetische Besatzungszone, SBZ-Flüchtlinge später Zuwanderer aus der DDR, heute Übersiedler

Landes in anderen Bundesländern in Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein.

- " Ort des Geschehens: der Klassebraum der Schule im Flüchtlingsdurchgangslager Massen. Um Tische gruppiert, sitzen die Kinder - Jungen und Mädchen. Der Rahmen: eine beschriebene Tafel, Karten und bunte Bilder an den Wänden. Die Sonne scheint in langen Strahlen durch die Fenster und malt leuchtende Kringel auf den Fußboden. "Wer von Euch" - fragt der Lehrer in die Stille - "hat keinen Vater mehr?" 10 Arme recken sich in die Höhe. "Und wer mußte mehrmals flüchten?" Ein drittel der Klasse hebt den Finger. 40 Augenpaare blicken dabei stumpf, ungerührt. Flucht wurde zur Alltäglichkeit, der Vater bei vielen zu einem verschwommenen Begriff. Ein Eindruck, der die Brust zusammenkrampft - "2)

Die Entscheidung der Eltern, die Zone bzw. die DDR - aus welchen Gründen auch immer - zu verlassen, hatte die Kinder aus der heimatlich vertrauten Umwelt herausgerissen, sie wurden in der Mehrzahl zu "Mitgenommenen bzw. Mitgebrachten". Aus einsichtigen Gründen war es für die Eltern unmöglich, ja geradezu gefährlich, ihre Kinder auf die Flucht vorzubereiten und in ihre Pläne einzuweißen. Nur wenige, zu meist nur ältere Kinder, wurden zu diesen schwerwiegenden Entscheidungen von Vater und Mutter befragt und an den Planungen beteiligt, ~~worden~~. So manche Kinder hatten für diese Entscheidung ihrer Eltern, der sie in eine für sie fremde, ja sogar gehaßte Welt brachte, kein Verständnis. Vornehmlich die älteren von ihnen fühlten sich ^{dadurch auch} als Verräter an ihrem sozialistischen Vaterland.

Wie die Mädchen und Jungen dem Staat der Arbeiter und Bauern auch gegenüberstanden - bejahend oder ablehnend, er hatte versucht, sie zu sozialistischen Menschen zu erziehen. So brachten sie alle uns fremde, unverständliche Vorstellungen vom staatlichen Zusammenleben der Menschen mit. Sie waren aus einer Welt zu uns gekommen, die westlichem Denken fremd geworden war. Der kommunistische Imperialismus - heute auch als Stalinismus bezeichnet - hatte durch die zielbewußte Sowjetisierung der DDR in Mitteldeutschland eine Staats- und Gesellschaftsform geschaffen, die wir uns nicht voretellen konnten. Die Sowjetunion im Herzen Europas! Ihr Leitbild war der allmächtige Staat, der von der allmächtigen Partei

2) "Ruhr-Nachrichten" 10./11. Juli 1954

geführt wurde, von einer Partei, die immer Recht hatte.

Von der Partei war auch die Aufgabe der sozialistischen Schule bestimmt worden. Sie sollte "sozialistische Menschen und echte Patrioten" erziehen, "arbeitsame, fleißige, pflichtbewußte, kameradschaftliche, bescheidene, willensstarke, mutige Menschen, die all ihre Kenntnisse und Fähigkeiten, ihr ganzes Wissen und Können im Interesse der sozialistischen Gesellschaft erwerben und anwenden.³⁾ Auf dieses Ziel hin, wurde alles ausgerichtet: die Lehrbücher und die Stoffpläne.- Dieser Erziehungsauftrag, der von der kommunistischen SED vorgegeben worden war, betrog die Kinder um ihre Entwicklung zur eigenständigen, freiheitlich geprägten Persönlichkeit. Sie durften sich nicht mehr so entwickeln, wie es ihren natürlichen Anlagen und Begabungen entsprach, sondern ^{wurden auf} bedingungslose Einordnung in die sozialistische Gesellschaft und Unterordnung getrimmt.

In dieser Schule gab es keine Freiheit, weder für den Schüler noch für den Genossen Lehrer. Der Stoffplan, der im Stunden-, Wochen- und Jahressoll festgelegt worden war, wurde zum Motor der Lernarbeit, er mußte ohne Rücksicht auf die unterschiedlichen Entwicklungen der Kinder durchgeführt werden. Diejenigen von ihnen, die die Stofffülle nicht bewältigen, ^{sich} nicht in die sozialistische Gesellschaft einordnen konnten, mußten sich in herabwürdigender Selbstkritik dem Urteil der Klassengemeinschaft stellen.

Neben der bedenklichen Erziehung zur Selbstgefälligkeit bzw. Überheblichkeit wurde bedenkenlos in den Herzen der Kinder das Bild des "Klassenfeindes" aufgebaut, den man zu "hassen" hatte, daneben das Bild der westlichen, militanten Ausbeutergesellschaft, die bekämpft werden mußte. Noch bedenklicher war das ständige Bemühen der Schule, die Erziehung der Kinder in den kritisch eingestellten Elternhäusern zu unterlaufen, sie unwirksam zu machen.

So wurden die Kinder zum Objekt in dem von der Partei provozierten Spannungsfeld zwischen Elternhaus und Schule. Was sollten sie tun, wenn in der Schule Vater und Mutter von den Lehrern kritisiert wurden, wenn Zuhause Vater und Mutter ^{den Staat und die Partei in Frage stellen?} Wie sollten sie sich nun verhalten, wenn sie in der Schule aufgefordert wurden, auf die politische Willensbildung und Zuverlässigkeit

3) Anweisung zur Durchführung des Schuljahres 1957/58 vom 18. Juni 1957, Sonderdruck des Ministeriums für Volksbildung.

ihrer Eltern einzuwirken, die der Bekannten und Nachbarn zu überwachen, über das Hören westdeutscher Nachrichtensendungen zu berichten. So wurden die Kinder vor eine Entscheidung zwischen Elternhaus und Schule, zwischen Vater und Mutter und einer unbarmherzigen Staatsdoktrin gestellt, der sie nicht gewachsen, für die seelisch längst nicht reif waren.

- Kinder aus bewußt christlich eingestellten Familien entschieden sich uneingeschränkt für das Elternhaus, gerieten in Opposition zu den Lehrern und standen der Schule und ihrem Staat mit Mißtrauen gegenüber.
- Andere folgten vertrauensvoll und gläubig ihren Lehrern und verloren dadurch das Elternhaus.
- Wieder andere wichen dieser Entscheidung aus, verschlossen sich abwartend und skeptisch gegenüber Elternhaus und Schule.

Keine dieser Entscheidungen erlöste die Kinder aus dieser permanenten Konfliktsituation.

Die FDJ hatte die Schule bei ihrem politischen Erziehungsauftrag zu unterstützen und ihre Lehrkräfte dabei gleichzeitig zu überwachen. In der Erfüllung ihrer Aufgaben, die Jungen und Mädchen für den Staat der Arbeiter und Bauern zu gewinnen, sie aus der Obhut ihrer Familien herauszuführen, sie von ihren religiösen Bindungen zu lösen, beanspruchte sie die Kinder ständig. Es war immer etwas, was den Einsatz der Kinder ~~er~~ - der "Jungen Pioniere" - erforderte. Bei der Durchführung ihrer Pläne nutzte ^{sie} den Spieltrieb und den Betätigungsdrang der Kinder geschickt aus. Nur in ihren Reihen fanden ~~die Jungen und Mädchen~~ die Mädchen und Jungen Gelegenheit, ihren Interessen nachzugehen, ihre Lieblingsbeschäftigen ^{ungen} zu treiben.

Und dann war auf einmal -gewissermaßen von heute auf morgen - alles vorbei, etwa wie ein schwerer Traum. Nichts stimmte mehr in ihrem Leben: ihr sozialistisches Weltbild zerbrach, ihre Vorstellungen vom westdeuten Ausbeuterraum entsprachen nicht mehr der Wirklichkeit, sie waren nicht auf den Klassenfeind gestoßen. Auf wen aber nun? - Sie hörten die gleiche Sprache - aber die Worte hatten eine andere Bedeutung.

Allmählich verblaßten die Erlebnisse der Flucht. Ein Teil von ihnen war froh, daß die Flucht gelungen war, der andere Teil fühlte sich durch die Flucht schuldhaft belastet. Mit fragenden, dunklen Augen saßen sie alle vor neuen Lehrerinnen und Lehrern: Wie sollte es nun weitergehen? - Die folgenden Merkmale waren für sie **typisch**:

- Alle waren von einer merkwürdigen Unruhe befallen. Man hatte den Eindruck, daß sie immer auf dem Sprung saßen, täglich auf etwas Neues warteten.
- Sie fanden kein richtiges, objektives Verhältnis zu ihrer eigenen Begabung und zu ihren persönlichen Leistungen. Im übersteigerten Selbstbewußtsein überschätzten sie ihre persönlichen Fähigkeiten.
- Daneben standen eine auffallende Unsicherheit und ein bemerkenswerter Mangel an Selbständigkeit und persönlicher Initiative, der bei älteren Kindern beonders deutlich wurde.
- Sie konnten zunächst kein rechtes Verhältnis zu ihren neuen Umwelt finden, da ihr Weltbild zum Teil haßerfüllt und daher verzerrt war.
- Aufgrund ihrer bisherigen Erfahrungen waren sie von einem **tie-**
fen Mißtrauen ergriffen. Sie hielten mit ihrer eigenen Meinung zurück, es war schwer sie dazu zu veranlassen.

Den Lehrkräften stellte sich eindeutig die Aufgabe, den ihnen anvertrauten **K**indern das Zurechtfinden in einer neuen Ordnung zu erleichtern, sie von der sie bedrückenden schweren Last der Flucht zu befreien. Eine schwierige, endlose Aufgabe, vor der die Lehrkräfte standen, die sich an jedem neuen Tag mit jedem neuen Kind neu stellte! - Ihr Auftrag wäre wesentlich dadurch erleichtert worden, wenn sie die Flüchtlingskinder und einheimische Kinder hätten gemeinsam unterrichten dürfen. Die Möglichkeit dazu bot sich in Massen an, sie wurde leider vertan.

XXIII

Eine neue Schule an der Buderusstraße

1955/56

In den Jahren 1955/56 wurde das nachgeholt, was man 1951/52 nicht erreichen konnte; mit staatlichen Zuschüssen baute die Gemeinde die damals geforderte achtklassige Volksschule. Das ständige Verlangen der einheimischen Bevölkerung im Massener Ortsteil "Schacht III" nach einer eigenen Schule und die unwürdigen katastrophalen Raumverhältnisse der Gerhart-Hauptmann-Schule zwangen die Gemeinde zum Handeln. So wurde am 24. 11. 1953 von der Gemeindevertretung zunächst der Bau einer vierklassigen Bau ~~einer Volksschule~~ auf dem Gelände der ehemaligen "Kolonieschule" an der Buderusstraße beschlossen, das der Gemeinde gehörte. Hinzu kamen vier Klassen für die Kinder aus dem Hauptdurchgangslager Massen.

1953

1955

Anfang Juni 1955 konnte der Bau gerichtet werden. Der "Hellweger Anzeiger" berichtete darüber:

- " Der Schulneubau im Ortsteil Schacht III an der Buderusstraße hat mit dem verflossenen Wochenende eine gewichtige Etappe erreicht. Nach den großen Erdbewegungen, von denen noch jetzt die mächtigen aufgeschütteten Erdmassen zeugen, hat eine Hammer Baufirma in wenigen Wochen mit Hilfe moderner Maschinen den ersten Bauabschnitt fertiggestellt. Gleichzeitig konnten auch die umfangreichen Arbeiten für die Kanalisierung erledigt werden.

Das Richtfest war auch hier Veranlassung für verschiedene Behördenvertreter an der Aufrichtung des Richtkranzes teilzunehmen. So waren Amtsbaurat Hiddemann, Bürgermeister Holzafel, Amtsobersinspektor Hünervogt, die Mitglieder der Massener Gemeindevertretung, Landesbaupfleger Architekt und Bauleiter Brunne, der Leiter des Hauptdurchgangslager Becker und dessen Stellvertreter Stöcker und vor allem eine große Zahl Gemeindebürger aus dem Ortsteil Schacht III, deren Kinder bald in diesem Schulneubau Unterricht erhalten werden erschienen." -¹⁾

1956

In ihrer Sitzung im Juni 1956 berieten die Gemeindevertreter über die Höhe der Ansiedlungskosten, die die Gemeinde bei der geplanten Lagererweiterung vom Land verlangen sollte. Gemeindevertreter Rabelt schlug vor, für jede Wohnung 180 DM

1) "Hellweger Anzeiger" vom 8. 6. 1955

zu verlangen.

- " Außerdem müsse der Erbauer für den zusätzlich erforderlichen Schulraum sorgen. Man rechnet damit, daß die neue Schule an der Buderusstraße um vier Klassen erweitert werden muß, wozu etwa 300 000 DM notwendig sind. Den Baugrund für diese Schulerweiterung will die Gemeinde stellen. Sie hat bereits Verhandlungen um den Erwerb von 4 Morgen des angrenzenden Geländes aufgenommen. - "2)

1956

Ende Juli 1956 wurde die Öffentlichkeit über die bevorstehende Erweiterung des Hauptdurchgangslagers unterrichtet. Es war beschlossen es um 1 599 auf 3 000 Plätze nach den Plänen des Berliner Professors Poelzig zu erweitern. Die Bauarbeiten dazu begannen bereits am 16. September.

1956

Am 3. Oktober 1956 wurde die neue Schule an der Buderusstraße in einem Festakt ihrer Bestimmung übergeben.

- " Wie sehr Eltern und Kinder in Massen auf den Bau dieser Schule gewartet haben und welche Bedeutung sie ihrer Einweihung entgegen bringen bewies die rege Anteilnahme der Massener Bevölkerung bei der Feier gestern morgen. Sogar mit ihren Kleinkindern waren zahlreiche Mütter gekommen.
" Heute erfüllt sich ein Wunsch, den die Bewohner des Ortsteils Schacht III bereits seit Jahren immer wieder an den Gemeinderat herantreiben. Die neue Schule ist fertig." Mit diesen Worten begann Bürgermeister Holzapfel seine Ansprache, nachdem er die zahlreichen Ehrengäste begrüßt hatte. Von nun an brauchen die Schulkinder des Ortsteiles Schacht III nicht mehr den langen Schulweg über die verkehrsreichen Straßen zu machen und auch den 250 Kindern des Flüchtlingslagers ständen nun saubere und geräumige Schulklassen zur Verfügung. - "3)

Die Westfalenpost schrieb dazu:

- " Heute werden die Kinder von Einheimischen und Flüchtlingen zum Unterricht in die neue achtklassige Schule an der Buderusstraße einziehen. Gestern, bei der Einweihung, brachte der Sprecher der Eltern dieser Kinder, Stöcker, einen wichtigen Gedanken, wohl den wichtigsten der vielen Reden, zum Ausdruck: "Diese Schule kann Brücken schlagen zwischen den Kindern der Einheimischen und denen der Flüchtlinge. Kreisschulrat Schneider formulierte es so: "Durch diese Schule wird eine praktische Wiedervereinigung demonstriert."4)
- 2) "Westfälische Rundschau" vom 22. 6. 1956
3) "Westfälische Rundschau" vom 4. 10. 1956
4) "Westfalenpost" vom 4. 10. 1956

Die "Brücken" konnten ^{aber} nicht geschlagen werden, da die Kinder aus dem Lager und der alten Bergmannskolonie und den angrenzenden Straßen nicht gemeinsam unterrichtet werden durften. Die praktische Wiedervereinigung wurde ~~ben~~ nur auf dem Schulhof demonstriert, wo zwischen den Kindern von drüben und hüten nur flüchtige Freundschaften geschlossen werden konnten.

Gemeinsam war den beiden Systemen nicht einmal das Dach, denn die ihnen zugereilten Klassenräume lagen in zwei voneinander getrennten Trakten. - Die einheimischen Kinder wurden in den vier Klassenräume des Haupttraktes unterrichtet, zwei Schuljahrgänge wurden zu einer Klassengemeinschaft zusammengefaßt. Diese vier Klssen blieben der Hellweg-Gemeinschaftschule in Massen unterstellt und wuren von deren Konrektor Kähmenn als "Hellwegschule-Nord" faktisch selbständig geführt. Ihm zur Seite standen ~~als~~ Lehrkräfte Frau Rödding und die Herren Lethaus und Pietzarka. Für die einheimischen Kinder waren damit klare und auch zumutbare Schulverhältnisse geschaffen worden. - Die Mehrzweckräume, je einer für Mädchen und einer für Jungen mit ihren Nebenräumen und die Verwaltungsräume standen beiden Schulen zur Verfügung, wurden aber überwiegend von der Gerhart-Hauptmann-Schule beansprucht.

1956 Für diese, die vom Hauptlehrer Sydow - seine Ernennung war im Juni 1956 erfolgt - blieben die personellen und räumlichen Verhältnisse ^{wahr} unzureichend. Die Lehrkräfte stellten mit Bedauern fest, daß bei der Bewertung der beiden Systeme mit zweierlei Maß gemessen und dabei die Gerhart-Hauptmann-Schule wie ein Provisorium, als ein notwendiges Übel behandelt wurde, sie war eben nur eine Durchgangsstation für die Kinder von drüben. Die vier Klassenräume, die ihr nun zur Verfügung standen, reichten für die wachsende Schülerzahl nicht mehr aus. Die Misere wurde deutlich, als 1957 zu Beginn des neuen Schuljahres die bisherige Schule ^{im Durchgangslager} mit ihren beiden Klassenräumen endgültig, trotz des Protestes des Schulleiters geräumt werden mußte. Nun geriet auch die Hellwegschule-Nord in Bedrängnis, da die in ihrem Trakt liegenden Mehrzweckräume als Klassenräume genutzt werden mußten. Als von August 1957 an die ersten fertiggestellten Häuser im erweiterten Lager bezogen wurden, war der Notstand da: 349 Schüler, 5 Lehrkräfte - die Lehrerinnen Marfor-
ding und Wolff, die Lehrer Solbrig, Sydow und Zedler - und 6 Unterrichtsräume.

1957

1957

1957

Am 27. November 1957 trat dann Herr Eickhoff seine Dienst an, freudig begrüßt von den Kolleginnen und Kollegen. Aber noch freudiger als der neue Lehrer wurde der Baubeginn eines weiteren Traktes mit vier Klassen für die Gerhart-Hauptmann-Schule begrüßt, der von der Gemeinde bereits im Juni 1956 gefordert wurde.⁵⁾ In einem Zwischenbau, der den neuentstehenden Trakt (3. Bauabschnitt der Gesamtplanung) mit dem vorhandenen Komplex verbindet, waren eigene Verwaltungsräume für die Gerhart-Hauptmann-Schule vorgesehen.

1956

Der Abriß der alten Schulbaracke am 17. Oktober, die bisher als Notunterkunft genutzt wurde, war ein untrügliches Zeichen für den Baubeginn. Damit begann für die Mädchen und Jungen der beiden Systeme eine interessante für die Lehrkräfte eine aufregende Zeit. Die Baustelle unmittelbar am Pausenhof bot den Kindern einen Abenteuerspielplatz sondergleichen, der ihre Aktivität ständig herausforderte. Die Flüchtlingskinder von drüben erhielten einen Einblick in die Arbeitswelt ihres Aufnahmelandes, wie sie kein Anschauungsunterricht bieten konnte. - Trotz der gewissenhaften Absperrung des Bauplatzes vom Schulhof sahen sich die Lehrkräfte zu einer permanenten Aufsichtspflicht herausgefordert. In den Pausen waren alle auf dem Hof. Für die Kinder, besonders aber für die Jungen gab es so viele interessante und auch gefährliche Spielmöglichkeiten, die sie entdeckten, daß die Lehrer ständig auf der Hut sein mußten, ihre Erprobung zu verhindern.

1958

1957

Noch war der Rohbau des neuen Klassentraktes noch nicht vollendet, da mußten sich die Gemeindevertreter in ihrer Sitzung am 11. Februar 1958 mit einer nochmaligen Erweiterung der Schulanlage beschäftigen. Der Arbeitsminister des Landes Nordrhein-Westfalen Hemsath hatte bereits am 24. Oktober 1957 bei der Übergabe der Bauten der ersten Erweiterung angekündigt, daß das Lager nochmals erweitert werden sollte. Die anwesenden Landtagsabgeordneten hatten zugesagt, daß die Schule nicht nur die benötigten Unterrichtsräume, sondern auch eine Turnhalle mit einem Lehrschwimmbecken erhalten sollte. Nun mußten auch die Gemeindevertreter ihre Zustimmung geben. Am 17. März 1958 wurde dann der Beschluß zum Bau eines unterkellerten Klassentraktes mit den notwendigen Fachräumen, einer Turnhalle und einem Lehrschwimmbecken gefaßt.

1958

5) Vg. Seite 172

1958

Am 18. September 1958, unmittelbar nach den Herbstferien, wurden die vier neuen Klassenräume und die eigenen Verwaltungsräume ohne große Feierlichkeiten bezogen. Man war froh, daß nun die räumliche Enge vorbei war, Die Mehrzweckräume, ein Madelarbeitsraum für Mädchen und ein Werkraum für die Jungen, konnten nun wieder zweckentsprechend benutzt werden, damit gab es auch für die Hellwegschule normale Verhältnisse. Zudem entspannte sich an der Gerhart-Hauptmann-Schule die Schüler-Lehrerrelation durch die Zuweisung neuer Lehrkräfte. Im Oktober 1958 gehörten 3 Damen (Marfording, Wolff, Kohlmann) und 6 Herren (Sydow, Solbrig, Zedler, Eickhoff, Tiemann und Bühl) zum Kollegium. Leider erwiesen sich ^{vorher} ein Herr und eine Dame für die Arbeit an der Schule als völlig ungeeignet.

1959

Am 7. Mai 1959 wurden dann von der Gemeinde die Arbeiten für den weiteren Ausbau der Schule vergeben, der durch die 2. Erweiterung des Lagers notwendig geworden war: Es handelte sich um einen unterkellerten Klassentrakt und einer Turnhalle mit einem Lehrschwimmbecken. Turnhalle und Lehrschwimmbecken konnten bereits im Herbst 1960 von den Jungen und Mädchen beider Systeme benutzt werden, während sich die Fertigstellung des Klassentraktes mit seinen Fachräumen hinauszögerte. Erst

1960

1961

am 12. Oktober 1961 wurden die letzten 5 Klassenräume der Schule ^{zur} Benutzung übergeben. Dazu schrieb der Hellweger anzeiger:
- " Großartiger Schulbau wurde gestern im Massener Wohnheim übergeben. - Inzwischen besuchte bereits das 10 000. Kind diese hochmoderne Schulanlage. - Ein Ereignis besonderer Bedeutung kennzeichnete am Donnerstag nachmittag die Zusammenkunft der Massener Gemeindevertreter sowie zahlreicher Ehrengäste in der neuen Schule an der Buderusstraße. Die feierliche Übergabe des gesamten Schulsystems bildete den Abschluß der äußerst umfangreichen Arbeiten, die hier in einem Zeitabschnitt von 6 Jahren geleistet worden sind. In fünf Bauabschnitten sind 16 Volksschulklassen, eine Turnhalle, Lehrschwimmbecken und Sportplatz gebaut worden. Mit der Fertigstellung des großen Bauvorhabens hat die Gemeinde Massen gewiß den repräsentativsten Gebäudekomplex übergeben können, den es in seinen Grenzen gibt. Die Übergabe am Donnerstag galt zwar insbesondere dem 4. und 5. Bauabschnitt, aber symbolisch wurde damit das gesamte Schulsystem endgültig seiner Bestimmung übergeben. - " 6)

6) Hellweger Anzeiger vom 13. 10. 1961

In den Ruhr-Nachrichten stand:

- " "Möge dieser neuen Schule eine glückliche und friedliche Zukunft beschert sein!" Mit diesen Worten überreichte Bürgermeister Holzappel Hauptlehrer Sydow den Schlüssel zu dem neuen und letzten Anbau der Buderusschule in Massen..... In einer kleinen Feierstunde wies Bürgermeister Holzappel auf die Schwierigkeiten hin, die diese Schule dem Gemeinderat und dem Land Nordrhein-Westfalen anfangs bot. Die Schule bietet mit ihren hellen, hohen Klassenräumen, dem mit grünen Kacheln ausgelegten Lehrschwimmbecken, der modernen Lehrküche und der Turnhalle, die mit einem neuartigen Schwingboden ausgelegt ist, eine wahrhaftig schöne Lehrstätte. Die Gemeinde habe alles getan, um den Kindern der Gemeinde und vor allen Dingen den Kindern aus dem Lager, die hier zum ersten Mal eine Schule in der Bundesrepublik besuchen, eine Heimstatt zu geben, in der sie das Rüstzeug für ihr Leben erhalten, betonte Bürgermeister Holzappel in seiner Ansprache." - 7)

Ohne die tatkräftige Unterstützung der Leitung des Durchgangwohnheimes - so die neue amtliche Bezeichnung für das Lager - und die verständnisvolle Hilfe des Arbeits- und Sozialministeriums wäre die Gemeinde wohl kaum in der Lage gewesen, aus eigener Kraft diese großzügige und moderne Schulanlage zu erstellen. - Eine unausgesprochene Frage bewegte alle Teilnehmer an dieser Feierstunde: Was würde aus dieser Schule wohl werden, nachdem seit dem 13. August den Bewohner der DDR auch der Fluchtweg über Berlin in die Bundesrepublik versperrt worden war?

7) Ruhr-Nachrichten vom 13. 10. 1961

XXIV

Die Behebung der Raumnot in den Massener Schulen

~~1955~~ Bei aller Problememit ~~mit~~ dem Schulneubau an der Buderusstraße und aller Schwierigkeiten, die sich aus der schulischen Betreuung der Kinder der "SBZ-Flüchtlinge" ergaben, wurden die Belange der übrigen Massener Schulen nicht vernachlässigt. In ihnen lief zu Beginn der 50er Jahre der Schulbetrieb in normaler Weise, d. h. in gewohnter Ordnung ab. Änderungen ergaben sich durch das Ausscheiden von Schulleitern und Lehrkräften, die das Pensionsalter erreicht hatten oder wegen ihrer angeschlagenen Gesundheit ihren Dienst aufgeben mußten. Ortsbekannte, den alten Massenern vertraute Persönlichkeiten traten von der Bühne ab, neue Namen wurden in die Chroniken der Massener Schulen eingetragen.

1955

Am 31. März 1955 trat der Leiter der Kath. Hellwegschule, Hauptlehrer August Holle, auf eigenen Wunsch in den Ruhestand. Die kommissorische Verwaltung der vakanten Stelle wurde am 15. April dem Lehrer Ludwig Montag übertragen, der am 1. Juli dann zum Hauptlehrer ernannt wurde. Seine Tätigkeit in Massen blieb auf wenige Jahre begrenzt. Als er am 31. März 1958 aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus dem Schuldienst ausscheiden mußte, wurde die Leitung der Schule dem Lehrer Alfred Franetzki übertragen, der am 1. X. des Jahres zum Hauptlehrer ernannt wurde.

1958

1956

Der Schulleiter der Blücherschule, Hauptlehrer Fritz Wulff, ging 1956 in den "wohlverdienten Ruhestand", er hatte das Pensionsalter erreicht. Am 27. März wurde er vom Schulrat Schneider verabschiedet. Fritz Wulff, ein gebürtiger Massener, war seit 1921 an der Massener Schule tätig. zunächst an der Hellwegschule, seit 1947 in Obermassen. Seine große Liebe war die Musik, seine Instrumente das Klavier und die Orgel. Seit 1929 war er als Nachfolger von Rektor Pickhan als Organist der ev. Kirchengemeinde Massen tätig. Die Leitung der Schule übernahm der Lehrer Heinrich Twente. Ein Jahr später erreichte auch der Lehrer Julius Hövel das Pensionsalter, er wurde am 30. März 1957 verabschiedet.

1957

An der Hellwegschule waltete die Rektorin Hedwig Thüner ihres Amtes und an der einklassigen Heideschule war der Lehrer Emil Friedrichs tätig, ein Mann voller Schnurren und Dönkes, dem

1959

man stundenlang zuhören konnte. - Als Frau Thüner 1959 wegen Erreichung des Pensionsalters in den Ruhestand ging, wurde der Lehrer Erwin Petzold mit der Leitung der Schule beauftragt, Petzold, seit 1947 an der Schule tätig, wurde mit Wirkung vom 1. 7. 1959 zum Rektor ernannt.

Gesteuert wurde die Entwicklung der Massner Schulen vom Schulausschuß. In seinen Sitzungen wurden alle Maßnahmen und Pläne, die die Schulen betrafen, eingehend ~~geprüft~~ ^{besprochen} und besprochen, bevor sie dem Geminderat zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt wurden. Dabei ging es z. B. um die Abgrenzung der Schulbezirke, Verteilung der Schul- bzw. Mehrstellen, den Schuletat und seine Verteilung und nicht zuletzt um die Baumaßnahmen, die im Laufe der Jahre notwendig wurden. Diesem Ausschuß, der in Massen unter dem Vorsitz des Bürgermeisters tagte, gehörten drei Gemeindevertreter, die Ortspfarrer der beiden Kirchengemeinden, die Schulleiter aller Massener Schulen und die Vorsitzenden der Schulpflegschaften an. - Nach dem Schulverwaltungsgesetz vom 1. 10. 1959 mußte die politische Gemeinde als "Schulträger" die sächlichen Kosten für ihre Schulen aufbringen, für die Desoldung ihrer Lehrer, die Landesbeamte waren, mußten die Gemeinden die sogenannten Stellenzulagen beisteuern.

1959

1959

Durchgreifende bauliche Veränderungen wurden zunächst für die Blücherschule in Obermassen notwendig. In diesem Ortsteil begannen im Februar 1959 die Vorarbeiten für den Bau einer großen Siedlung mit über 100 Wohneinheiten auf dem Gelände des Wisselmann'schen Obstkampes südlich der Eisenbahnstrecke Unna - Holzwickede. Dadurch wurde die Gemeinde gezwungen die bauliche Erweiterung der Blücherschule zu planen. Der Vorentwurf dazu wurde an Hand eines Modelles am 11. September jenes Jahres von den Gemeindevertretern ^{besprochen}. Nach den Vorstellungen des Architekten Roman sollten die beiden bestehenden Gebäude mit einem Zwischenbau verbunden, diese umgestaltet bzw. modernisiert und neue Klassenräume angebaut werden.

1960

1961

Im Verlauf des Jahre 1960 wurde in mehreren Sitzungen ~~wurde~~ dann zwischen den maßgebenden Stellen (Regierung in Arnsberg, Amtsverwaltung, Bürgermeister) über den geplanten Um- und Erweiterungsbau, die Baukosten und deren Finanzierung beraten. Im März 1961 wurde dann von der Bezirksregierung in Arnsberg der Um- und Erweiterungsbau der Blücherschule nach den eingereichten Plänen des Architekten Roman genehmigt. Mit den Vorbereitungen der Arbeiten

1961

wurde am 22. Juni 1961 begonnen. Gleichzeitig wurden auch die notwendigen Ausschreibungsunterlagen herausgegeben und am 20. Juli erfolgte dann die Vergabe der Arbeiten. Nachdem während der Sommerferien ausgeschachtet worden war, wegen des felsigen Untergrundes (Mergel) ein recht schwieriges Unterfangen, begann dann am 31. August die Kamener Firma Scherff mit den Mauerarbeiten.

1962

Während der Umbauarbeiten, deren Leitung in den Händen des Architekten Roman lag, mußte der Schubetrieb eiterlaufen. Da Bauarbeiter fehlten, kam man mit dem Rohbau zunächst nur langsam voran, 1962 dann aber zügiger. Am 9. Juni waren die Mauerarbeiten beendet, und die Handwerker konnten mit dem Innenausbau beginnen. Kurz vor Weihnachten konnte dann der Schulbetrieb in ~~den~~^{den} des Gebäudes, das durch den Anbau von 2 Klassenräumen erweitert worden war, verlegt werden. Der Umzug erfolgte mit Hilfe der Gemeindearbeiter, und die Kinder legten dabei eifrig Hand an. Da auch die alten Klassenräume neue Fußböden erhielten, verzögerten sich die Innenarbeiten erheblich.

1963

Erst am 4. September 1963 wurden die neuen Räume ihrer Bestimmung übergeben. Die Schule hatte ein völlig neues Aussehen erhalten und ~~die Schule~~ verfügte nunmehr über folgende Räume:

- 6 Klassenzimmer,
- 2 Werkräume, je einen für Mädchen und Jungen
- 1 Lehrerzimmer,
- 1 Elternsprechzimmer,
- 1 Arzt- bzw. Untersuchungszimmer,
- 1 Schulleiterzimmer,
- 1 Musikzimmer und einen Raum für die Bibliothek.

Im Zwischentrakt befinden sich die Toilettenanlagen, die erforderlichen Neben- bzw. Unterstellräume. Bei der Übergabe übernahm Bürgermeister Otteo Holzapfel, der vor dem ersten Weltkrieg hier selbst einmal die Schulbank drückte, die Führung der geladenen Gäste.

Nach dem guten Anfang stand der weitere Ausbau der Schulanlage in Obermassen stets auf der Tagesordnung der Sitzungen des Gemeinderates. Schon am 20. Januar beschloß man in der Zusammenkunft in der Gastwirtschaft Ligges in Obermassen mit den Planungen für den Bau einer Turnhalle mit einem Lehrschwimmbecken zu beginnen. Diese sollte unmittelbar neben der Schule auf dem Bennemann'schen Hof errichtet werden, wenn dessen Aus-

siedlung in die Massener Heide, die bereits im Gange war, abgeschlossen wäre. Mann hoffte, mit dem Abriß der landwirtschaftlichen Gebäude noch im Laufe des Jahres beginnen zu können. - Zusätzlich mußte aber eine neue Hausmeisterwohnung geschaffen werden, da die vorhandene sich in einem solchen schlechten Zustand befand, daß ihre Reparatur eine unnötige Geldverschwendung bedeutet.

1965

Am 17. März 1965 erhielt der Architekt Roman dann von der Gemeinde den Auftrag, den weiteren Ausbau der Blücherschule um 4 weitere Klassenräume, den Bau einer Turnhalle mit einem Lehrschwimmbecken und der Anlage eines Sportplatzes zu planen. Am 15. Dezember des Jahres erläuterte er den Mitgliedern des Schulausschusses seine Erweiterungspläne. Nachdem von der Regierung in Arnsberg das Bauvorhaben genehmigt worden war, beauftragte der Gemeinderat den Architekten Menne, die Arbeiten für die Erweiterung der Schulanlage auszuschreiben. An den Gesamtkosten von 1 800 000 hatte sich die Gemeinde mit 200 000 DM zu beteiligen.

1966

Mit den Bauarbeiten für die 2. Erweiterung der Blücherschule wurde am 16. August 1966 begonnen, nachdem sich die Regierung in Arnsberg mit einem vorzeitigen Baubeginn einverstanden erklärt hatte. Die Voraussetzungen dafür waren die Abbrucharbeiten des Bennemann'schen Hofes, die erst am 7. Juli 1965 begonnen wurden. Die Erd-, Maurer- und Betonarbeiten für den Bau einer Hausmeisterwohnung wurde am 14. 12. 1966 an die heimische Fa. Schimmel vergeben.

1966

1967

Am 25. 1. 1967 informierte sich Regierungsdirektor Pardun von der Bezirksregierung in Arnsberg in Anwesenheit des Architekten Roman über den Stand der Bauarbeiten. In seiner Begleitung befanden sich Oberverwaltungsrat Hühnervogt und Oberbau- rat Hiddemann von der Verwaltung des Amtes Unna-Kamen sowie der Massener Bürgermeister Otto Holzapfel. Für die Durchführung der Bauarbeiten wurde den Herren vom Architekten folgender Zeitplan vorgeschlagen:

- Anbau von 2 Klassen, Erstellung der Turnhalle und des Lehrschwimmbeckens in den Jahren 1967/68

1967/68

- Vier-Klassen-Haus mit Lehrküche, Mehrzweckraum für Knaben, Fertigstellung der Turnhalle und des Lehrschwimmbeckens,

1969/70

Errichtung der Außenanlagen in den folgenden Jahren 1969/70. Die zügige Durchführung der Baumaßnahmen wurde der Kommission aus Arnsberg zugesagt.

1967

Am 17. August 1967 wurden in einer Gemeinderatssitzung die Arbeiten für den zweiten Abschnitt der Erweiterung der Blücherschule vergeben: es sollten wie geplant zunächst zwei Klassen, die Turnhalle und das Lehrschwimmbecken im Rohbau erstellt werden, die Turnhalle, 12 x 24 m groß, mit dem Lehrschwimmbecken auf dem Gelände des ehemaligen Bennemann'schen Hofes. Bereits im Bau befand sich die neue Hausmeisterwohnung.

1967

Über den Fortgang der Bauarbeiten berichtete der "Hellerweger Anzeiger" im November 1967:

- "Auf vollen Touren laufen zur Zeit die Arbeiten des zweiten Bauabschnittes an der Blücherschule in Obermassen. Von dem Anbau, der die Schule von bisher sechs auf acht Klassen erweitern soll, ist der Kriechkeller bereits fertig. Gestern wurde die Betondecke gegossen. In der unteren Etage des Anbaus, der durch ein Treppenhaus mit dem schon fertigen Gebäude verbunden wird, sollen ein Klassenzimmer sowie ein Ärztezimmer für Untersuchungen der Schüler untergebracht werden. Im Obergeschoß wird außer einem weiteren Klassenraum noch ein Gruppenraum gebaut. Am Ende des Flures wird noch das Schulleiterzimmer eingerichtet. Bis die Räume in Betrieb genommen werden können, wird allerdings noch ein gutes Jahr vergehen.

Ein weiteres Projekt, das innerhalb des gleichen Bauabschnittes jetzt in Angriff genommen wurde, ist die neue Turnhalle mit dem Lehrschwimmbecken. Während man die Turnhalle zusammen mit dem Erweiterungsbau für die Klassenräume schon Ende 1968 in Betrieb nehmen will, wird der Bau des Schwimmbeckens noch ein Jahr länger dauern" -

1968

Infolge der Neuordnung des Schulwesens mußte die Planung für den abschließenden dritten Bauabschnitt geändert werden. Es sollte nur noch ein Vierklassenhaus ohne Lehrküche und ohne einen Mehrzweckraum für Knaben erstellt werden, da diese für eine Volksschule alter Art geplant worden waren. Für eine Grundschule wurden sie nicht mehr gebraucht. Diese letzten Erweiterungsbauten wurden bis 1973 durchgeführt.

1973

1961 Nachdem in Obermassen durch den Erwerb der Hofstelle Bennemann die Erweiterungsbauten der Blücherschule 1961 in Gang gekoomen waren, standen nun die Schulverhältnisse ^{in Niedermassen} zur Lösung an. Das alte Schulgebäude am Hellweg, das von der Hellweg-Gemeinschaftsschule und der kath. Volksschule - 1960 Marienschule - gemeinsam genutzt wurde entsprach nicht mehr den Anforderungen der Zeit. weder den räumlichen noch den pädagogischen. Schon im Sommer 1961 - am 20. 6. - beschäftigte sich der Schulausschuß der Gemeinde mit der unerträglchen Raumnot im Gebäude am Hellweg, und suchte nach einem Ausweg aus der für die Dauer unerträglichen Situation. Da für einen Neubau einer sechsklassigen kath. Volksschule am Grünen Weg kein Grundstück zu haben war, dachte man an einen solchen hinter dem Schulgebäude auf dem Gelände, das Schulze-Vaersthausen gehörte. Die Verhandlungen, die zum Grundstückserwerb geführt wurden, kamen jedoch nicht zu einem erfolgreichen Abschluß. Eine Lösung zeichnete sich ab, als der Landwirt Mertin sich bereit erklärte, der Gemeinde an der Königsborner Straße ein geeignetes Grundstücke von 17 000 bis 18 000 qm zu überlassen.

1962 Ein Jahr später, als das Baugrundstück zur Verfügung stand, geriet die Frage eines Schulneubaus in Niedermassen in eine akute Phase. In ihrer Sitzung am 7. 12. 1962 berieten die Gemeindevertreter über das "Raumprogramm" der Hellweg- und der Marienschule. Nach exakten Berechnungen des Schulverwaltungsamtes des Amtes Unna-Kamen brauchte man für die Hellwegschule 14,78 und für die Marienschule 9,68 Klassenräume. Dazu waren für die Hellwegschule noch 8 Gruppenräume, die notwendigen Neben- und Verwaltungsräume sowie eine Turnhalle mit einem Lehrschwimmbecken erforderlich, für die Marienschule ebenfalls noch Neben- und Verwaltungsräume. Da im bisher gemeinsam benutzten Schulgebäude aber nur 12 Klassenräume vorhanden waren, beschloß man, für die Gemeinschaftsschule einen Neubau an der Königsborner Straße zu errichten. Das alte Gebäude am Hellweg sollte für die Marienschule derart umgebaut werden, daß sechs Klassenräume erhalten blieben,

Ausschließlich mit dem Schulneubau an der Königsborner Straße beschäftigte sich dann der Gemeinderat in einer weiteren Sitzung am 19. Dezember. Bürgermeister Otto Holzapfel schlug vor, 5 Architekten aufzufordern, dafür Vorentwürfe ohne Namensnennung unter einem Kennwort gegen Honorar einzureichen.

Es handelte sich dabei um folgende Herren:

- Dipl. ing. Karl Brunne, Hemmerde,
- Paul Rabe, Unna,
- Dipl. ing. Karl Roman, Unna,
- Klaus Pothmann, Dortmund-Brackel,
- Dipl. ing. Paul Steinebach, Witten.

Der Gemeinderat war mit dem Verfahren einverstanden und stimmte ihm zu.

1963

Im April 1963 wurden dann den genannten Architekten die die Unterlagen für die Ausarbeitung ihres Vorentwurfs zugesandt, und diese versicherten sich an dem Planungswettbewerb zu beteiligen. ^{Die} Diese gaben dann im Juni ihre Pläne und Modelle ab. Die unter einem Kennwort abgegebenen Entwürfe wurden zunächst im Lehrerkollegium der Gemeinschaftsschule, dann im Schulausschuß und abschließend im Gemeinderat überprüft und begutachtet. Am 31. Juli 1963 entschied dann der Gemeinderat, welchen Vorentwurf ausgeführt werden sollte:

- " Nach eingehender Erörterung stimmte die Gemeindevertretung für die Durchführung des Planes Nr. 365 365. Die Öffnung der äußerlich nur mit Kennziffer bezeichneten Umschläge ergab, daß der Dipl. ing. Brunne aus Hemmerde der Verfasser des Entwurfes Nr. 365 365 ist." -2)

Den endgültigen Beschluß zum Neubau einer Schule an der Königsborner Straße nach den Plänen des Architekten Brunne faßte der Gemeinderat am 25. September 1963. Entgegen dem ursprünglichen Beschluß sollte die Schule nun in einem Zuge gebaut werden.

1963

Nach Genehmigung der Pläne durch die Regierung in Arnberg am 22. Januar 1964 wurde am 6. März der Architektenvertrag zwischen der Gemeinde und Dipl. ing. Brunne abgeschlossen. Am 1964 22. 4. 1964 wurde dann noch einmal über den Bau des Sportteiles beraten.

1964

- " Sehr eingehend beschäftigten sich die Massener Gemeindevertreter in ihrer öffentlichen Sitzung am Mittwoch im Jägerhof mit dem Bau der neuen Volksschule in Niedermassen. Eine neue Version war in das geplante Projekt gekommen, weil die Massener Sportler an den Bau einer größeren Sporthalle interessiert sind, in der auch Handball gespielt werden kann. Die Grundsatzentscheidung ging schließlich dahin, daß die neue Schule nur schulischen Belangen dienen soll..... Der Bau einer größeren Sporthalle würde ferner den Baubeginn der Schule in unvermeidbarem Maße verzögern, weil mit dem

gleichzeitigen Bau eines Sportplatzes der Ankauf von weiterem Gelände notwendig würde. Dazu hatte sich gezeigt, daß die Benutzung der Sporthalle der Schule an der Buderusstraße durch Sportler keine ideale Lösung darstelle.

Da die neue Sporthalle auch der Marienschule zur Verfügung stehen muß, wird sie von mindestens 20 Schulklassen benutzt werden. Die Kosten würden sich durch eine Vergrößerung auf 1,4 Millionen erhöhen und die Zuschüsse um mehr als die Hälfte verkürzen" -³⁾

Es blieb also bei der ursprünglichen Planung, eine Turnhalle von 14 x 28 m und eine Kleinstschwimmhalle - Lehrschwimmbecken mit versenkbarem Boden - in einem Gebäude zu errichten. Am

1964/65 20. Juli 1964 wurde mit dem Bau des Schulteiles begonnen, der am 30. 6. 1965 im Rohbau fertig war. Im Laufe des Jahres mußte sich der Architekt Brunne noch einmal mit dem Problem der Entwässerung beschäftigen. Die Regenperioden im vorausgegangenen 1964 Sommer 1964 hatten gezeigt, daß die für die Schule geplante Entwässerungsanlage nicht ausreichen würde.

1966 Im Herbst 1966 hatte man ein wichtiges Etappenziel erreicht: in gut zweijähriger Bauzeit war der schulische Teil fertiggestellt worden. Als erster konnte am 1. September der Hausmeister Wrobel - er war im Dezember 1965 vom Gemeinderat für diese Aufgabe gewählt worden - seine Dienstwohnung beziehen. Am 29. Oktober konnte dann mit der Inneneinrichtung der Schule begonnen werden. Die Schule verfügte über:

- 12 Klassen, 6 Gruppenräume, einen Mehrzweckraum für Knaben mit Vorbereitungsraum, einen Mehrzweckraum für Mädchen mit Nebenraum und einen Werkraum für Knaben mit Nebenraum,
- die Lehrküche (Kochraum, Speiseraum, zwei Speisekammern), je einen Vorratsraum, Dunkelraum, Geräte- und Putzraum, einen Umkleideraum für die Schülerinnen und einen für die Lehrerinnen.
- ein Schulleiterzimmer, einen Lehrmittelraum (Bücherei), einen Elternsprech- bzw. Arzttraum, ein Lehrer- bzw. Konferenzzimmer
- den Eingang mit Windfang und Vorplatz, dem Hausmeisterdiensttraum, dem Eingangs- bzw. Festraum (200 m²)
- den Sportteil - Fertigstellung voraussichtlich im August 1967 - mit der Turnhalle, dem Geräteraum, zwei Umkleide- und Duschräume für Schüler, ein Turnlehrerzimmer und der Schwimmhalle (Becken 8,00 x 16,66 m) mit zwei Umkleide- und Duschräumen, dem Bademeisterraum mit Duschaum.⁴⁾

3) "Hellweger Anzeiger" vom 24. 4. 1964

4) Nach: Karl Brunne, Baubeschreibung der Schule

Zur "Anordnung der Schulanlage auf dem schlanken Nord-Süd-Gelände" schrieb der Architekt:

- "Die vier Klassen des 1. und 2. Schuljahres bilden das Klassenhaus der Kleinen. Es ist eingeschossig, von Westen und Osten belichtet und liegt im parkähnlichen Grün der Freiluftklassen. Die Klassen sind kindgemäß in Form und Maßstab, auch wohnlich und liegen bevorzugt.

Das Hauptklassenhaus ist zweigeschossig, hat Südklassen und ist von der Straße abgewandt und von ihr durch den Eingangsgrünraum abgetrennt. Es enthält eine geschlossene Pausenhalle, die auch als Schul- und Festhalle genutzt werden kann.

Das zweigeschossige Sonderklassenhaus enthält im Erdgeschoß für sich die Schulküche in guter Beziehung zum Schulgarten, ist ausgestattet mit einem Sonderzugang. Im Obergeschoß sind die Mehrzweck- und Werkräume. Die Verwaltung liegt gut erreichbar.

Der kleine Pausenhof ist gleichsam die Erweiterung der großen Pausenhalle. Seine architektonische Fassung hebt seine schulische Bedeutung.

Der große Pausenhof ist westwindgeschützt, hat Beziehung zum Gartenland, zum Sportplatz und nimmt Schülerzuwege auf.

Wageneinstellplätze und Unterstellmöglichkeit für Fahrräder befinden sich an der Wirtschaftszufahrt.

Die Hausmeisterwohnung liegt abgesetzt von der Schulanlage in Verlängerung der Pavillonklassen. Sie ermöglicht eine gute Kontrolle für die außerschulische Benutzung der Turnhalle und der Sportübungsplätze." ⁵⁾

Die Einrichtung der Schule erfolgte nach voraufgegangenen Beschlüssen des Gemeinderates. So wurden z. B. die Schulmöbel von der Gemeinde, die anderen Einrichtungsgegenstände vom Architekten beschafft. (Beschuß vom 16. 6. 1966) Für den Kauf der Möbel waren 132 562 DM erforderlich, für deren Kauf erhielt die Gemeinde aber den üblichen Ergänzungszuschlag von 40%, wegen der besonderen Notlage der Gemeinde waren aber 50 % beantragt worden. Für die Pausen-bzw. Festhalle lieferte die Fa. Horstmann, Unna 180 Stapelstühle. Die Ausstattung der Lehrküche für 13 132,58 Dm führte die Fa. Bäumker, Hamm, die des Lehrmittelraumes für 7 844,35 Dm die Fa. Feige, Hemmerde aus.

5) Karl Brunne, Baubeschreibung der Schule

1966

Am 1. Dezember 1966 wurde die neue Volksschule an der Königsborner Straße ihrer Bestimmung übergeben. Auf Beschluß des Gemeinderates vom 27. 10. 1966 trug sie den Namen "Hellwegschule" und sollte die Tradition einer alten Massener Schule weitertragen.

- " Schulrat Horn, Kreiskämmerer Warnke, Amtsdirektor Klockenhoff waren als Ehrengäste geladen, als gestern Architekt Brunne aus Hemmerde den symbolischen Schlüssel für die neue Hellwegschule an Bürgermeister Holzapfel überreichte. An der Feierstunde, die durch den Schülerchor musikalisch umrahmt wurde, nahm ^{en} außerdem die ehemalige Lehrerin und Rektorin Hedwig Thüner - sie unterrichtet über 40 Jahre an der Hellwegschule - und Hauptlehrer Fritz Wulff teil. Bürgermeister Holzapfel bezeichnete den Schulneubau als ein Spiegelbild verantwortungsvoller Kommunalpolitik und reichte den Schlüssel an Rektor Kroll-Bothe weiter." - 6)

1967

Bis zum Jahresende 1967 wurde dann auch der Sortteíl der Hellwegschule mit Turnhalle und Lehrschwimmbecken termingerecht fertig und konnte am 30. 12. gewissermaßen "5 Minuten vor 12" seiner Bestimmung übergeben werden.

- " Bürgermeister Holzapfel vollzog seine letzte Amtshandlung als Bürgermeister und der Schulrat (Horn) erklärte dazu, daß der letzte Tag von Massen auch ein großer Tag des Bürgermeisters sei, dessen Verdienste er nachdrücklich unterstrich,

Bei der anschließenden Besichtigung überraschte insbesondere die Ausstattung des Lehrschwimmbeckens, das sich durch einen hydraulischen Hubboden von 0,20 auf 1,80 m Tiefe verstellen läßt und 8 x 16,66 m lang ist. So ergeben 6 Bahnen die Strecke von 100 m. Über Durchlaufgarderoben und Brauseräume erreicht man die eigentliche Halle.

In der Turnhalle, die über der Schwimmhalle liegt, gewährt eine Wand aus Sicherheitsglas den freien Blick nach draußen. Die Einrichtung mit Geräten ist vierfach ausgelegt. Zu ihr gehören Kletterstangen, Seile, Barren, Kästen und ein Trampolin. Schallschluckende Decke und Warmluftheizung sorgen für eine angenehme Atmosphäre.

" Wir haben in unserer Jugend solche Sportanlagen nicht gehabt", bekannte Bürgermeister Holzapfel." - 7)

1967

Die Turnhalle war auf Beschluß des Gemeinderates vom 27. 2. 67 von der Fa. Müsse in Hagen für 22 000 DM eingerichtet worden

6) "Hellweger Anzeiger" vom 2. 12. 1966

7) "Westfälische Rundschau" vom 2. 1. 1968

Nach dem Umzug der Gemeinschaftsschule in das neue Domizil an der Königsborner Straße konnte nun mit dem Umbau des alten Gebäudes für die Zwecke der kath. Hellwegschule, die seit dem 15. Juni 1960 dem Namen "Marienschule" trug begonnen werden.

Schon am 19. Dezember 1962 hatte sich der Gemeinderat neben dem Schulneubau an der Königsborner Straße mit dem Umbau der Hellwegschule befaßt:

- "Der geplante Neubau an der Königsborner Straße wird die Gemeinschaftsschule aufnehmen. Dadurch kann ~~das~~ ^{von} kathischen System der Hellwegschule das gesamte, im Augenblick noch ^{von} zwei Systemen benutzte Gebäude in Anspruch genommen werden. Von den heute vorhandenen zwölf Klassen sollen zur gegebenen Zeit vier zu schulischen Nebenräumen (Lehrerzimmer, Werkräume usw.) umgestaltet werden." -8)

In der Sitzung des Gemeinderates am 20. Oktober 1965 - "Schulprobleme standen im Vordergrund" - ging es auch wieder um die Belange der Marienschule. Durch einen Umbau des Gebäudes sollten dann ~~der Marienschule~~ ^{für die} neben 8 Klassenzimmern die bisher noch fehlenden Verwaltungsräume (Schulleiter-, Lehrer-, Lehrmittel- und Elternzimmer) und die notwendigen ~~Sonder-~~ ^{d.} bzw. Werkräume eingerichtet werden. Man rechnete damit, daß diese Arbeiten 1970 abgeschlossen sein könnten. Im Dezember des gleichen Jahres erläuterte der mit dem Umbau beauftragte Architekt Menne den Mitgliedern des Schulausschusses seine Pläne. Die neuen Toiletten sollten als Anbau errichtet und durch eine Pausenhalle mit dem alten Gebäudeteil verbunden werden. Ein späterer Anbau von weiteren vier Klassen wäre möglich. Zur Zwischenfinanzierung der Um- und Erweiterungsbauten der Hellwegschule wurde auf Beschluß des Gemeinderates vom 16. 5. 1966 bei der Sparkasse des Amtes Unna-Kamen ein Darlehn von 296 300 DM aufgenommen.

Als die Hellwegschule am Mittwoch, dem 25. Januar 1967 vom Ltd. Regierungsdirektor Parduhn aus Arnsberg besichtigt wurde, war sie bereits von den Kindern der Marienschule geräumt worden. Diese wurden in der Zeit des Umbaus in der neuen Hellwegschule an der Königsborner Straße unterrichtet. Zu diesem Zwecke waren hier Neben- und Mehrzweckräume vorübergehend als Klassenräume eingerichtet worden. Zur Arnsberger Kommission gehörten noch Oberregierungsrat Uhlenkükén und Regierungsassessor Prinz zu Waldeck. Von der Verwaltung des Amtes Unna kamen waren Oberverwaltungsrat Hühnervogt, Oberbaurat Hiddemann, Assessor Bönker

8) "Hellweger Anzeiger" vom 21. 12. 1962

und Amtsassistent Frischemeyer, von der Gemeinde Massen Bürgermeister Holzapfel, die Hauptlehrer Franetzki und Lethaus zugegen.

- "Anlaß zu der Besichtigung der Marienschule war der Antrag des Schulverwaltungsamtes beim Amt Unna-Kamen auf Inanspruchstellung eines Staatszuschusses zu den Baukosten für Um- und Erweiterungsbau und auf Genehmigung zum vorzeitigen Baubeginn.

Der 1. Bauabschnitt soll so erfolgen, daß von den vorhandenen 12 Klassen acht verbleiben und vier zu Nebenräumen eingerichtet werden. Im Erdgeschoß werden zwei Gruppenräume, ein Mehrzweckraum für Knaben, ein Mehrzweckraum für Mädchen, ein Werkraum für Knaben sowie die Schulverwaltung mit einem Lehrerzimmer, ein Lehrmittelraum, ein Schulleiterzimmer, ein Elternsprech- und Arztraum, eine Schülerbücherei und ein Turngeräteraum errichtet. Die Baukosten hierfür sehen einen Zuschuß vor.

Regierungsdirektor Parduhn war mit der Art und dem Umfang des Um- und Erweiterungsbaues einverstanden. Er erklärte jedoch, daß mit einem Ergänzungszuschuß in diesem Jahr nicht mehr zu rechnen sei, da die Mittel auf zwei Jahre hinaus verplant seien. Er räumte jedoch ein, einmal zu überprüfen, ob die Möglichkeit bestehe, daß 1968 die eine Hälfte des eingeplanten Staatszuschusses und 1969 die andere Hälfte in Aussicht gestellt wird." -9)

1968/69

Die örtlichen Teilnehmer bedeuteten den Herrn aus Arnsberg, daß die Marienschule sich bereits seit Jahren mit ungenügenden Raumverhältnissen zufrieden geben mußte, eine ihrer Klassen täglich zur Gerhat-Hauptmann-Schule gefahren wurde. Auch Bürgermeister Holzapfel bat dringend darum, die beantragten Mittel bald zu bewilligen, da die Gemeinde wegen ihrer hohen Ausgaben für den Schul- und Straßenbau darauf angewiesen wäre.

1967

Einige Wochen später - Ende Februar ¹⁹⁶⁷ erhielt die Gemeinde von der Bezirksregierung in Arnsberg die Genehmigung zum vorzeitigen Um- und Erweiterungsbau der Marienschule. Der Architekt Menne aus Unna konnte nun mit dem sofortigen Beginn der Arbeiten betraut werden. So konnte der Umbau des alten Gebäudes - geplant als 1. Bauabschnitt - sofort in Angriff genommen werden. Als 2. Bauabschnitt war eine Erweiterung auf zwölf Klassen für etwa 380 Schüler um 4 Klassen- und Gruppenräume vorgesehen.

9) "Hellweger Anzeiger" vom 28./29. Januar 1967

Anfang Juli 1967 waren die Umbauarbeiten in der Marienschule so weit fortgeschritten, daß ~~nach den großen Ferien~~ ^{ihre Schüler und Lehrer} würden zurückkehren können. Überdacht bzw. aufgegeben werden mußte die Planung für den 2 Bauabschnitt - die Erweiterung der Schule um weitere Klassen- und Gruppenräume - die durch die Neuordnung des Massener Schulwesens überflüssig geworden war. Im April 1968 waren die einjährigen Umbauarbeiten mit einem Kostenaufwand von 450 000 DM abgeschlossen. Das Gebäude, das in den Jahren von 1894 bis 1910 erbaut worden war, präsentierte sich den Ehrengästen in einem neuen Kleid, als es am 29 April feierlich seiner Bestimmung übergeben wurde. Die Festrede hielt Unnas Bürgermeister Erich Göpfert, denn seit dem 1. Januar 1968 war im Zuge der kommunalen Neuordnung aus der selbständigen Gemeinde Massen der westlichste Stadtteil von Unna geworden.

1968

1894/10

Auf dem Wege zur Neuordnung

Während die Massener Gemeindevertreter - von ihrem Bürgermeister unabkässig angetrieben - sich erfolgreich bemühten, der Raumnot an ihren Schulen ein Ende zu setzen, blieb ihnen der Erfolg bei der Lösung eines zweiten wichtigen Problems ~~anspart~~ ^{verfügt}: den akuten Lehrermangel, der auch den Unterricht in Massen beeinträchtigte, konnten sie selbst nicht beseitigen. Vor diesem Hintergrund wurde die Aufrechterhaltung des Unterrichtes in der Heideschule zu einem Problemfall, zu einem "heißen Eisen" für den Gemeinderat. Mit ihren 28 Schülern gehörte sie zur Kategorie der sogenannten Zwergschulen, deren Auflösung nur noch eine Frage der Zeit war. Konnte man für die 28 schulpflichtigen Kinder in der Heide eine Lehrkraft abstellen, wenn an den Massener Schulen nicht alle Lehrerstellen besetzt werden konnten.

Schulleiter bzw. alleiniger Lehrer der Heideschule war Hans Günther Dilcher. Als Nachfolger des tödlich verunglückten Lehrers Friedrich war er nach zweijähriger Tätigkeit (vom 2. 5. 56 bis zum 3. 6. 58) zur Heideschule versetzt worden. Da er sich persönlich stark für den Erhalt seiner Schule engagierte und dabei selbstverständlich von den Eltern seiner Schülerinnen und Schüler unterstützt wurde, wurde das Fortbestehen dieser einklassigen Schule wie bereits in früheren Jahren zu einem heißen Eisen für die Gemeindevertreter.

1964 Im Juni 1964 ergriff dann die Schulpflegschaft der Blücherschule die Initiative zur Lösung dieses prekären Problems:

- auf Initiative*
- "In den vergangenen Tagen haben ^{auf Initiative} der Schulpflegschaft der Obermassener Blücherschule Verhandlungen mit der Schulpflegschaft der Heideschule begonnen, durch die eine möglichst baldige Zusammenlegung beider Volksschulen herbeigeführt werden soll. Die Verhandlungen, die von den Vorsitzenden beider Schulpflegschaften, Margarete Truhr(Heideschule) und Hermann König(Blücherschule) geführt werden, haben nicht nur bereits die Zustimmung von Bürgermeister Holzapfel gefunden, sondern sind auch in Kreisen der Elternschaft auf Interesse und Anerkennung gestoßen.

Die Zusammenlegung beider Schulen bringt beiden Seiten

beachtliche Vorteile. Den Kindern der Heideschule
dürften sich in der modern ausgebauten, mehrklassi-
gen Blücherschule Bildungsmöglichkeiten eröffnen.
Die Blücherschule, die 7 Lehrerstellen beanspruchen
darf, könnte endlich die infolge des Lehrermangels
immer noch vakante 7 Lehrerstelle mit dem Lehrer aus der
Heide ersetzen.

Das wäre in zweifacher Hinsicht für alle Schüler ein Erfolg.
Nämlich einmal könnte ein ordentlicher Stunden- und Unter-
richtsplan eingehalten werden, ohne daß Turn-, Geschichts-
stunden u. a. bisher wegen des Lehrermangels ausfallen müß-
ten. Obwohl die Blücherschule selbst mit Lehrkräften unter-
bestzt ist, muß sie z. B. für den wöchentlichen Hand-
arbeitsunterricht für 6 Mädchen in der Heideschule regel-
mäßig eine Lehrerin abstellen,

Die angestrebte Vereinigung beider Schulen wird außer der
Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten auch den Gemeinde-
säckel fühlbar entlasten, da die unwirtschaftliche Heide-
schule jährlich mehrere Tausend DM an Betriebs- und Unter-
haltungskosten verursacht." -¹⁾

Doch die Elternschaft in der Massener Heide wehrte sich
entschlossen gegen die Stillegung ihrer Schule. Dem bisher mo-
natelangen Hichhack zwischen den Eltern, der Schulpflegschaft,
dem Schulausschuß, dem Schulamt und der Gemeinde macht die
Erkrankung des Lehrers Dicher am 7. Juli 1964 ein Ende. Da er
so ernstlich erkrankt war, daß nicht abzusehen war, wann er
wieder dienstfähig sein würde, mußte man handeln. Zunächst
mußte die Blücherschule die Vertretung stellen, die zu einem
erheblichen Unterrichtsausfall an dieser Schule führte. Als
die hier tätige Lehrerin Annegret Tewes am 1. September dann
ihren Studienurlaub antrat, mußte eine Lehrkraft der Hellweg-
schule den Vertretungsunterricht im September übernehmen. Gegen
den Unterrichtsausfall an ihren Schulen liefen die Eltern Sturm.

Nun mußte die Gemeinde handeln, denn bei ihr allein lag
nach dem Schulverwaltungsgesetz die Entscheidung über das Fort-
bestehen bzw. die Schließung einer Schule. In einer öffentlichen
Gemeinderatssitzung wurde im September über die Existenzbee-
rechtigung der umstrittenen Schule diskutiert, und der "Hell-
weger Anzeiger" berichtete:

- " Mit Ablauf dieses Monats wird die einklassige Volksschule
in der Massener Heide ihre Türen schließen und die Kinder
¹⁾Hellweger Anzeiger vom 13./14. Juni 1964

aus der Massener Heide werden die Blücherschule in Obermassen besuchen. So hat die Gemeindevertretung in dieser Angelegenheit entschieden. Mit einem Autobus werden die Kinder von der Massener Heide abgeholt und zur Blücherschule gefahren. Nach Unterrichtsschluß erfolgt in gleicher Weise die Rückfahrt. Der Gemeinde entstehen hierfür täglich fünf Mark Fahrkosten." -2)

1965

Dieser Beschluß sollte ^{annuliert} bis zum 31. 5. 1965 gelten und der Lehrer Hans Günther Dicher sollte nach seiner Genesung dann zur Blücherschule abgeordnet werden. In der Gemeinderats-sitzung am 17. 3. 1965 fiel dann die endgültige Entscheidung:

1965

- "Eine ihrer schwersten Entscheidungen hatte die Massener Gemeindevertretung in ihrer Sitzung am Mittwoch im Lokal Gerdes zu fällen. Nach einer ausführlichen Debatte stimmten zwölf Gemeindevertreter für die Schließung der Heideschule. Gemeindevertreter Scheibler aus der Massener Heide stimmte gegen die Schließung und Gemeindevertreter Paschedag enthielt sich der Stimme.

In einem Schreiben an die Gemeindevertretung und an die Fraktionen hatten sich zwölf Elternpaare für die Erhaltung der Heideschule eingesetzt und dabei Gründe angeführt, die zwar nicht vollständig von den Gemeindevertretern abgewiesen wurden und zum Teil Verständnis fanden.

Der Lehrermangel, im Kreise Unna fehlen 165 Lehrer, war einer der entscheidenden Gründe dafür, daß nun doch die Auflösung der Schule befürwortet wurde. Während in der einklassigen Volksschule in der Massener Heide 24 Kinder unterrichtet werden, sind Einzelklassen an anderen Schulen oft mit 50 Kindern belegt. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß an einklassigen Volksschulen den Kindern nicht mehr das Wissen vermittelt werden könne, das sie für ^{das} spätere Leben brauchen.

Gewiß sehr treffend sagte Bürgermeister Holzappel nach der Abstimmung, daß die Entscheidung keinem Gemeindevertreter leichtgefallen sein dürfte." -3)

Die Kinder aus der Heide besuchten von nun an weiterhin die Blücherschule, ein Bus brachte sie zur Schule und zurück in ihren Ortsteil. Die Fahrkosten trug die Gemeinde. Die Schließung der Schule fand die Zustimmung des Kultusministeriums. - Lehrer Dilcher wurde am 1. 4. 66 von der Blücherschule nach Hengsen versetzt, wo er die Hauptlehrerstelle übernahm.

2) "Hollweger Anzeiger" vom 23. 9. 64

3) "Hollweger Anzeiger" vom 19. 3. 65

1966

Eine wichtige Veränderung gab es zum 1. 4. 66 auch an der Hellwegschule. Rektor Erwin Petzhold mußte wegen einer schweren Erkrankung aus dem Schuldienst ausscheiden. Als sein Nachfolger wurde von den zuständigen Schulbehörden ~~dem~~ Lehrer Horst Kroll-Bothe die vakante Rektorenstelle zugewiesen. Er war bisher Lehrer an der einklassigen Schule in Kessebüren gewesen. Von der Gemeindevertretung wurden keine Bedenken gegen die Besetzung der Stelle erhoben.

1967

Zu Beginn des Jahres 1967 mußte dann auch die Schulleiterstelle der Blücherschule neu besetzt werden, ^{der} Hauptlehrer Heinrich Twente ~~war~~ auf eigenen Wunsch vorzeitig in den Ruhestand versetzt worden. ^{mit der neuen Maon} Er wurde vom Schulrat Horn am 19. 1. 67 offiziell in sein Amt eingeführt.

- " In einer kleinen Feierstunde wurde gestern morgen der neue Schulleiter der Blücherschule in Massen, Hauptlehrer Walter Lethaus mit der Überreichung der Ernennungsurkunde, durch Schulrat Horn offiziell in sein Amt eingeführt, Auf dieser Feier beglückwünschten die Vertreter aus dem öffentlichen Leben den neuen Hauptlehrer zu seinem Entschluß, Schulleiter der Blücherschule in Obermassen geworden zu sein. Wenn die Dienstbezeichnung Hauptlehrer in unserer heutigen Zeit etwas eigenartig klinge, führte Schulrat Horn aus, so sei damit zum Ausdruck gebracht, daß er der Erste unter Gleichen und eben das Haupt der Schule sei. Bürgermeister Holzappel gab in seiner Ansprache der Hoffnung Ausdruck, daß die Blücherschule bald Mittelpunktschule sein werde " -4)

Die beiden neuen Schulleiter standen vor der wichtigen Aufgabe, an der sich andeutenden Neuordnung auch des Volksschulwesens in Massen verantwortlich mitzuarbeiten.

In der Mitte der sechziger Jahre wurden die Bestrebungen immer deutlicher erkennbar, das Volksschulwesen neu ordnen zu müssen. Ihnen lag die Erkenntnis zu Grunde, daß die Volksschulen in der bisherigen Form und mit ihrem überkommenden Aufbau nicht mehr in der Lage waren, ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag ohne Schwierigkeiten durchzuführen. Als Voraussetzung wurde eine organisatorische Änderung des Volksschulwesens angestrebt, dabei sollten die Grundschulklassen aus ihrer bisherigen Anbindung an die Volksschulen gelöst und selbständige Systeme mit eigenständigen Aufgaben

4) Hellweger Anzeiger vom 20. 1. 1967

werden.- Die bisherige Mittel- (5. und 6. Schuljahr) und Oberstufe (7. und 8. Schuljahr) der Volksschule alter Art sollten als "Hauptschule" zusammengefaßt, die Aufgaben einer weiterführenden Schule erhalten.

1966 Auf Grund dieser Erkenntnisse und der sich daraus ergebenden Entwicklungen beschloß die Gemeindevertretungen in ihren Sitzungen am 27. 10. und am 10. 11. 1966, daß in der neuen Hellwegschule als sogenannter Mittelpunktschule mit Beginn des neuen Schuljahres am 1. Dezember ¹⁹⁶⁶ bekanntlich ein Kurzschuljahr - alle Schüler vom 7. bis. zum 9. Schuljahr unterrichtet werden sollten. Mit der Ablösung des alten Reichsschulgesetzes war zum 1. Dezember 1966 die Einführung des 9. Schuljahres als Pflichtschuljahr vorgesehen.

- " In der letzten Gemeinderatssitzung in Massen, in der die Gemeindevertreter einstimmig den Namen "Hellwegschule" für den Neubau an der Königsborner Straße festlegten, wurde dieser Lehranstalt gleichzeitig der Status einer Mittelpunktschule aller Gemeinschaftsschulen zuerkannt. In der neuen "Hellwegschule" werden mit Beginn des neuen Schuljahres am 1. Dezember 1966 alle Schüler des siebenten bis neunten Schuljahres nach neuen Unterrichtsmethoden den Lehrstoff zu bewältigen haben. Gleichzeitig erhielt die Massener Buderus-Schule vom Gemeinderat den Status einer Stammschule. Neue Wege, ~~neue~~ Richtungen, die nicht nur von den einzelnen Schulträgern, sondern auch von den Eltern und nicht zuletzt von den Schulkindern selbst bewältigt werden müssen." ⁵⁾

1966 Der Volksschuloberstufe - dem 7. bis 9. Schuljahr - galt die besondere Aufmerksamkeit dieser Neuordnung. Durch die Zusammenziehung der Schülerinnen und Schüler der oberen Jahrgänge in sogenannten Mittelpunktschulen sollten besonders in ländlich geprägten Gebieten die Bildung reiner Jahrgangsklassen und mindestens ein zweizügiger Ausbau der Volksschuloberstufe erreicht werden. Den Stammschulen blieben die Grungschulklassen, das 1. bis 4. Schuljahr und die Volksschulmittel- bzw. die Beobachtungstufe (= 5. und 6. Schuljahr) zu geordnet. So präsentierte sich nun das Massener Schulwesen ab 1. 12. 66 in neuer Ordnung;

- die Hellwegschule in doppelter Funktion als Stamm- und Mittelpunktschule in doppelter Funktion (= 1. - 9. Schuljahr),
- die Blücherschule in Obermassen als Stammschule (= 1.- 6. Schuljahr),

5) "Hellweger Anzeiger" vom 11. November 1966

- die Marienschule in Niedermassen als kath. Volksschule (= 1. - 8. Schuljahr),
- die Gemeinschaftsschule in Massen-Nord als Stammschule (= 1. - 6. Schuljahr.)

Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte auch die Heideschule geschlossen werden müssen. Mittelpunkt- und Stammschule waren aber nur eine Durchgangsform auf dem Wege zur eigenständigen Grund- und Hauptschule.

Die Schule an der Buderusstraße, die aus ihrer organisatorischen Abhängigkeit von der Hellwegschule gelöst worden war, erhielt auf Beschluß des Gemeinderates vom 14. 12. 1968 den Namen "Gemeinschaftsvolksschule Massen-Nord". Sie sollte als selbständiges System von einem Hauptlehrer geführt werden. Der hier als Schulleiter amtierende Konrektor Kähmann kehrte als Schulleiter an die Hellwegschule zurück.

Auf Grund der eingetretenen Änderung des Massener Schulwesens wurden von Gemeinderat am 20. April 1967 in einer Rechtsverordnung die Grenzen der Schulbezirke *neu festgesetzt*

- Die Hellweg-Gemeinschaftsvolksschule übte eine doppelte Funktion aus. Zu ihrem Bezirk als Stammschule gehörte der Ortsteil Niedermassen zwischen der Eisenbahnlinie von der Gudrun- bis zur Bismarckstraße (nördliche Grenze) und dem Eingang zur Badeanstalt an der Kleistraße (südliche Grenze). Ihr Schulbezirk als Mittelpunktschule deckte sich mit den Gemeindegrenzen.
- Der Schulbezirk der kath. Marienschule umfaßte ebenfalls das gesamte Gemeindegebiet. Sie war die zuständige Schule für alle kath. Kinder vom 1. bis zum 8. Schuljahr. Die Kinder des 9. Schuljahres hatten eine kath. Mittelpunktschule in Unna zu besuchen.
- Zum Schulbezirk der Blücher-Gemeinschaftsvolksschule (Stammschule) gehören die Ortsteile Massener Heide und Obermassen. Seine nördliche Grenze (= südl. Grenze Hellwegschule als Stammschule) bildete der Eingang zur Badeanstalt mit den Grundstücken Dellwig und Siebel. Die Haldenstraße und die Poststraße südlich der Haldenstraße gehörten ebenfalls zu diesem Bezirk.
- Zum Bezirk der Gemeinschaftsvolksschule Nord gehört der Ortsteil Massen-Nord. Seine südliche Grenze deckte sich mit der nördlichen Grenze Hellwegschule als Stammschule

- Die Gerhat-Hauptmann-Schule blieb die allein zuständige Schule für alle Kinder, deren Eltern im Durchgangwohnheim vorübergehend Aufnahme fanden.

Diese Grenzen mußten von nun ab von allen Eltern beachtet werden, die schulpflichtigen Kinder hatten. ^{Diese mußten} die Schulen zu besuchen, in deren Bezirk sie wohnten.

1968/69 Als am 1. Januar 1968 im Zuge der kommunalen Neuordnung das bisher selbständige Massen nach Unna eingemeindet wurde, gab es in Massen geordnete und ausreichende Volksschulverhältnisse. Sie bildeten auch die Grundlage bei der landesweiten Neuordnung des Schulwesens zu Beginn des Schuljahres 1968/69. Aus der "Hellweg-Gemeinschaftsvolksschule" wurde die "Hellweg-Hauptschule", die "Blücherschule" und die "Marienschule" wurden Grundschulen, und die "Gemeinschaftsschule Nord" wurde aufgelöst. Wegen ihrer besonderen Aufgabe - der Betreuung von Aussiedler- und Flüchtlingskindern - wurde die Gerhart-Hauptmann-Schule von der Neuordnung nicht betroffen und blieb eine Volksschulealter Art. Die Stadt Unna war in der glücklichen Lage, daß in ihrem westlichsten Stadtteil die vorhandenen Schulen bei der Neuordnung des Schulwesens nicht nur weiter genutzt werden konnten, sondern, daß sie auch am richtigen Platz standen.

1968 Zum Schulbezirk der "Hellweg-Hauptschule" gehörte das Gebiet der ehemaligen Gemeinde Massen. Die Schulbezirksgrenzen der beiden Gemeinschaftsgrundschulen in Nieder- und Obermassen deckten sich mit den Grenzen der aufgelösten Stammschulen (Hellwegschule in Nieder- und Blücherschule in Obermassen). Die Grundschulkinder aus dem Ortsteil Massen-Nord wurden mit einem Bus zur Grundschule nach Obermassen gebracht. Hier wurde aus der "Blücherschule" die "Sonnenschule". Auf einer Versammlung im Oktober 1968 stimmten die Eltern für diesen Namen.

- " In der Sonnenschule Unna-Massen fand unter der Leitung des Elternpflegschaftsvorsitzenden Hans-Joachim Franke und im Beisein von Ortsvorsteher Köhnemann und dem Schuldezernenten der Stadt Unna, Oberverwaltungsrat Hünervogt, eine Elternversammlung statt. Schulleiter Walter Lethaus gab dabei einleitend einen kurzen Überblick über die derzeitigen Baumaßnahmen

Anschließend diskutierten die Eltern über die neue Namensgebung der Schule. Der Hauptausschuß der Stadt Unna hatte

in einer seiner Sitzungen auf schriftlichen Antrag der Schulpflegschaft die Blücherschule in Sonnenschule umbenannt. Bei diesem Antrag wurde jedoch von der Schulpflegschaft ein Formfehler gemacht, indem vor dem offiziellen Schreiben an die Stadt Unna keine regelrechte Abstimmung unter den Mitgliedern erfolgte. In der Hauptausschußsitzung hat man über dieses Problem noch einmal diskutiert, wobei zum Ausdruck gebracht wurde, daß nicht alle Eltern mit dem neuen Namen Sonnenschule einverstanden seien. Der Hauptausschuß hat daraufhin beschlossen, die Schule als "Gemeinschafts-Grundschule Obermassen" zu bezeichnen. Gegen diesen Namen wehrten sich jedoch die Eltern am Donnerstagabend und stimmten diesmal offiziell über die Namensgebung ab. Mit 21 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme wurde der Name "Sonnenschule" gewählt." -6)

Auch die ehemalige kath. Marienschule bekam einen neuen Namen und wurde in Schillerschule umbenannt. Als ^{2/}einige Massener Schule bekam sie mit Rektor Wichmann einen neuen Schulleiter. Der bisherige Schulleiter, Hauptlehrer Franetzki, blieb bis zu seiner Pensionierung als Konrektor an der Schule tätig.

6) "Hellweger Anzeiger" vom 26./27. Oktober 1968

Die wechselnden Situationen an der Gerhart-Hauptmann-Schule

Während die Unterrichtsverhältnisse für die einheimischen Kindern in den Massener Schulen sich normal entwickeln konnten und von Beständigkeit geprägt waren, da sie auf Grund der gegebenen, stets überschaubaren örtlichen Verhältnisse im Voraus planbar blieben, wurde der Schulbetrieb in der Gerhart-Hauptmann-Schule für die Kinder aus dem "Lager" von ständig, fast täglich wechselnden Situationen bestimmt, beständig blieb hier nur der Wechsel. - Die Menschen, die im Hauptdurchgangslager Massen - dem späteren Durchgangwohnheim, der heutigen Landesstelle - Zuflucht fanden, waren die kleinen unscheinbaren Opfer der "großen Politik", der Spannungen zwischen den Mächten in Ost und West, des sogenannten "Kalten Krieges", den die Gutgläubigen wie die Bequemen nicht wahr haben wollten. Die Unwägbarkeiten dieser Auseinandersetzungen ließen die Ströme der Menschen, die aus dem Osten und Südosten Europas in die freiheitliche Bundesrepublik kamen, an- und abschwellen. Die Schicksale davon betroffener Menschen wurden im Alltag dieser Schule spürbar,

Ihren Lehrerkräften machte die unmittelbare Nachbarschaft der Hellwegschule - Nord deutlich unter welchen, für Außenstehende nicht vorstellbaren Bedingungen, sie ihren Dienst verrichten mußten:

- Nebenan in der Schule für die einheimischen Kinder gab es eine feste Schülerzahl, beständige Klassengemeinschaften von etwa 40 Kindern, die von ihren Lehrern für einen längeren Zeitraum, ein bis zwei Jahre lang geführt wurden. Sie kannten jeden Schüler und jede Schülerin, mit allen ihren Eigenschaften, Stärken und Schwächen und wußten auch über ihre Familienverhältnisse Bescheid.
- An ihrer Schule bestimmte die stets starke Fluktuation die ständig wechselnde Zusammensetzung der Klassengemeinschaften, im Laufe eines Schuljahres betreute er durchschnittlich 200 bis 230 Kinder, also etwa 4 bis 5 Klassengemeinschaften. ~~Sie~~ mußte sich ständig an neue Gesichter gewöhnen, sich auf neue Schülerinnen und Schüler einstellen, konnten sie kaum kennen lernen, über ihre Familien wußte ~~sie~~ nur wenig.

- Nebenan kamen die Kinder aus der unmittelbaren Nachbarschaft der Schule, sie waren hier aufgewachsen, alles war ihnen vertraut, nicht einmal die Lehrer waren ihnen fremd, und diese kannten sich in der Umwelt ihrer Schülerinnen und Schüler aus.
- Die Kinder aus dem Durchgangwohnheim kamen aus "aller Herren Länder", aus Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen und Thüringen in Mitteldeutschland, aus den ehemaligen preußischen Provinzen jenseits von Oder und Neiße, aus den Volksdeutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südost-Europa, aus Landschaften mit unterschiedlichen Merkmalen. Sie gehörten allen deutschen Stämmen mit ihren unterschiedlichen Merkmalen an und waren sich untereinander fremd. Der Lehrer mußte sie alle unter einen Hut bringen: die bedächtigen Mecklenburger, die "hellen" Sachsen und die "kessen Berliner Gören" und dazu jene, die von weither kamen, deren Heimatländer ihm fremd waren. Alle Bemühungen des Collegiums, ihrer Schule als Sonderschule anzuerkennen, blieben unerfüllt.

Die Lehrkräfte dieser Schule mußten über das normale Unterrichten diesen Kindern nicht nur helfend zur Seite stehen, sie hatten auch deren Eltern über den zukünftigen schulischen Weg ihrer Kinder zu beraten, Dabei hatten sie ständig Entscheidungen zu treffen, für die es keine gesetzlichen Grundlagen gab. Dabei und machten die bittere Erfahrung, nicht in dem Maße helfen zu dürfen, helfen zu können, wie sie es für notwendig hielten. Sie standen jeden Morgen vor dem gleichen Dilemma und erfuhren aber auch jeden Tag die Dankbarkeit und das Zutrauen ihrer Schülerinnen und Schüler.

1959 Zu den besonderen Ereignissen des Jahres 1959 gehörten zwei Ausstellungen, die in den Klassenräumen der neuen Schule gezeigt wurden: im April die Ausstellung über "Berlin und die Mark Brandenburg" und im September die Ausstellung "Alte und neue Heimat". In der ersteren wurden alte Karten, Pläne und Stiche gezeigt, die einen Überblick über die historische Entwicklung der Mark gaben, sowie wertvolle alte und neue Bücher. Alle gezeigten Exponate waren Eigentum des Archivars Bimbeln, dem es gelungen war, vor seiner Flucht aus Ost-Berlin das wertvolle Material auf abenteuerliche Weise ^{in den westlichen Teil} der Stadt zu bringen.

Die Ausstellung "Alte und neue Heimat" wurde von den Mädchen und Jungen der oberen Klassen zum Tag der Heimat erarbeitet. Die Schüler der 5. Klasse hatten dafür Darstellungen über

Das Sauerland und das Ruhrgebiet, also über das neue, zukünftige Zuhause im Westen, angefertigt. Arbeiten über Mitteldeutschland, der verlassenen Heimat, trug das 6. Schuljahr bei, gesamtdeutsche Themen wurden Jungen und Mädchen der älteren Jahrgänge gestaltet. Am 12. September wurde diese Ausstellung, die einen ganzen Klassentrakt beanspruchte, vom Arbeits- und Sozialminister Ernst besucht. Er war in das Durchgangswohnheim gekommen, da am diesem Tag der Abschluß der zweiten großen Lagererweiterung festlich begangen wurde. Auch der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, ^{Ritz Reinhold} der zu einem privaten Besuch in Massen weilte, besichtigte auf Anregung des Massener Bürgermeisters Otto Holzapfel die Ausstelleung und fand dabei Worte der Anerkennung.

1960

Das Jahr 1960 stand für die Gerhart-Hauptmann-Schule unter einem schlechten Stern. Gleich zu Beginn des Schuljahres fiel der Schulleiter wegen einer ernsten Erkrankung aus und mußte bis zum Spätherbst seinem Dienst fernbleiben. Noch verhängnisvoller wirkte sich ein vorübergehender Rückgang der Schülerzahlen für die Schule aus. Ein vorübergehendes Nachlassen des Flüchtlingsstromes aus der SBZ ließ sie auf 120 Kinder absinken. Das war für den zuständigen Schulrat Anlaß genug, ohne Rücksprache mit der Lagerleitung über die augenblickliche Situation 5 Lehrersrellen der Schule sofort auflösen zu lassen und fünf Lehrkräfte, die sich besonders bewährt hatten, gegen ihren Willen sofort zu versetzen.

Von seinem Krankenbett aus, legte der Schulleiter gegen diese überstürzte und wohl auch überzogene Maßnahme schärfste Verwahrung ein. Er wies nachdrücklich darauf hin, daß die Gerhart-Hauptmann-Schule mit nur 3 Lehrkräften ihre Aufgaben für das Hauptdurchgangslager, das 4 300 Menschen aufnehmen konnte ^{und} Zt. unterbelegt war, keinesfalls werde erfüllen können. Der Schulrat antwortete, daß der Gerhart-Hauptmann-Schule kein Nachteil entstünde, daß die betroffenen Lehrkräfte im eigenen Interesse an andere Schulen versetzt worden seien. Die Zerschlagung eines eingearbeiteten Kollegiums war ein Schaden für die Schule, der nie wieder gut gemacht werden konnte. Wegen der Erkrankung des Schulleiters wurden statt der fünf nur vier Lehrkräfte versetzt.

Bereits im Mai erhielt der Schulrat die Quittung für seine Fehlentscheidung. Die drei Lehrkräfte, die er zum Bleiben verurteilt hatte, mußte 282 (!) Kinder unterrichten. Der Schul-

rat stand dieser Situation völlig hilflos gegenüber. Da er nicht imstande war, Abhilfe zu schaffen, schaltete sich das Arbeits- und Sozialministerium des Landes ein und veranlaßte die kurzfristige Versetzung von drei Flüchtlingslehrern aus der SBZ (Sowjetische Besatzungszone = DDR) aus dem Lager Wentorf bei Hamburg an die Gerhart-Hauptmann-Schule. Ob Lehrer von drüben, die nur eine autoritär geführte Schule kannten, geeignet waren, Kinder von drüben auf demokratische Unterrichtsformen vorzubereiten, war zu diesem Zeitpunkt eine zweitrangige Frage. Bei wieder steigenden Schülerzahlen mußte sich ein fast neues Kollegium ohne seinen Schulleiter zur Teamarbeit zusammenfinden. Im September mußte dann die Zuweisung einer achten Lehrkraft beantragt werden.

1960

Als der genesene Schulleiter im November 1960 seinen Dienst wiederaufnehmen durfte, standen nach den Erweiterungsbauten zwar genügend Klassenräume zur Verfügung, aber was war eine Schule eigentlich ohne Lehrer wert? Während für die einheimischen Schüler in der gleichen Anlage genügend Lehrkräfte zur Verfügung standen, litt die Gerhart-Hauptmann-Schule

1961

zusehends unter dem Lehrermangel. Als am 1. Mai 1961 die Lehrerin Gaida-Wolff seit 1955 an der Schule tätig - auf eigenen Wunsch zur Sonderschule Weddinghofen versetzt wurde, mußten 366 Kinder von 6 Lehrkräften unterrichtet werden. Das führte dann dazu, daß sich am 10. Mai die leitenden Beamten der Flüchtlingsabteilung im Arbeits- und Sozialministerium - Herr Ministerialdirigent Dr. Landsberg, Herr Oberregierungsrat Friedrich und Frau Regierungsrätin Vogel - vor Ort über die Situation der Schule informieren. Nach einer eingehenden Besichtigung wurde in der abschließenden Besprechung deutlich, daß ^{er}nicht mehr in der Lage war, ihren ^dwichtigen pädagogischen ^dSonerauftrag zu erfüllen. Herr Dr. Landsberg sagte zu, daß er sich persönlich um eine Verbesserung der Verhältnisse bemühen würde.

Der absolute Tiefpunkt in der Lehrer-Schüler-Relation wurde am 1. Juni erreicht, als Frau Marfording, die vom Mai 1952 - also vom Beginn an - hier tätig war, als Konrektorin an die kath Brachtschule nach Plettenberg ging. Für 412 Schülerinnen und Schüler stehen nur noch 5 Lehrkräfte zur Verfügung ~~stehen~~. Eine geringe Entlastung trat ein, als am 1. 7. 1961 der SBZ-Lehrer Gergart Zapfe der Schule zur Dienstleistung überwiesen wurde und die im Lager weilende SBZ-Lehrerin

Helene Utzka bis zu den Sommerferien an der Schule unterrichten sollte. Sie wurde dann nach den Sommerferien von Frau Notz abgelöst. Lehrer von drüben für Kinder von drüben: - eine absurde Notlösung!

1961

Dann kam der 13. August 1961. Die Absperrung Ostberlins vom Westteil der Stadt, die den Menschen der DDR die letzte Fluchtmöglichkeit ~~über den Westen der Stadt~~ in den freien Teil ihres Vaterlandes nahm, führte weder zur Auflösung des Durchgangswohnheimes noch zur Schließung der Schule. Die für die Zukunft wichtige Entscheidung der Landesregierung, das Durchgangswohnheim Massen nicht aufzulösen - man hatte vergeblich mit der Umwandlung dieser Einrichtung in eine Wohnsiedlung gerechnet - garantierte auch das Weiterbestehen der Gerhart-Hauptmann-Schule.

Außer Einzelgänger, die die Flucht unter Einsatz ihres Lebens wagten, kamen keine SBZ-Flüchtlinge mehr nach Massen. So konnte das Land ihre sogenannten Gastlager in den anderen Bundesländern auflösen, die in ihnen untergebrachten Menschen nach und nach nach Massen überführen, das Durchgangswohnheim war im Februar 1962 mit etwa 1 350 Personen kaum bis zur Hälfte seiner Kapazität belegt. Da der Flüchtlingsstrom jäh gestoppt worden war, durften die Menschen auch länger in Massen bleiben. Nach den hektischen Tagen im Sommer des vergangenen Jahres kehrte eine gewisse Ruhe ein, die den Menschen zugute kam.

1962

Mit der Entscheidung der Landesregierung, das Durchgangswohnheim nicht aufzulösen, mußte auch die Frage nach der Zukunft der Gerhart-Hauptmann-Schule beantwortet werden. So wurde darüber auf Veranlassung des Arbeits- und Sozialministeriums am 5. Juni 1962 in Massen verhandelt. Teilnehmer an diesem Gespräch waren Herr Oberregierungsrat Friedrich vom A. u. S.-Ministerium in Düsseldorf, der Leiter des DWH-Massen und sein Stellvertreter, die Herren Brünning und Stöcker, Herr Oberregierungs- und Schulrat Rinke von der Bezirksregierung in Arnsberg, Herr Schulrat Schwer aus Unna und der Leiter der Schule.

1962

Herr Friedrich berichtete zunächst über die weitere Verwendung des DWH, das nach den Plänen der Landesregierung für die Aufnahme von Aussiedler offen gehalten werden sollte, zeitweilig aber auch anders genutzt werden könnte - mit dem Mauer-

bau in Berlin hatte der "Kalte Krieg" einen kritischen Höhepunkt erreicht! Dann wurde über die veränderte Situation der Schule gesprochen, über den Rückgang der Schülerzahlen, um die Umschichtung von Flüchtlings- zu Aussiedlerkindern und der damit auch veränderten Aufgabe der Schule beraten. Um die Schule für alle Fälle einsatzbereit zu halten, wollten das Arbeits- und Sozialministerium und die Schulabteilung beim Regierungspräsidenten in Arnshaus dem Kultusministerium vorschlagen, die Schülerzahlen endlich zu senken. Eine derartige Maßnahme würde sich auf jeden Fall positiv bei der schulischen Betreuung der Flüchtlings- und Aussiedlerkinder auswirken. Dieser gemeinsame Vorstoß fand erst zu Beginn des nachfolgenden Jahres seine Erfüllung. Nach einer Verfügung des Kultusministers vom 23. 1. 1963 wurde die Maßzahl für diejenigen Schüler, die wegen schwerer Mängel im Deutschen besonders zu fördern waren, auf 25 ermäßigt, während sie für normal zu unterrichtende Schüler bei 40 blieb. Was war schon normal in der Schule an der Buderusstraße?

1962 Im Laufe des Jahres 1962 veränderte sich die Zusammensetzung der Kinder, die die Gerhart Hauptmann-Schule besuchten, stetig. Während die Zahl der sogenannten Flüchtlingskinder aus der DDR erwartungsmäßig ständig zurückging, stieg der Anteil der Aussiedlerkinder an. Unter 204 Kindern befanden sich im Sommer 1962 nur 40 Aussiedlerkinder. am 8. 10. 62 unter 206 Kindern dann 73, am 17. 12. 62 unter 229 schon 117. Damit war der Gleichstand erreicht. Auch die Zugehörigkeit der Jungen und Mädchen zu den beiden großen Konfessionen änderte sich. Waren die Kinder aus Mitteldeutschland überwiegend evangelisch, so stieg mit der Zahl der Aussiedlerkinder der kath. Anteil.

1963 Hier wurde im April 1963 der Gleichstand erreicht.

In den kommenden Jahren erschwerte neben der nach wie vor starken Fluktuation das ständige Auf und Ab in der Höhe der täglichen Schülerzahl den Unterricht. So wurden gezählt:

- 1963: im Mai 274, im November 122 Kinder,
- 1964: im Mai 150, im November 262 Kinder.
- 1965: im April 281 Kinder.
- 1966: im März 197, im Mai 272, im Oktober 392 und im Dezember 271 Kinder,
- 1967: im Januar 197, im März 135. im Juni 195 und im Oktober 204 Kinder.

1963/67

Besonders fatal für die Schule war es, wenn ausgerechnet am Stichtag die Schülerzahl stark unter dem Durchschnitt lag, um in den nächsten Wochen wieder anzusteigen. In den Tagen des permanenten Lehrermangels wurden dann zunächst überflüssige Lehrkräfte schnell versetzt.

1952/76

So verhinderten die starken Schwankungen in der Höhe der Schülerzahlen, die ihre Ursache in unvorausehbarsten Zustrom von Aussiedlern nach Massen hatten, auch die Bildung eines konstanten Kollegiums von eingearbeiteten und mit den Problemen der Schule vertrauten Lehrkräften. So kam zu dem starken Schülerwechsel, dem nicht Einhalt geboten werden konnte, noch ein starker Lehrerwechsel, der hätte abgemildert werden können. Vom Mai 1952 bis zum Ende des Schuljahres 1975/76 sind 57 Lehrkräfte mit unterschiedlicher Dauer an der Schule tätig gewesen. Weil es aus "formal juristischen" Gründen nicht möglich gewesen war, der Schule für ihre Sonderaufgabe im Interesse ihrer Schüler eine angemessene - aus Durchschnittszahlen berechnete - Anzahl von Lehrkräften zuzubilligen.

Da von der Fluktuation die einzelnen Jahrgänge der Kinder unterschiedlich betroffen werden, kam zusätzliche Unruhe in den Unterrichtsbetrieb. Die dadurch verursachte Umbildung von Klassenverbänden führte zwangsläufig auch zur ständigen Änderung des Stundenplanes, der der sich ständig veränderten Lage angepaßt werden mußte.

Mit dem Zustrom der Aussiedlerkinder kam auf die Lehrer nun eine besondere, zusätzlicher Verantwortung zu. Sie mußten nun beurteilen, ob diese nach ihrem Sprachstand, d. h. nach ihren deutschen Sprachkenntnissen, und auf Grund ihrer Begabung in der Lage waren, dem Unterricht in den normalen Schulen unseres Landes folgen zu können, oder in sogenannte Förderschulen bzw. -klassen eingewiesen werden mußten. Entsprechend waren die Eltern der Kinder zu beraten. Da es solche Klassen, die nach einem Erlass des MKM vom 19. 3. 58 öffentlichen Schulen angegliedert sein mußten, in den Städten unseres Landes, mit Ausnahme von Dortmund und Bochum, nicht gab, mußten die betroffenen Kinder in Internaten untergebracht und damit von ihren Familien getrennt werden.

Diese Internate waren von den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden - dem kath. Caritasverband und dem ev. Landesverband der Inneren Mission - in leerstehenden Heimen eingerichtet worden und wurden von ihnen mit staatlicher Unterstützung

unterhalten. So hatten sie auch aus wirtschaftlichen Gründen ein Interesse daran, daß es in ihren Förderschulheimen keine leeren Plätze gab. So wurden schon bei ihrem Eintreffen in Friedland die Spätaussiedler aufgefordert, ihre Kinder in die konfessionell ausgerichteten Förderschulen zu schicken. In besonders massiver Form wurden die katholischen Eltern bedrängt, ihre Kinder zum Besuch einer Förderschule anzumelden.

- " In der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland ist das Elternrecht geschützt. Dieses Recht umfaßt alle Entscheidungen über die Erziehung und Ausbildung Eurer Kinder. Hierzu gehört auch die Freiheit in der Wahl der Ausbildungsstätte. Macht von Eurem Recht Gebrauch und schickt Eure Kinder in katholische Förderschulen. Das ist auch der Wunsch der kath. deutschen Bischöfe." -¹⁾

Die gesetzlichen Bestimmungen über die Schulpflicht in unserem Lande wurden in diesem Merkblatt ebenso verschwiegen wie die notwendigen Voraussetzungen für den Besuch einer Förderschule.

Die Eltern, die von Friedland aus ihre Kinder noch nicht zum Besuch einer Förderschule angemeldet hatten, wurden dann vom kath. Lagerdienst im DWH weiter bedrängt, dies umgehend nachzuholen. - Nach den Vorstellungen der "Melde-, Leit- und Betreuungstelle für spätausgesiedelte Kinder und Jugendliche beim Diözesan-Caritas-Verband-Paderborn, Abteilung Osthilfe" sollte die Einweisung der "spätausgesiedelten Kinder" als reine Formsache nach folgendem Schema ablaufen:

- Der Lagerdienst teilt der Schule die Namen der Kinder mit, die für den Besuch einer Förderschule gemeldet worden sind.
- Die Schule überprüft innerhalb von 14 Tagen die Liste und gibt die Zustimmung.
- Schließlich genehmigt der Schulrat die Überweisungen in die Förderschule.

Die Lehrkräfte der Gerhart-Hauptmann-Schule empfanden es als Zumutung nach diesen Vorschlägen zu handeln. Seine Befolgung hätte sie in einen doppelten Konflikt gebracht:

- als Landesbeamte hätten sie durch ein rein routinemäßiges Verfahren gegen gesetzliche Bestimmungen, gegen Treu und Glauben verstoßen.
- als Lehrer hätten sie ihrem pädagogischen Ethos zuwidergehan-

delt, Anwälte der Kinder zu sein.

Sie hatten in ihren Konferenzen nach Wegen gesucht, die Spätaussiedlerkinder vor schulischen Nachteilen zu bewahren und sich dabei aufgrund ihrer Erfahrungen auf folgende Grundsätze geeinigt:

- Spätaussiedlerkinder sollten nur nach einem längeren Aufenthalt - etwa nach 8 bis 12 Wochen - beurteilt werden, wenn sie sich von den negativen Auswirkungen der Umsiedlung gelöst hatten.
- War ein Aussiedlerkind wegen seiner mangelhaften deutschen Sprachkenntnisse bei geringer sprachlicher Begabung und ~~fehlender häuslicher Unterstützung~~ ^{nicht in der Lage,} dem Unterricht einer normalen Volksschule ~~nicht~~ folgen können, dann sollte den Eltern geraten werden, ihr Kind in eine Förderschule zu schicken.
- Grundschul Kinder und zehn- bis zwölfjähriger Kinder, die eine Trennung von ihren Eltern nicht verkraften konnten, sollten grundsätzlich in der Obhut ihrer Eltern bleiben, Nur in Ausnahmefällen, wenn z. B. die Erziehung der Kinder gefährdet war, sollte zur Heimunterbringung geraten werden.
- Alle Entscheidungen sollten nur nach einer gründlichen Aussprache mit den Eltern getroffen werden.

Besonders diskriminiert fühlten sich die ~~Ihrer~~ durch die herabsetzende Behauptung des Prälaten Kewitsch, Paderborn, daß es in ihrer Schule keinen Sonderunterricht für spätaussiedelte Kinder gab.

Durch das ständige Drängen des Lagerdienstes auf eine schnelle Beurteilung der Kinder wurden die Lehrer in ihrer Entscheidungsfreiheit eingeengt und wohl auch unter Druck gesetzt. Wurden nach Ansicht der ~~Diozösan~~ ^{14/} Meldestelle in Paderborn aus Massen nicht genügend Kinder/Förderschulen gemeldet, dann hatte sich der Schulleiter der Gerhart-Hauptmann-Schule dazu zu äußern. So erhielt er z. B. am 28. 6. 1963 eine Liste mit 45, am 14. 9. 1963 mit 42 und am 14. 3. 1964 mit 44 Namen. Im Schreiben vom 28. 6. hieß es:

- " Wir haben diese Kinder für eine Förderschule vorgemerkt und möchten Sie herzlich bitten, uns mitzuteilen, welche Kinder in der dortigen normalen Volksschule (Was war damals in der Gerhart-Hauptmann-Schule im DWH Massen schon normal?) nicht so weit gefördert werden können, um den Anschluß an ihre altersgemäße Klasse zu erreichen. Teilen Sie uns bitte auch mit, welche Kinder für eine Förderschule

1963

1964

nicht infrage kommen.Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn wir innerhalb von 10 Tagen ausführlich Antwort erhalten können, damit wir bei der Platzverteilung in den einzelnen Förderschulinternaten entsprechend planen können." -2)

1964

1962/64

Zum normalen Schulalltag der Gerhart-Hauptmann-Schule gehörte von nun an auch die nervenaufreibende Auseinandersetzung um diejenigen Kinder der Spätaussiedler, die von der Meldestelle in Paderborn für den Besuch einer Förderschule vorgesehen waren. Im Juli 1964, kurz vor den großen Ferien, kam es in dieser Auseinandersetzung zu großen Knall. Monsignore Kewitsch hatte beim Regierungspräsidenten in Arnsberg Beschwerde gegen den Schulleiter, wegen Zurückhaltung der Spätaussiedlerkinder vom Förderschulbesuch eingereicht. Dieser wurde umgehend nach Arnsberg zitiert und der zuständige Schulrat, Herr Schweer, wurde zur Berichterstattung aus dem Urlaub gerufen. Ausgerüstet mit einer Namensliste von 210 Kindern, die vom Oktober 1962 bis zum Juli 1964 Förderschulen überwiesen wurden und mit Diktatheften von Spätaussiedlerkinder fuhr Rektor Sydow nach Arnsberg. An der Besprechung nahmen der zuständige Regierungsdirektor Herr Dr. Knüppelberg, Herr Rinke und Herr Schweer teil. Von Herrn Sydow konnte die Haltlosigkeit der Beschwerde nachgewiesen werden.

1964

Um die Schule in Zukunft vor ähnlichen Anschuldigungen zu schützen, wurden unmittelbar nach den Sommerferien auf Anordnung des Regierungsdirektors Dr Knüppelberg alle Aussiedlerkinder, die über 10 Jahre alt waren, auf ihre deutschen Sprachkenntnisse überprüft. Diese Überprüfungen nahmen die Herrn Rinke und Schwer am 9. und am 30. ¹⁹⁶⁴ September vor. Dabei stellte sich heraus, daß die Angaben der Schule über den Sprachstand der Aussiedlerkinder durchaus den Tatsachen entsprachen, die bisher im täglichen Umgang mit ihnen gemacht worden waren. So lag dann die Zahl der Kinder, die am 30. 9. als förderschulbedürftig festgestellt wurden, weit unter der ~~bisher~~ angenommenen Zahl. In einer abschließenden Besprechung wurden dann die im DWH tätigen Fürsorgerinnen vom Regierungsrat Rinke über die Ergebnisse der Überprüfungen unterrichtet und auf die Haltlosigkeit ihrer Vorwürfe gegenüber der Schule hingewiesen. Sie wurden gebeten, die überaus schwierige Arbeit der Schule nicht zu stören.

2) Schreiben der Leit- und Meldestelle Paderborn(schulakten)

1966

Nach dieser Revision konnten nun die Lehrkräfte ungestört ihre schwierige Aufgabe erfüllen, bis am 25. 2. 1966 Prälat Kewitsch in einem Schreiben an den Schulleiter kritisierte, daß zu wenig Spätaussiedlerkinder den Förderschulen überwiesen worden seien. Um diesen erneuten Versuch, sich in die Arbeit der Schule einzumischen und die Verantwortlichkeit der Lehrer einzumischen, die Spitze abzubrechen, erhielt der Prälat die Antwort auf dem Dienstwege, d. h. über das Schulamt in Unna und die Schulabteilung beim Regierungspräsidenten in Arnsberg. Gleichzeitig verwahrte sich der Schulleiter dagegen, daß sich Monsignore Kewisch gegenüber der Gerhart-Hauptmann-Schule Rechte und Befugnisse anmaßte, die nur der Schulaufsicht unterstanden.

Trotz zahlreicher Grundsatzgespräche mit den Vertretern der zuständigen Ministerien, der Bezirksregierung und des zuständigen Schulrates blieb das Problem in der Schwebe. Während sich die Lehrkräfte aus ihrer pädagogischen Verantwortung als Fürsprecher ihrer Schülerinnen und Schüler fühlten, sahen die Fürsogerinnen im Durchgangwohnheim und in Paderborn nur die leeren Plätze in den Förderschulinternaten. Auch die Einschaltung von Landtagsabgeordneten und des zuständigen Personalrates führten lange Zeit zu keinem Erfolg. Erst der Erlass des Kultusministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 1. 1. 1969 über "Förderklassen für spätausgesiedelte Kinder und Jugendliche" brachte die notwendige Klärung. Er bestimmte:

1969

- " Die Schüler werden zu jeder Zeit in die Förderklassen aufgenommen. Einem Antrag der Erziehungsberechtigten auf Überweisung eines Schülers in eine Haupt- oder Grundschule mit einer Förderklasse ist nach § 28 SchVG zu entsprechen. Vorher hat der Schulleiter der bisher besuchten Schule seine Stellungnahme abzugeben.

Stellen die Erziehungsberechtigten während ihres Aufenthaltes im Durchgangwohnheim keinen Antrag, so entscheidet der Schulleiter der Lagerschule über den Übergang in eine Förderklasse. Auch hier ist die Zustimmung der Eltern erforderlich.

Die Entscheidung darüber, ob ein Schüler einer Förderklasse zugeführt wird oder bis zur Einweisung seiner Familie in der Lagerschule verbleiben kann, um anschließend die Grund- und Hauptschule im neuen Wohnort zu besuchen, soll in der Regel 8 Wochen, spätestens aber 12 Wochen nach Aufnahme in

in die Lagerschule erfolgen". -³⁾
Trotz dieser Verfügung, die eindeutige Fristen setzte, wurde die Aussiedler~~n~~, von den Fürsorgerinnen - bsonders vom kath. Lagerdienst bedrängt, ihre Kinder vorzeitig - ohne das Urteil der Schule abzuwarten -zum ~~Besuch~~ einer Förderschule anzumelden.

Neben diesen unnötigen Auseinandersetzungen der ~~sechziger~~^{24/} Jahre, die den Lehrerinnen und Lehrern geradezu aufgezwungen wurden, gab es auch ~~viele~~ fohe Stunden und aufmunternde Erlebnisse:

- Wanderungen und Fahrten, die dem Kennenlernen der neuen Heimat dienten,
- Einladungen zu Freiten von der Awo und der DJO (Deutsche Jugend des Ostens) Ortsverband Essen, der Gemeinschaft Junges Ostpreußen,
- wertvolle Kontaktbesuche von Schulen unseres Landes, die zu Gegenbesuchen führten,
- die großen Veranstaltungen des Lagers, wie die jährlich stattfindenden Kinderfeste, die eindrucksvollen Weihnachtsfeiern und die geselligen Schulabschlußveranstaltungen,
- vor allen Dingen aber gab es dankbare Kinder und Eltern.

1968 Besonders dankbar begrüßten die Lehrkräfte der Schule die Einrichtung eines Sprachlabors durch die Firma Elektron in Weikersheim am 22. Februar 1968. Die vom Arbeits und Sozialministerium, auf Vorschlag der Schule beschaffte Anlage wurde für den Sprach- bzw. den Deutschunterricht in den oberen Klassen und für Deutschkurse mit jugendlichen und erwachsenen Spätaussiedlern zu einem wertvollen Hilfsmittel.

1971/72 Um die Attraktivität und die Leistungsfähigkeit ihrer Schule zu steigern^{24/} und die unsachgemäßen sogenannten schulischen Beratungen der im DWH tätigen Fürsorgerinnen ~~zu~~ ihren negativen Auswirkungen zu neutralisieren, strebte das Kollegium die Umwandlung ihrer Schule in eine "Ganztagsschule" und die Errichtung der Stelle eines "Bildungsberaters" an. Nach eingehenden Besprechungen zwischen den Vertretern der zuständigen Ministerien, der Schulabteilung in Arnsberg, des Kreises und der Stadt Unna am 27. 1. 1971 und am 27. 9. 1971 erfolgte zu Beginn des Schuljahres am 10. August 1972 die Umwandlung der Schule ^{in eine "Ganztagsschule"} für spätausgesiedelte Kinder und Jugendliche im Durchgangwohnheim Massen. Es war nur ein Teilerfolg, die Umwandlung in eine Förderschule blieb versagt, da nach der Meinung des Kultusministeriums die Gerhart-Hauptmann-Schule als Durchgangsschule offen gehalten werden muß. Der Kinderhort

3) Erlaß des KMin des Landes Nordrhein - Westfalen Nr. A 36 6/10 Nr. 5173/69 vom 1. 10. 69 - die Einweisung in Förderklassen

des Durchgangswohnheimes wurde der Schule angegliedert und die ~~Kinder~~Hortnerinnen zur Betreuung der Grundschulkinder eingesetzt.

1972

Am 1. November 1972 nahm dann auch der Bildungsberater, Herr Herm, seinen Dienst auf. Er wurde zur Enttäuschung des Kollegiums nicht der Gerhart-Hauptmann-Schule zugeordnet, sondern dem Schulamt für den Kreis Unna und übte seine Funktion für Aussiedler und Zuwanderer im Auftrag des Kultusministers aus. Nach ihrem Eintreffen in Massen, hatte er die Eltern der jungen Aussiedler und diese selbst über alle Maßnahmen zu informieren, die für ihre schulische und berufliche Eingliederung vom Land Nordrhein-Westfalen getroffen waren. Er hatte sie dabei individuell zu beraten, wie jeder von ihnen seine im Herkunftsland begonnene Schul- und Berufsausbildung ohne großen Zeitverlust in Nordrhein-Westfalen fortsetzen konnte.

Im Einvernehmen mit den Eltern der betroffenen Jugendlichen leitete er dabei die Einweisung der jugendlichen, nicht mehr schulpflichtigen Aussiedler in Intensivkurse zur Erlernung der deutschen Sprache ein, in Zusammenarbeit mit der Schule bei Zustimmung der Eltern die Einweisung von schulpflichtigen Aussiedlerkindern in Förderschulen. Er veranlaßte die notwendigen Übersetzungen der vorgelegten Zeugnisse aus den Herkunftsländern und hatte sie mit dem Anerkennungsvermerk zu versehen, der nach den Empfehlungen der "Ständigen Konferenz der Kultusminister" ⁴⁾ erforderlich war.

Bei der Dienstaufnahme des Bildungsberaters verursachte Herr Oberregierungs- und Schulrat Grosche, Dezernent für die Förderschulen bei der Schulabteilung der Bezirksregierung in Arnsberg zunächst völlig unnötige Aufregung. Entgegen den geltenden Bestimmungen übertrug er dem Bildungsberater die alleinige Entscheidung über die Förderschulbedürftigkeit der schulpflichtigen Späaussiedlerkinder ~~in der Schule des DWH~~. Damit forderte er den geschlossenen Protekt des Kollegiums der Schule heraus, das sich durch seine willkürliche Anordnung zu Recht brüskiert und diskriminiert fühlte. Er mußte seine unglückliche Anordnung zurücknehmen und hatte dadurch nur unnötige Animositäten der Lehrkräfte gegen den Bildungsberater ~~hervor~~gerufen, die nur

4) Empfehlungen der Kultusministerkonferenz, RdErl. des KM vom 9. Mai 1975 - erstmalig am 3. 12. 1971 verabschiedet und am 31. 1. 1975 neu gefaßt.

allmählich beigelegt werden konnten. Klassenlehrer und Bildungsberater hatten nun bei der Einweisung von Spätaussiedlerkindern in Förderklassen Hand in Hand zu arbeiten, wobei das Urteil des Klassenlehrers ausschlaggebend blieb.

1971

Inzwischen war von der Stadt Unna nach langen Bemühen des Schulleiters für die Schule eine Sekretärin angestellt worden. Frau Starostzik, die die polnische Sprache perfekt beherrschte, nahm am 1. 9. 1971 ihren Dienst auf, Ihre Mithilfe in der umfangreichen Verwaltungsarbeit vor allen Dingen bei der Erledigung der zahlreichen An- und Abmeldungen, brachte besonders dem Schulleiter eine spürbare Entlastung. Leider stand sie der Schule nur an drei Wochentagen zur Verfügung, da sie auch für die Fröbelschule angestellt worden war. - Seit März 1972 war nach Einweisung neuer Lehrkräfte an der Schule ein voller Unterricht ohne Kürzungen möglich.

1969

Zur Lösung stand nur noch die Raumfrage an. Im Februar 1969 war nach der Auflösung der Stammschule Massen-Nord die Fröbelschule - Sonderschule für lernbehinderte Kinder - aus Unna nach Massen in den frei gewordene Trakt umgezogen. Bei den vorausgegangenen Besprechungen zwischen dem Leiter des DWH, dem Schuldezernenten der Stadt Unna, Herrn Hühnervogt und dem Schulleiter der Gerhart-Hauptmann-Schule äußerte dieser erhebliche Bedenken gegen die Verlegung der Sonderschule in die gemeinsame Schulanlage. Beim Zusammentreffen mit Sonderschülern würden die Spätaussiedlerkinder, die keine Vorstellungen von westdeutschen Schulen haben, als ersten wichtigen Eindruck von westdeutschen Schulen ein verzerrtes Bild erhalten. Herr Hühnervogt versicherte aber bei dieser Besprechung, daß es sich bei der Verlegung der Fröbelschule nur um eine vorübergehende Maßnahme handeln würde, bis zur Klärung ihrer endgültigen Unterbringung.

1973

Aus der vorübergehenden Maßnahme war im Sommer 1973 ein Dauerzustand geworden. Die unmittelbare Nähe der Sonderschule wirkte sich in zweifacher Hinsicht nachteilig für den Unterricht der Gerhart Hauptmann Schule aus.

- Die ~~Fröbelschule~~ beanspruchte in der Anlage auf Kosten der Gerhart-Hauptmann-Schule im zunehmenden Maße Räume.

die ihr nicht zustanden.

- Ihre Schüler, mehr verhaltensgestörte als lernbehinderte Kinder, störten den Unterricht in unerträglicher Weise.

Sie fühlten sich den ständig wechselnden Aussiedlerkinder gegenüber als "Herr im Hause"

1973

Im Juni 1973 waren die Arbeitsverhältnisse für die Gerhart-Hauptmann-Schule so unerträglich geworden, daß Schulleitung und Lehrerrat beim Bürgermeister Der Stadt Unna - unter Einschaltung der Lagerleitung - um Änderung der Situation baten.

1973

Auf Grund dieser Eingabe vom 14. 6. 1973 fand dann in der Gerhart-Hauptmann-Schule eine Besprechung statt, zu der das Kultusministerium eingeladen hatte. Daran nahmen teil:

- Herrn Ministerialrat Domhoff vom Kultusministerium,
- Herr Ltd. Ministerialrat Zurhausen vom Arbeits- und Sozialministerium.
- als Leiter des DWH Herr Stücker,
- der Dezernent der Bezirksregierung in Arnsberg und Herr Schulrat Hengst,
- Herr Uhrmeister und Herr Rentsch als Vertreter der Stadt Unna.
- die Schulleiter der betroffenen Schulen.

Die Besprechung zeitigte das folgende Ergebnis:

- Die gemeinsame Unterbringung der Gerhart-Hauptmann-Schule (Ganztagrusschule für spätausgesiedelte Kinder) und der Fröbelschule (Sonderschule für lernbehinderte Kinder), zweier Schulsysteme, die schwierige Aufgaben zu erfüllen haben, in einer Schulanlage ist pädagogisch unhaltbar und nicht zu verantworten. Eine getrennte Unterbringung ist unbedingt notwendig.
- Für den Neubau einer Sonderschule werden der Stadt Unna Zuschüsse zugesagt, die über den normalen Satz hinausgehen, da eine räumliche Trennung beider Systeme im Interesse des Landes liegt.
- Da eine sofortige Verlegung der Sonderschule nicht möglich ist, darf die Fröbelschule auf Kosten der Gerhart-Hauptmann-Schule auf keinen Fall erweitert oder ausgebaut werden.

Da die Stadt Unna aus dieser Besprechung nicht die notwendigen Konsequenzen zog, mußte am 1. 10. 1974 dem Kultusminister und dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales über die unhaltbare räumliche Situation berichtet werden: erforderliche Lehrkräfte konnten der Schule nicht zugewiesen werden, da die benötigten Klassenräume von der Fröbelschule blockiert wurden. Da auch im Mai 1975 noch nicht erkennbar war, zu welchem Zeitpunkt die gemeinsame Schulanlage von der Fröbelschule nun geräumt werden sollte, wurde der Bürgermeister der Stadt Unna zu einer Konferenz des Kollegiums eingeladen. An dieser Konferenz, deren Kernproblem

1974

1975

die Lösung der Raumfrage war, nahmen Herr Rentsch, stellvertretender Bürgermeister und gleichzeitig Vorsitzender des Schulausschusses, und Herr Hühnervogt, Beigeordneter und dazu Dezent für das Schulverwaltungsamt, teil. Die beiden Vertreter der Stadt erklärten, daß die Fröbelschule die gemeinsame Schulanlage räumen würde. Einen genauen Termin dafür konnten sie nicht zusagen. Dabei betonte Herr Hühnervogl, daß die Stadt Unna noch auf die schriftliche Zusage für eine Beihilfe zum Neubau einer Sonderschule wartete. Herr Rentsch meinte, daß eine Lösung der Raumfrage in absehbarer Zeit nicht möglich wäre.

1975

Auch die Tatsache, daß am 9. Oktober 1975 neue Abkommen Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen⁵⁾ unterzeichnet worden waren, und Polen sich bereit erklärt hatte, im Laufe der nächsten vier Jahre etwa 120 000 bis 125 000 Deutschen die Ausreise zu gestatten, drängte die Stadt nicht zum Handeln. Bereits am 15. Oktober beschäftigte sich der Landtagsausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales und Angelegenheiten für Vertrieben auf einer Arbeitstagung in Massen mit den Maßnahmen, die zur Bewältigung der verstärkten Aussiedlungsaktion vorsorglich getroffen werden mußten. Die Frage, ob auch die Schule eine größere Zahl von Aussiedlerkinder aufnehmen konnte, mußte vom anwesenden Schulleiter verneint werden. Damit kamen dann die ungelösten Probleme der Schule - die fehlenden Klassenräume und die unbesetzten Lehrerstellen - zur Sprache, die bis zum Eintreffen der neuen Aussiedlerwelle gelöst sein mußten.

1975

Die entscheidende Sitzung fand dann am 2. Dezember 1975 im Verwaltungsgebäude des Stadtdirektors statt. Eingeladen hatte dazu das Kultusministerium, Teilnehmer waren:

- " Herr Rentsch, stell. Bürgermeister der Stadt Unna,
- Herr Dunker, Stadtdirektor der Stadt Unna,
- Herr Sümmernann, Oberbaurat der Stadt Unna,
- Herr Bunte, Oberinspektor der Stadt Unna,
- Herr Stöcker, Dienststellenleiter des Durchgangwohnheimes Massen.
- Herr Sydow, Rektor der Gerhart-Hauptmann-Schule in Unna-massen,
- Herr Hengst, Schulrat des Kreises Unna,
- Frau Benöhr, Regierungsdirektorin, Bezirksregierung in Arnberg,

5) Abkommen über Renten- und Unfallversicherung, Vereinbarung über die pauschale Abgeltung von Rentenansprüchen, Abkommen über die Gewährung eines Finanzkredites.

Herr Buckow, Regierungsrat, Bezirksregierung Arnsberg.

Herr Schmitz-Jersch, Regierungsrat z. A. Bezirksregierung Arnsberg,

Herr Schäfer, Regierungsoberamtsrat, Bezirksregierung Arnsberg,

Herr Lansen, Referent im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Herr Domhof, Ministerialrat im Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen. " -6)

1976 Herr Stöcker führte aus. daß die zu erwartende Ausreiseaktion von deutschen Familien aus dem polnischen Machtbereich in das Land Nordrhein-Westfalen über Massen abgewickelt würde und die Gerhart-Hauptmann-Schule mit einer Verdoppelung ihrer jetzigen Schüler rechnen müsse, für deren Aufnahme die erforderlichen Klassenräumen aber noch fehlten. Herr Domhof schlug vor, daß die von der Fröbelschule genutzten Räume zum 1. 2. 1976 freigemacht werden müßten, denn es würde zu einem polischen Eklat führen, wenn die Aussiedlerkinder in Massen nicht schulisch betreut werden könnten. Die Besprechung zeitigte folgendes Ergebnis:

- " 1. Die Stadt Unna macht zum 1. 2. 1976 die im Gebäude der Gerhart-Hauptmann-Schule genutzten sechs Klassenräume frei.
2. Die Vertreter des Kultusministeriums und des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales erklären sich bereit, beim Innenministerium einen Zuschuß von 80 % der Baukosten für sechs Klassenräume und zwei Verwaltungsräume für die Stadt Unna zu erwirken, da die Freimachung der Räume in der Gerhart-Hauptmann-Schule durch die Fröbelschule im Interesse des Landes liege. Die Freimachung sei durch die zusätzliche Aufnahme von Umsiedlerkindern aus Polen notwendig geworden.
3. In der Diskussion wird von Vertretern der Stadt Unna auf die von der Stadt aufgestellten Pavillonräume verwiesen, die bisher von vier Klassen der Fröbelschule genutzt werden. Da die Versetzung der Pavillons mit hohen Kosten verbunden ist, sollen diese dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales angeboten werden. Herr Stöcker nimmt diesen Gedanken auf und verspricht, alles für die Übernahme der Pavillons durch das Land zu tun. " -6)

6) Protokoll über die Besprechung am 2. Dezember 1975 zur Klärung der schulischen Situation der Gerhart-Hauptmann-

zum 1. 1. 1976

Nach Auszug der Fröbelschule konnten dann die gesamte Schulanlage allein von der Gerhart-Hauptmann-Schule genutzt werden. Die durchschnittliche Schülerzahl war bereits auf 337 Aussiedlerkinder angestiegen. Da nun aber genügend Räume und Lehrkräfte - 15 mit voller und 4 mit halber Stundenzahl - zur Verfügung standen, konnten nun auch die notwendigen Klassen gebildet werden. Mit der steigenden Schülerzahl verstärkte sich leider ^{auch} die Fluktuation der Schüler.

1976

Am 20. 5. 1976 fand eine gemeinsame Konferenz des Kollegiums mit den Mitgliedern des Personalrates beim Schulamt für den Kreis Unna statt, an der auch Herr Schulrat Henjst und Herr Wiegand vom DWH als Vertreter von Herrn Stöcker teilnahmen. Nach der Regelung interner Personalfragen ging es dann in einer intensiven Diskussion, um die besonderen Aufgaben und die sich daraus ergebenden Probleme der Schule. Dabei stellte sich als gravierender Mangel der fehlende Status der Schule heraus, die mit keiner anderen in unserem Lande zu vergleichen war. Auf die Frage des Vorsitzenden des Personalrates, wie man die Schule konzipieren könnte, skizzierte Rektor Sydow folgenden Organisationsplan:

- Die Gerhart-Hauptmann-Schule ist für die schulpflichtigen und auch für jugendliche Aussiedlerkinder aus dem DWH Masson zuständig mit Grund-, Hauptschul- und Aufbauklassen, für Schülerinnen und Schüler, die in ihren Herkunftsländern weiterführende Schulen besucht haben.
- Da ihre Schüler nur kurze Zeit im DWH bleiben, brauchen sie eine intensive Förderung, deshalb sollte die bisher bewährte Form als Ganztagschule erhalten bleiben.
- Wie bisher sollte die Schule unter einheitlicher Leitung stehen. Zur Intensivierung ihrer pädagogischen Arbeit sollte ihre organisatorische Aufgliederung durch die Bildung von in sich geschlossenen Abteilungen von Grund-, Hauptschul- und Aufbauklassen beitragen. Diese Abteilungen sollten von Konrektoren geleitet werden.
- Bei der Klassenbildung sollte die Zahl von 20 Schülern wegen der starken Fluktuation nicht überschritten werden..
- Geeignete Lehrkräfte für die Arbeit an dieser Schule sind wegen ihrer gründlichen pädagogischen und psychologischen Ausbildung Grund- und Hauptschullehrer.
- Wegen des ständigen und starken Schülerwechsels sollte das Lehrerkollegium der Schule nach Möglichkeit konstant gehalten werden.

- Der im DWH tätige Bildungsberater sollte der Schule zugeordnet werden.

Nach Ergänzungen dieses Vorschlages von Mitgliedern des Kollegiums, sagte der Personalrat seine Mithilfe bei der Durchführung dieses Planes zu.

1975/76

Mit dem Auslaufen des Schuljahres 1975/76 endete die Amtszeit des biherigen Schulleiters. Rektor Heinz Sydow hatte die Schule vom 12. Mai 1952 aus primitiven Anfängen bis zum heutigen Stand geführt und für seinen Nachfolger Heinz-Jürgen Kirchertz die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Weiterarbeit geschaffen.

1952